

19. Jahrgang

Nr. 1

März 2008

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Entwicklungslinien im Verhältnis
von Arbeit, Lohn und Preis

Marx heute - Was bleibt
von der Mehrwerttheorie?

Betrachtungen, Berichte,
Buchhinweise

Initiativen
und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

| | |
|--|----|
| Notiert - Aus dem Zeitgeschehen | 3 |
| Entwicklungslinien im Verhältnis von Arbeit, Lohn und Preis (Christoph Strawe) | 5 |
| Marx heute - Was bleibt von der Mehrwerttheorie? (C. Strawe) | 13 |

Betrachtungen, Berichte, Buchhinweise

| | |
|---|----|
| Gedenken: Ulle Weber (Rainer Rappmann) | 21 |
| Krise der Finanzmärkte (Michael Rist) | 22 |
| Armutsbeseitigung statt Grundeinkommen (Rainer Burkhardt) | 23 |
| Grundeinkommen für jeden Menschen (Uli Rösch, Buchhinweis) | 25 |
| Die Legende von Hitlers Präventivkrieg im Osten (Anton Kimpfler) | 26 |
| Gentechnik (Global 2000, Wolfgang Wiebecke) | 27 |
| Europa: Basisinformationen zum Vertrag von Lissabon (Attac EU-AG Stuttgart und Ökumenisches Netz Württemberg/KoKreis) | 28 |
| Ist Europa noch zu retten? Zu einem Buch von Wilhelm Neurohr (C. Strawe) | 31 |
| Skizzen zu einem Europa der Bürger (Wilhelm Neurohr) | 32 |
| Günther Herrmann: Recht und Gerechtigkeit (Buchhinweis) | 34 |

Termine und Initiativen

| | |
|--|----|
| Mündener Gespräche zu Regionalwährungen | 35 |
| NALM - Bewegung für erneuerndes Lernen | 35 |
| Tagung zur Zukunft der Bildung | 37 |
| Tagung zur Klimapolitik | 37 |
| Tagung zur Zukunft der Arbeit | 37 |
| Drei Veranstaltungen in Wien | 37 |
| Stiftungstag progressiver Stiftungen | 38 |
| Aktuelle Themen im forum 3 | 38 |
| Seminar zur Krise der Finanzmärkte | 39 |
| Seminar zur Zukunft der Selbstverwaltung | 39 |
| Seminar zum Thema Selbsterziehung und Selbstverwaltung | 40 |
| Studiengang Sozialentwicklung | 40 |

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Dass die Frage nach dem Verhältnis von Arbeit, Lohn und Preis keine akademische ist, zeigt die aktuelle öffentliche Debatte über Themen wie Mindestlohn, Grundeinkommen, Arbeitsplatzverlagerung und Billigkonkurrenz. Der erste Artikel dieses Heftes versucht, historische Entwicklungslinien im Verhältnis von Arbeit, Lohn und Preis nachzuzeichnen.

Bei der kritischen Analyse des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital spielt das Werk von Karl Marx eine gewaltige Rolle. Vom 14. bis 16. März fand in der Karl-Marx-Studienstätte in Trier eine Konferenz „Marx heute - Was bleibt?“ statt. In der Sektion Ökonomie waren Prof. Harald Spehl, Sven Giegold und ich die Referenten. Meinen Beitrag habe ich als Artikel für Sie ausgearbeitet.

Ein weiterer Schwerpunkt im Heft ist wieder einmal Europa beziehungsweise die EU. Dabei handelt es sich nicht nur um die Frage, wie der neue EU-Reformvertrag - auch Vertrag von Lissabon genannt - einzuschätzen ist und in welchem Verhältnis er zu dem gescheiterten Verfassungsvertrag steht. Vor allem geht es darum, wie ein Europa der Bürgerinnen und Bürger aussehen könnte. Lesen Sie dazu einen Vorabdruck aus dem neuen Buch unseres Autors Wilhelm Neurohr „Ist Europa noch zu retten?“

Der Chef der Deutschen Bank, Joseph Ackermann, hat jetzt öffentlich erklärt, er glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Selbst mit Milliardenspritzen der Europäischen Zentralbank sei es nicht getan. Eine gemeinsame Aktion von Regierungen, Zentralbanken und Banken sei erforderlich.

Vor kurzem noch haben Ackermann und Kollegen bei jeder Gelegenheit staatliche Regulierung verdammt. War zuvor vom Staatsversagen die Rede, soll es der Staat, nach offenkundigem Marktversagen, nun plötzlich doch wieder können. Der Sinneswandel hat offenbar viel damit zu tun, dass man sich mit seinem Latein am Ende sieht. Jetzt soll es der Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus richten. Das Spiel ist altbekannt und heißt Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Altbekannt ist auch der Zirkel von Staatsversagen und Marktversagen.

Doch die Krise des Finanzsystems hat neue Dimensionen. Neue Analysen und neue Antworten sind gefragt. Den Experten, die die Situation so falsch eingeschätzt hatten, ist ja offenbar nicht zu trauen. Zur eigenen Urteilsbildung gibt es daher keine Alternative. Anstöße dazu geben zum Beispiel die beiden Betrachtungen von Michael Rist in dieser Ausgabe. Am Ende des Heftes, auf S. 39, finden Sie die Ankündigung eines Seminars zur Krise der Finanzmärkte, ihren Ursachen und den möglichen Antworten am 12. April in Kassel. Wegen der zuge-spitzten Situation erlaube ich mir, an dieser Stelle auf die Veranstaltung hinzuweisen. Auch wollen wir uns in der nächsten Nummer der „Sozialimpulse“ ausführlich mit der Lage auseinandersetzen.

Ihr


Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Unterzeichnung des EU-Reformvertrags durch die 27 Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon. Der Vertrag setzt nahezu alle wesentlichen Elemente des gescheiterten EU-Verfassungsvertrags um und entzieht sie zugleich in zahlreichen Ländern der Überprüfung durch Referenden. Ein Referendum soll es europaweit nur in Irland geben. +++ Bei der Klimakonferenz auf Bali verweigern die USA die Zustimmung zu konkreten Vorgaben für die Reduktion der CO₂-Emissionen. Es kommt jedoch schließlich ein Fahrplan für ein neues UN-Klimaschutzabkommen zu Stande. Es soll bis 2009 ausgehandelt werden und das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ablösen +++ Wladimir Putin schlägt den Gazprom-Aufsichtsratsvorsitzenden und Vizepräsidenten Dimitrij Medwedjew zu seinem Nachfolger vor. Dieser will Putin nach seiner Wahl zum Premier machen +++ Schwere Anschläge in Algerien +++ Bundestag billigt den Post-Mindestlohn +++ Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen einen neunköpfigen Zukunftsrat unter Vorsitz von Spaniens Ex-Ministerpräsident Felipe Gonzalez einsetzen +++ Die baden-württembergische Landesbank übernimmt die durch Fehlspekulationen belastete Sachsen-LB +++ Der Staatsgerichtshof in Hessen erklärt das Kopftuchverbot für hessische Beamte für verfassungsgemäß +++ Großbritannien übergibt die Kontrolle über die südirakische Provinz Basra an die irakische Armee +++ Bundeskanzlerin Merkel greift auf dem EU-Afrika-Gipfel Zimbabwes Präsident Mugabe wegen Menschenrechtsverletzungen an +++ Neue Anschlagsserie im Irak +++ Jacob Zuma soll neuer Vorsitzender der südafrikanischen Regierungspartei ANC werden +++ Eine internationale Geberkonferenz in Paris beschließt Milliardenhilfen für die Palästinenser +++ Die EU plant strengere CO₂-Grenzwerte für die Automobilindustrie. Die deutschen Autobauer fühlen sich benachteiligt und leisten mit Hilfe der Bundesregierung Widerstand +++ Das Bundesverfassungsgericht fordert eine Neuregelung der Betreuung der 7 Millionen Hartz-IV-Empfänger. Die Kooperation der Bundesagentur für Arbeit mit den Kommunen in Jobcentren sei verfassungswidrig +++ Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der EU in Osteuropa, dies betrifft unter anderem die Grenzen Polens und Tschechiens mit Deutschland +++ Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in Deutschland sinken von 4,2 auf 3,3 Prozent +++ Bund und Länder in Deutschland einigen sich auf Maßnahmen zum Schutz von Kindern, darunter auf eine verbindliche Aufforderungen für Vorsorgeuntersuchungen +++ Die Gewerkschaft ver.di und der Beamtenbund verlangen 8 Prozent mehr Lohn für die ca. 3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst +++ Der Marburger Bund fordert 10 Prozent mehr Lohn für Ärzte an kommunalen Kliniken +++ Im neuen US-Haushalt, der insgesamt 555 Milliarden Dollar umfasst, sind für die Kriege im Irak und in Afghanistan zusätzliche 70 Milliarden Dollar enthalten +++ Luftangriffe der türkischen Armee

auf vermutete Stellungen der kurdischen PKK im Nordirak mit Billigung der USA, später dringen türkische Truppen auch über die Grenze in den Irak ein +++ Die pakistanische Oppositionsführerin Benazir Bhutto wird Opfer eines Selbstmordattentats. Die Parlamentswahlen werden daraufhin verschoben +++ In einem Münchner U-Bahnhof wird ein Rentner durch jugendliche Gewalttäter schwer verletzt. In der Folge kommt es zu einem Parteienstreit über die erforderlichen Maßnahmen gegen Jugendkriminalität. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch versucht, durch eine harte Linie insbesondere gegen „kriminelle Ausländer“ Punkte bei der bevorstehenden hessischen Landtagswahl zu machen +++ Der Bundesgerichtshof erklärt die Razzien gegen Kritiker der neoliberalen Globalisierung vor dem G-8-Gipfel für rechtswidrig +++ In Kenia wirft die Opposition Präsident Kibaki Wahlbetrug vor und beansprucht den Sieg für sich. In der Folge kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen mehr als tausend Menschen ums Leben kommen +++ In den USA beginnen die Vorwahlen über die Präsidentschaftskandidaten. Als Favoritin bei den Demokraten gilt zunächst Hillary Clinton, im Verlauf der Vorwahlen erzielt allerdings Barack Obama spektakuläre Erfolge. Bei den Republikanern werden zunächst Mike Huckabee und Mitt Romney die besten Chancen eingeräumt, schon bald setzt sich aber John McCain als einziger aussichtsreicher Kandidat durch. Die Wahl findet im November statt +++ Nach Angaben des deutschen Wetterdienstes war das Jahr 2008 das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen +++ In Großbritannien sollen weitere Atomkraftwerke gebaut werden +++ Die deutsche Regierung will trotz aller Widerstände den umstrittenen Gesundheitsfonds zu Beginn des nächsten Jahres einrichten +++ Schwere Überschwemmungen in Australien +++ Der bisherige Präsident Saakaschwili wird zum Sieger der Präsidentschaftswahl in Georgien erklärt, die Opposition spricht von Wahlfälschung +++ Einigung im Bahn-Tarifkonflikt +++ Der Nokia-Konzern schließt sein deutsches Werk in Bochum und verlagert den Produktionsstandort nach Rumänien. Nokia hatte Millionensubventionen für die Ansiedlung kassiert und meldet bei Handys eine Rendite von 25 % +++ Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz Kardinal Lehmann tritt aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück, sein Nachfolger wird der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch +++ Zum ersten Mal haben Zellbiologen einen menschlichen Embryo aus einer Hautzelle geklont +++ Erstmals seit 1989 hat die BRD einen ausgeglichenen Staatshaushalt +++ Die Energiepreise in Deutschland sind in den letzten Monaten

Stand des Kostenausgleichs

Bis 15. März waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) knapp 22.500 von geplanten 36.000 Euro eingegangen. Es bleiben also noch gut 13.500 Euro zu finanzieren!

Für alle bisherigen Beiträge sagen wir herzlichen Dank!

* 8. Dezember 07 bis 15. März 08

weiter gestiegen +++ Das geplante neue Gentechnik-Gesetz erleichtert die Deklaration von Produkten als gentechnikfrei, auch wenn gentechnisch manipulierte Zusatzstoffe verwendet wurden +++ Kurseinbruch an den Börsen in Folge der Probleme auf dem Immobilienmarkt. Die amerikanische FED senkt daraufhin den Leitzins von 4,25 Prozent auf 3,5 Prozent +++ Bei der Société Générale, der zweitgrößten Bank in Frankreich, hat ein Börsenmakler insgeheim mehr als 4,9 Milliarden EURO verspekuliert +++ Palästinenser aus dem GAZA-Streifen beseitigen die Grenzbefestigungen nach Ägypten, mehr als 100.000 Palästinenser überqueren die Grenze, um sich mit Lebensmitteln einzudecken und Verwandte zu besuchen +++ Die italienische Regierung unter Ministerpräsident Prodi tritt zurück +++ Das Arbeitslosengeld 1 wird an über 50jährige wieder bis zu 24 Monate lang bezahlt +++ Die aufgrund missglückter Spekulationen in Schieflage geratene Westdeutsche Landesbank benötigt einen Milliardenbetrag zur Stabilisierung +++ Bei den Landtagswahlen in Hessen kommt es zu starken Verlusten der CDU, deren polarisierender Wahlkampf von den Wählern nicht honoriert wird. Letztlich reicht es aber auch nicht zu einer rot-grünen Koalition unter SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti. In einer rot-grünen Landesregierung hätte der Träger des Alternativen Nobelpreises Herrmann Scheer Umweltminister werden sollen. In Folge der Schwierigkeiten zieht Ypsilanti schließlich doch eine zuvor ausgeschlossene Tolerierung durch die Linkspartei in Betracht. Dies ruft den Vorwurf des Wortbruchs hervor und beschwört einen nachhaltigen Konflikt in der SPD herauf, für den auch eine entsprechende Erklärung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck eine wesentliche Rolle spielt. Da sich eine SPD-Landtagsabgeordnete verweigert, muss Ypsilanti ihren Plan aufgeben; Roland Koch bleibt zunächst amtierender Ministerpräsident +++ Die Landtagswahlen in Niedersachsen entscheidet der bisherige CDU-Ministerpräsident Christian Wulff klar für sich. Auch in diesem Bundesland zieht die Linkspartei in den Landtag ein +++ In Hamburg ergeben sich bei der Wahl zum Senat keine klaren Mehrheiten, es kommt vermutlich zur ersten schwarz-grünen Regierung auf Landesebene +++ Die EU entsendet knapp 4000 Soldaten in den Tschad +++ Verstärkter Druck auf die BRD von Seiten der NATO, deutsche Soldaten auch nach Südafghanistan zu entsenden, was aber von der Regierung bisher vehement abgelehnt wird +++ Ein Großbrand in einem Mehrfamilienhaus in Ludwigshafen, das von türkischen Familien bewohnt war, fordert 9 Todesopfer. Es wird untersucht, ob es sich um Brandstiftung handelt. Der türkische Regierungschef Erdogan besucht den Brandort. Bei seinem Deutschland-Besuch fordert er auch die Gründung türkischer Schulen und warnt vor einer Assimilation der Türken +++ In einer Stichwahl setzt sich in Serbien der als prowestlich geltende Boris Tadic durch und bleibt so als Präsident im Amt +++ Die Krise bei der deutschen Abteilung des UN-Kinderhilfswerks UNICEF führt zu einer Reihe von Rücktritten, der Organisation wird das Spendensiegel entzogen +++ Tod von Maharishi Yogi, dem Begründer der sogenannten transzendentalen Meditation. Er galt als Guru der Beatles +++ Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, will zur Präsidentenwahl in Russland keine Beobachter

schicken. Sie reagiert damit auf Behinderungen +++ Israelische Truppen dringen in den Gaza-Streifen ein +++ In dem seit einiger Zeit abgeschalteten AKW Krümmel kommt es erneut zu einem Brand +++ Nachdem dem Bundesnachrichtendienst Material über Steuerbetrüger zugespielt wurde, wird der Chef der Deutschen Post Klaus Zumwinkel beschuldigt, über eine Stiftung in Liechtenstein eine Million Euro Steuern hinterzogen zu haben. Der Konzernchef wird vernommen, seine Villa durchsucht. Razzien gegen andere Verdächtige folgen +++ Die Krise an den Finanzmärkten erfasst die Bayrische Landesbank +++ Das Bundesverfassungsgericht kippt die Fünf-Prozent-Hürde bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Bei Kommunalwahlen sei eine solche Klausel nicht erforderlich +++ Deutschland-Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Olmert +++ Das türkische Parlament hebt das Verbot des Tragens von Kopftüchern an den türkischen Hochschulen auf +++ Der Kosovo erklärt seine Unabhängigkeit +++ Warnstreiks im Öffentlichen Dienst +++ Nach einem Grubenbeben droht das endgültige Aus für den Bergbau an der Saar +++ Das Bundesverfassungsgericht hat die geplanten Online-Durchsuchungen von Privatcomputern stark erschwert und ein entsprechendes Gesetz in NRW für verfassungswidrig erklärt. Später erklärt das Gericht auch die automatisierte Erfassung von Autokennzeichen ohne konkreten Tatverdacht für grundgesetzwidrig +++ Der E.ON-Konzern gibt Brüsseler Druck nach und bietet sein Stromnetz zum Verkauf an, - was wiederum von deutschen Spitzenpolitikern kritisiert wird +++ Der Autokonzern BMW will 2008 trotz Absatzrekord Tausende von Arbeitsplätzen streichen +++ Porsche will seine Anteile an VW auf mehr als 50 Prozent steigern +++ Vorläufiges Scheitern der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. Umfassender Streik im Berliner Nahverkehr +++ Neue Streiks bei der Bahn werden durch einen Kompromiss in letzter Minute verhindert +++ Der SPD-Parteirat stellt sich hinter den Vorsitzenden Kurt Beck +++ Wie erwartet gewinnt der russische Vize-Regierungschef Medwedjew die Präsidentenwahl, die Mehrheit beträgt rund 70 Prozent +++ Das Orkantief „Emma“ führt zu großen Schäden +++ In Spanien gewinnen die Sozialisten von Ministerpräsident Zapatero die Wahlen zum Parlament +++ Antichinesische Proteste in Tibet werden blutig niedergeschlagen, was zu einer Diskussion über einen Boykott der Olympischen Spiele in Peking führt. Davon rät allerdings auch der Dalai Lama ab +++ Staatsbesuch von Bundeskanzlerin Merkel in Israel, als erster bundesdeutscher Regierungschef wird sie dabei auch vor der Knesseth reden +++ Beispielloses Rettungsprogramm der US-Notenbank für eine Investmentbank +++ Der Internationale Währungsfonds IWF bezeichnet die Lage an den Finanzmärkten als ernst +++ Bei den Wahlen im Iran siegen die Konservativen +++ Die sogenannte Islamkonferenz in Deutschland plädiert für Einführung von regulärem islamischem Religionsunterricht an den Schulen +++ Prozess gegen den früheren kroatischen General Gotovina vor dem UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag +++

Arbeit, Lohn und Preis

Entwicklungslinien in ihrem Verhältnis

Christoph Strawe

Angesichts der Preiskonkurrenz auf einem globalen Kauf- und Arbeitsmarkt seien die Lohnkosten zu hoch, so wird seit Jahren gepredigt. Andere weisen darauf hin, dass sinkende Löhne zugleich sinkende Kaufkraft bedeuten und damit die Konjunktur gefährden. Eine Mindestlohndebatte ist entbrannt, da die Menschen fühlen, dass es nicht sein kann, dass man vom Einkommen einer ehrlichen Arbeit nicht leben kann. Wer keine Arbeit hat und von Sozialeinkommen lebt, spürt die Krise der Sozialsysteme und gerät in die Mühlen von Hartz IV. So hat auch die Diskussion um einen grundlegenden Paradigmenwechsel, was das prekär gewordene Verhältnis von Arbeit und Einkommen bzw. Lohn angeht, in den letzten Jahren zugenommen und zur verstärkten Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen geführt.

Der bekannte Ökonom Rudolf Hickel beklagte jüngst bei einer Podiumsdiskussion, dass unter dem Einfluss der neoklassischen Mainstreamökonomie das wirtschaftswissenschaftliche Studium immer ahistorischer geworden sei. Vielfach verließen „Systemzwerge“ die Hochschulen, die von Sozial- und Wirtschaftsgeschichte keine Ahnung hätten.

Die herrschende Wirtschaftsordnung wird umso weniger hinterfragt, je weniger man begreifen kann, dass in den ökonomischen Verhältnissen bestimmte Gedankenbildungen und Interessenlagen stecken, die historisch entstanden und daher auch historisch überwindbar sind. Die Reflexion über Entwicklungslinien im Verhältnis von Arbeit, Lohn und Preis kann helfen, dieser Deformation des Bewusstseins entgegenzuwirken.

Arbeit und Menschwerdung, Entfremdung der Arbeit

Der Paradiesesmythos spricht davon, dass der Mensch im Schweiß seines Angesichts sein Brot verdienen muss. Diese Existenznotwendigkeit, der Natur durch Arbeit die Lebensmittel abzugewinnen, prägt das Leben der Menschen, bedeutet Mühsal und Plage, aber auch die Möglichkeit, Fähigkeiten zu entwickeln.

Man muss nicht Materialist sein und vom „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ reden (Friedrich Engels), um zu begreifen: Arbeit und volle Menschwerdung hängen intim zusammen. Gerade eine spirituelle Weltbetrachtung stellt diese Tatsache erst wirklich ins richtige Licht. Rudolf Steiner beschrieb, wie die Entwicklung des Menschen zu einem selbstbewussten Wesen mit dem Freiwerden der vorderen Extremitäten zusammenhängt, die nun freie Arbeitswerkzeuge bilden. Nun lernt der Mensch den aufrechten Gang, der Blick nach oben wird frei, und er erwirbt sich die artikulierte Sprache, die nur bei einem Wesen mit aufrechter Haltung auftreten kann.* Wir müssen den Arbeitsbegriff nur weit genug fassen, um zu erkennen, dass er letztlich eben auch die Arbeit an uns selbst bezeichnet, die bereits in der äußeren Arbeit beginnt. Handarbeit ist nichts anderes als der Gebrauch unserer Leibeswerkzeuge im Dienst des Willens, und wir können uns klarmachen, „dass dieser Wille als ein Geistiges alles durchpulst, was wir als ganzer Mensch verrichten, und wieder zurückstrahlt auf den Verstand unseres Kopfes [...]“** So wird unser Geist sich in der Auseinandersetzung mit der gegenständlichen Welt seiner selbst bewusst, ein Thema, das schon Hegel in seiner „Phänomenologie des Geistes“ vom idealistischen, Marx später vom materialistischen Standpunkt aus interessiert hat. Bei Hegel kommt der Geist durch Arbeit zu sich selbst, bei Marx der Mensch durch Arbeit zu Geist, so hat man gesagt.

In diesem Zusammenhang tritt der Begriff der Entfremdung der Arbeit auf. Bis heute wird darüber debattiert, ob diese Entfremdung aufhebbar sei oder ob wir es - trotz aller äußerlichen Arbeitserleichterungen durch die moderne Technik - mit einer generellen Nichthumanisierbarkeit der Arbeit zu tun haben. Viele Menschen, auch und gerade heute, empfinden ihre Arbeit als entfremdet (ohne dass sie sie begrifflich so qualifizieren würden). Sie fühlen sich in ihrer Arbeit unbefriedigt, sehen keinen Sinn in ihr und empfinden ihr Maß als überschwere Last.***

Arbeitsteilung und Kulturentwicklung: Sesshaftwerdung

Geschichtlich hat sich das Wirtschaftsleben von der Selbstversorgungswirtschaft immer weiter in die Arbeitsteilung hinein entwickelt. Die erste große Arbeitsteilung besteht ja schon - abgesehen von naturwüchsiger Arbeitsteilung in der Sippe - im Übergang vom Sammeln und Jagen zum Ackerbau (Sesshaftwerdung), die zweite in der Trennung von Ackerbau und Handwerk (wobei allerdings die Hauptfarbe der Wirtschaft die der Selbstversorgung bleibt). Arbeitsteilung entwickelt sich also da, wo die Natur nicht mehr einfach benutzt wird, sondern wo durch (Agri-)Kultur die Produktivitätsbedingungen der Natur gepflegt werden.

Solange die Menschen sich durch Jagen und Sammeln ernährten, war der Reichtum der Natur die Basis der

* GA 94/1979, S 87f. Vgl. GA 245/1979, S. 44.

** GA 333/1971, S. 100f.

*** Diese Entfremdungsproblematik hat Karl Marx in klassischer Weise in den sogenannten „Pariser Manuskripten“ von 1844 behandelt.

Kulturentwicklung, was sich bis in die religiösen Vorstellungen hinein ausdrückt. Fassen wir eine Kultur ins Auge, die - ca. 8000 vor Chr. - in besondere Weise mit Sesshaftwerdung und Ackerbau - und dadurch mit dem Ergreifen der Erde - zu tun hat: die persische, so zeigt sich: Wirtschaften, Landwirtschaft, landwirtschaftliche Arbeit wird als Gottesdienst betrachtet. Die Religion heiligt nicht bloß die Arbeit, Arbeit ist Religion. So heißt es in einer religiösen Urkunde:

[...] „O Schöpfer der Welt, asha-ehrwürdiger!
Was ist der Kern der mazdayanischen Religion?“
Da sagte Ahura Mazdao: „Wenn man tüchtig Getreide baut, o Spitama Zarathustra!“ [...]
Wenn das Getreide zum Ausdreschen zurechtgelegt wird, dann fangen die Daevas's vor Angst zu schwitzen an [...]"

Die Kategorie „Lohn“ spielt hier keine wirkliche Rolle. Man bekommt ein Stück Erde, um sich zu versorgen. Der „Lohn“ der Arbeit und Mühe ist das Produkt, das Bedürfnisse befriedigt und der „Preis“ der Arbeitsaufwand, den man dafür leisten muss. Arbeit und Einkommen bilden eine Einheit, man erarbeitet sein Einkommen als Realeinkommen, Einkommen ist dasjenige, was ich für mich selbst und für meine Familie produziere. Es gibt noch kein Preisproblem im späteren Sinne. Der einzelne geht auf in einem kollektiven Ganzen, das von einem alle verbindenden und aus einem Arkanbereich heraus gesteuerten Geistesleben durchdrungen ist.

Städtegründungen, Geld als Tauschmittel und Maß der Werte

Blicken wir auf die ägyptisch-chaldäisch-babylonische Kultur, so können wir die ersten bedeutenden Städtegründungen - in den Stromtälern - studieren. Die Arbeit differenziert sich jetzt, die Handwerke entwickeln sich, mit ihnen die Produktivität und der Tauschhandel. Die Arbeit erhält immer noch vom geistigen Leben her ihren Sinn und ihre Bedeutung, aber Arbeit und Gottesdienst - sein Ort wird der Tempel - sind mehr getrennt. Zu den Tempeln bringen die Menschen den Tribut, jenen Überschuss, der die Einrichtungen des Geisteslebens speist. Der einzelne schuldet der Gemeinschaft diesen Tribut, zunächst in Naturalform, später in Geldform - die Priester sind es, die in den Tempeln das Geld als Maß der (als Tribut zu entrichtenden) Werte einführen. Ein sumerischer Tempel etwa ist zugleich religiöser Mittelpunkt wie auch Mittelpunkt von Wirtschaft und Verwaltung.

Der einzelne schuldet der Gemeinschaft neben Tribut auch Dienste: Die ägyptischen Tempel sind nicht denkbar ohne Fronarbeit in großem Stil - die damals freilich nicht die Bedeutung ökonomisch motivierter Ausbeutung hat, die wir heute mit diesem Wort verbinden. Zur einheimischen Bevölkerung gesellt sich - in allen theokratischen Gemeinwesen - das Heer der Sklaven, wobei der Status der Sklaverei damals den Aspekt hat, dass der einzelne im damaligen Verständnis unabhängig von seiner Gemeinschaft keinen Wert hat, ihn also, wenn die Gemeinschaft besiegt und unterworfen wird, „zu Recht“ das Schicksal der Sklaverei trifft.

* Videvdät 3.26-28, 30-32. Übersetzung von F. Wolff. Nach: D.J. van Bemmelen: Zarathustra, Stuttgart 1975, S. 30f. Daevas sind in der zoroastrischen Religion böse, dämonische Geister.

Mit dem Geld als Tauschmittel erweitert sich der bis dahin mehr oder weniger vereinzelte und zufällige Tausch. Alle Güter bekommen einen Preis, d.h. ihr Wert wird in Geld gemessen. Der Handel entwickelt sich, zunächst an den Rändern der Selbstversorgung. Einkommen in Geldform - Lohn - wird immer wichtiger. Man „besoldet“ die Krieger, die so zu „Soldaten“ werden. Man entlohnt den Handwerker, „entgelt“ seine Leistung in Geldform. Nur die Sklaven werden nicht entlohnt, sondern - mehr oder weniger schlecht - verköstigt. Der Sklave, nachdem der Kaufpreis einmal entrichtet ist, kostet nur, was er kostet: die Kost.

Tausch und Handel haben mit Überschuss zu tun: Nur Überschüssiges kann getauscht oder verkauft werden. Der alte Selbstversorger, der Bauer, muss soviel eintauschen, als er Bedarf an den Produkten des Schmieds, Sattlers usw. hat, die er auf diese Weise mitversorgt. Die Entwicklung des Geldes als Zirkulationsmittel wirkt beschleunigend auf die Arbeitsteilung und mit ihr auf die Produktivitätsentwicklung zurück. Denn jetzt kann man sich getrost auf eine spezielle Tätigkeit werfen, weil einem der Ertrag in Geldform, als „Tauschwert“, d. h. in der Form der Austauschbarkeit mit dem Produkt jedes anderen in der arbeitsteiligen Wirtschaft tätigen Produzenten zur Verfügung steht. Die Komplexität der wirtschaftlichen Verhältnisse wächst, doch bleiben sie noch relativ überschaubar: Lohn und Preis hängen unmittelbar zusammen: Der Handwerker verlangt seinen Lohn, wird entlohnt - sein Preis ist das, was er als Lohn für das Produkt oder die Leistung in Geldform für angemessen und „gerecht“ hält

„Lohn“ ist, was das Handwerk angeht, weniger als heute eine Kategorie abhängiger Arbeit. Anders verhält es sich in der Landwirtschaft beim Knecht, mehr noch beim Tagelöhner, der nur eingesetzt wird, um Arbeitsspitzen abzufangen (Aussaat, Ernte, Dreschen). Er muss sich immer neu „verdingen“. Mit diesem Wort verrät die deutsche Sprache auch, dass man sich ein Stück weit zum Ding machen muss, über das verfügt werden kann vom Bauern oder Gutsherrn.

Griechische Polis, Imperium Romanum - Privateigentum und Sklavenmiete

Das neue Kapitel in der Geschichte von Lohn, Preis und Arbeit wird in Griechenland und Rom aufgeschlagen. Bereits in Griechenland beginnt das Recht als von irdisch-menschlichen Gesichtspunkten durchprägtes Gebiet eine besondere und selbständigere Rolle zu spielen - neben Kultus und Orakel. In Rom haben wir es dann endgültig mit einem bürgerlich-irdischen Rechtsleben zu tun: „Jus“ und „Fas“ sind verschiedene Sphären. Die Rolle der Arbeit macht eine Metamorphose durch. Aus der Arbeit an der Erde wird die Aneignung der Erde (römisches Eigentumsrecht). Bereicherung beginnt zum Motiv der eigenen Arbeit - und zum Motiv der Ausbeutung fremder Arbeit - zu werden. Geld wird vermehrt nicht mehr dazu eingesetzt, um sich mit Ware zu versorgen, sondern um am Ende mehr Geld herauszubekommen, als man eingesetzt hat.

Dass der Händler teurer verkaufen muss, als er einkauft, ergibt sich aus seiner Funktion: von der „Spanne“

muss er - als „ehrbarer Kaufmann“, wie es später heißt - selber leben, um seine Leistung erbringen zu können. Durch sie erspart er seinen Kunden, selbst mühselig alles heranzuschaffen, was sie über ihn bequemer beziehen können. Der Händler kann aber auch spekulieren oder seine Position als Machstellung ausnutzen, um seinen Gewinn zu maximieren. Ausnutzung von Macht zur Erlangung ökonomischer Vorteile gab es auch früher schon. Jetzt kommen Menschen, die das systematisch betreiben: Neben die bedürfnisorientierte „Oikonomia“ (Hauswirtschaft) tritt endgültig die erwerbsorientierte „Chremastia“ (Tauschwirtschaft), eine Unterscheidung, die Aristoteles trifft.

Jetzt beginnt man - und muss man beginnen - sich Gedanken zu machen darüber, was eigentlich ein gerechter Preis ist. Was ist der Vergleichsmaßstab, die richtige Proportion? Je unüberschaubarer die Verhältnisse werden, um so mehr wird das zur Frage. Begriffliches Instrumentarium zu ihrer Beantwortung liefert wiederum Aristoteles. Er unterscheidet die Tauschgerechtigkeit und die Verteilungsgerechtigkeit. Und seine Reflexion richtet sich auf die Kriterien des gerechten Preises, des „iustum pretium“, wie es die Scholastik später nennt. Aristoteles entwickelt „im 5. Buch der Nikomachischen Ethik, dass ein gerechter Preis im Tausch nicht durch Gleichheit, sondern durch Verhältnismäßigkeit bestimmt wird. Wenn jemand an einem Tag drei Hemden nähen, eine anderer einen Stuhl bauen kann, dann kostet ein Hemd ein Drittel von einem Stuhl. Dies gilt nur für den Fall, dass auch ein Bedürfnis für das jeweilige Produkt existiert. Die Preise verhalten sich damit umgekehrt proportional zur Produktivität.“*

Die Verstandeskultur Griechenlands und Roms betrachtet die Arbeit zunehmend zweckrational. Die Intelligenz wird auf die Arbeit angewendet, nicht allein, aber auch mit dem Ziel der Bereicherung. Damit verliert die Arbeit als körperliche - Arbeit an der Erde, Handwerk - aber auch ihren Status: Körperliche Arbeit ist nun definitionsgemäß Arbeit der Unfreien, wenigstens der Minderbemittelten (in Griechenland ist der Handwerker „der Banause). Hegel formulierte in seiner Geschichtsphilosophie, welche Geschichte als Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit buchstabiert, die Orientalen hätten gewusst, dass einer frei sei (der Despot), die Menschen der Antike, dass einige frei sind (die freien Bürger, im Gegensatz zu den Sklaven). Noch Aristoteles stellt die Sklaverei durchaus nicht in Frage. Diese beginnt eigentlich erst in der Antike, eine ökonomische Kategorie zu werden. Für Großprojekte, auch die in großem Stil betriebene Landwirtschaft der Latifundienbesitzer spielt die Sklavenwirtschaft eine Schlüsselrolle. Der Sklavenhandel gewinnt in demselben Maße an Bedeutung, in dem überhaupt die Handelsströme anschwellen. Mit der zunehmenden Rolle des Geldes entstehen Schuldverhältnisse - und mit ihnen Unfreiheit als ökonomische Kategorie, als „Schuldknechtschaft“. Die Reformen Solons in Athen - unter anderem Schuldentilgung und Verbot der Schuldknechtschaft - sind eine erste Reaktion auf die damit zusammenhängenden sozialen Verwerfungen.

* Götz Rehn, Vorwort zu: Herbert Witzmann: Der gerechte Preis. Eine Grundfrage des sozialen Lebens. Dornach 1993, S. 5.

In Rom wird die Arbeit zum Vertragsgegenstand: mit dem Knecht, selbst dem Tagelöhner, macht man einen Lohn aus. Mit dem Sklaven schließt man keine Verträge, wohl aber schließt man Verträge über ihn, der im römischen Recht auch als Sacheigentum („sprechendes Werkzeug“) bezeichnet wird. Die Arbeit wird zur Ware, indem der ganze Mensch Ware wird. Etwa Leasing-Verträge werden über Sklaven geschlossen. Im römischen Vertragsrecht existiert die sog. locatio conductio, was in etwa unserer Miete entspricht. Eine Unterform ist die „locatio conductio operarum“, die Sklavenmiete.** Die Kosten der Verköstigung des Sklaven gehen in die Preis- bzw. Mietkalkulation ein.

In Rom bildet sich jener Eigentumsbegriff, der Eigentum als unbeschränkte Sachherrschaft definiert, wie wir ihn heute noch in unserem BGB finden. Der Boden wird verkäufliches Sacheigentum. Die rechtlichen Grundlagen für die heutigen „Faktormärkte“: Bodenmarkt, Arbeitsmarkt, Kapitalmarkt werden gelegt, jene Märkte, die eine kritische ökonomische Theorie auch als „Scheinmärkte“ bezeichnet hat.***

Mittelalter - Leibeigenschaft und Zunftwesen

Auch im Mittelalter ist das Wirtschaftsleben noch keine verselbstständigte, geschweige denn im heutigen Sinne dominierende Sphäre. Die Lebensansprüche der Masse sind noch vergleichsweise niedrig. Das Mittelalter kennt in den Feudalverhältnissen mit ihrer Leibeigenschaft bzw. Hörigkeit - der „Fesselung an die Scholle“ - noch ein Nachklingen alter Tributverhältnisse. Wobei Leibeigenschaft dem Begriff nach immer auch Schutzverpflichtungen des Feudalherrn, nicht nur tributartige Verpflichtungen des Hörigen beinhaltet.

Daneben beginnen individuelle Arbeitsantriebe eine größere Rolle zu spielen. Dies geschieht vor allem in den Städten. „Stadtluft macht frei“, hieß es damals, d. h. in der Stadt hört die Leibeigenschaft auf. Im mittelalterlichen Handwerk steht der Produzent noch im Vordergrund, er beherrscht seine Werkzeuge, ist noch nicht das, was Marx später „Anhängsel der Maschine“ nennt. Die Liebe zum Produkt, zur eigenen Tätigkeit ist vielfach Arbeitsantrieb. Der Produzierende ist mit seiner besonderen Tätigkeit persönlich verwachsen, arbeitet auf Bestellung, verfolgt den Weg seines Produkts und entwickelt einen entsprechenden Stolz auf die eigene Leistung. In dieser Zeit hat die Arbeit noch das, was man einen urberuflichen Gehalt nennen könnte, der über den bloßen Nutzens Gesichtspunkt hinausgeht.

Die Zünfte (auch Gilden oder Innungen genannt) sind es, die Produktqualität, Ausbildungszeiten, Arbeitsverteilung und Arbeitszeiten, aber auch Preise und Einkommensverhältnisse regulieren. Es herrscht „Zunftzwang“: wir haben es noch nicht mit dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage, mit Gewerbe- und Konsumfreiheit zu tun. In den Zünften herrscht ein strenger Ehrenkodex.

** Nach Hans-Jürgen Bader: Zur Rechtsstellung des Lehrers. Vorschläge für eine Neugestaltung der Mitarbeiterverhältnisse. Unveröffentlichtes Arbeitspapier.

*** Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Stuttgart 1997.

Unser Wort „Schlitzohr“ kündigt noch davon, dass der Ausschluss aus der Zunft mit der rabiaten Entfernung eines häufig zur Zunfttracht gehörigen Ohrnings verbunden sein konnte.* Die Scholastik philosophiert über den gerechten Preis, über den valor naturalis (Naturwert) und den valor usualis (Gebrauchswert), auch über Gewinn und Zins, - den man für Unrecht hält, soweit er in Gewinnabsicht genommen wird, während man ihn als Ausfallversicherung akzeptiert.

Vom Beginn der Neuzeit bis zur „sozialen Frage“ im 19. Jahrhundert: Die Arbeitskraft als Ware

Die mittelalterlichen Verhältnisse zerbrechen mit dem aufkommenden Selbstbewusstseinsimpuls der Neuzeit. Vielfältige Symptome deuten auf diesen Impuls: der beginnende Siegeszug des naturwissenschaftlichen, auf Experiment und Beobachtung gegründeten Denkens, Erfindungen und Entdeckungen, das Auftreten großer Kaufmannsindividualitäten wie der Fugger und der Welser, schließlich die technische Anwendung der Wissenschaft, von der Manufaktur bis hin zur großen - zunächst vor allem auf der Ausnutzung der Dampfkraft basierenden - Industrie.

Aus der Tauschwirtschaft ist endgültig die Geldwirtschaft geworden, d. h. der Gelderwerb hat sich weitgehend vom Tauschmotiv gelöst. Der Inhalt des Getauschten wird - zumindest für den Handel - irrelevant. Jetzt erst erlangt die Steigerung der Arbeitsproduktivität ihre enorme Bedeutung für die Entwicklung des Reichtums der Nationen - In Adam Smith's Hauptwerk findet sich eingangs das berühmte Nadelbeispiel** dafür. Mit dem Heraufkommen der Manufakturen, zuerst vorindustrieller und dann industrieller Massenproduktion werden die Zünfte obsolet.

Die Arbeitsteilung erfährt auf der einen Seite eine ungeheurer Differenzierung: Sie wird zu einem Motor der Produktivität, dessen Stärke alles bisher Gesehene übertrifft. Mit diesem Grad von Arbeitsteilung aber wird die Fremdversorgung das dominierende Element, das Produkt entfernt sich völlig vom Produzenten. Während sich die Bedürfnisse differenzieren und individualisieren, gewinnt die Produktion immer mehr „kollektivistischen“, gesellschaftlichen Charakter - d.h. sie vollzieht sich immer mehr großräumig, arbeitsteilig vernetzt. Gleichzeitig ist das Eigentum an den Produktionsmitteln privatkapitalistisch. Dabei rekurriert man auf das römische Eigentumsrecht, das nun als Instrument einer noch weiter gesteigerten Egoität fungiert.

Die Fremdversorgung ist eine Kategorie des objektiven Altruismus, insofern jetzt jeder nicht mehr für sich, sondern für Andere produziert. Zugleich aber kann menschlich-sozial die dafür eigentlich erforderliche Selbstlosigkeit immer weniger aus alten Gemeinnsinnkräften geleistet

* Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Zunft>

** Während ohne Arbeitsteilung ein Arbeiter nur mit Mühe wenige Nadeln am Tag herstellen kann, steigt die Produktivität bei entsprechender Arbeitsorganisation auf 4000 Nadeln pro Arbeiter.

werden. Immer mehr wird der Mensch als atomisiertes Individuum angesehen, das mit dem Naturrecht auf Eigentum ausgestattet ist und dessen wichtigste Impulse Selbsterhaltung und Eigennutz sind (Thomas Hobbes, Adam Smith u.a.). Mit dem aufkommenden Kapitalismus wird also die Arbeit objektiv Arbeit für andere, subjektiv wird sie immer weniger als Beruf aufgefasst, sondern wird zum Erwerb, zum Job. Damit aber tritt das ein, was wir eingangs mit „Entfremdung“ bezeichnet haben. Wenn meine eigene Arbeitsleistung und der Tauschpartner nur der gleichgültige Anlass für meinen Profit sind, ist auch nichts anderes denkbar.

Man erhofft sich von der Befreiung aus feudalen Fesseln „freie Bahn für den Tüchtigen“, von der freien Konkurrenz erwartet man die Steigerung des Reichtums der Nationen und die Hebung der allgemeinen Wohlfahrt. In Wirklichkeit entsteht vor allem jenes namenlose Arbeiterelend des 19. Jahrhunderts, die Ausbeutung der Arbeitskraft durch Verlängerung des Arbeitstags auf der einen Seite, die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen - von der ein permanenter Druck auf die Löhne ausgeht - auf der anderen Seite.

Freilich: jetzt ist nicht mehr der ganze Mensch Ware, sondern „nur“ noch seine „Arbeit“ oder, wie Marx dann präzisiert, seine „Arbeitskraft“. Dem Rechtsbewusstsein wird es spätestens mit der französischen Revolution unerträglich, „Menschen mit Sachen gleichzustellen, so dass sich Mietvertrag (der Bürger vermietet eine Sache an einen anderen Bürger) und Dienstvertrag (der Bürger vermietet seine eigene Arbeitskraft an einen anderen Bürger) als eigenständige Vertragstypen entwickelten.“***

Je weniger Lohn ich dem Arbeiter gebe, um so höher ist mein Gewinn, um so eher kann ich die Konkurrenz preislich ausstechen und damit vielleicht aus dem Markt drücken. Aber der Arbeitskraftbesitzer ist nur formal auch Bürger, Unternehmer, gegenüber dem produktionsmittelbesitzenden „Kapitalisten“ ist er in Wahrheit in einer schlechteren Position. In beißenden Formulierungen hat Karl Marx diese Situation aufs Korn genommen (vgl. Kasten S. 9). Der Arbeiter empfindet daher die Lohnarbeit als „Lohnsklaverei“, gegen die seine Menschenwürde rebelliert. Diese Rebellion bildet ein entscheidendes Moment der sozialen Frage, wie sie sich im 19. Jahrhundert herausbildet. Und man kann verstehen, wenn man die zitierten Sätze von Marx auf sich wirken lässt, warum das „Kapital“ lange eine Art Bibel der Arbeiterbewegung war. Der Arbeiter empfindet seine Arbeit als entfremdete, entwickelt daher auch wenig Interesse für den sachlichen Inhalt seiner Arbeit.

Die Situation führte zum Aufschwung der Arbeiterparteien - bei denen sich bald eine Spaltung in revolutionäre und reformistische Strömungen ergab - und der Gewerkschaften - die versuchten, den Preis der Arbeitskraft durch Tarifikämpfe anzuheben. Sie führte aber auch zum Versuch der Herrschenden, durch Sozialgesetzgebung die Auswüchse des Systems der Lohnarbeit zu korrigieren.

*** Bader, a.a.O.

Preis- und Lohntheorien der Politischen Ökonomie

Wie widerspiegelt sich das Lohn- und Preisproblem in der Gedankenbildung der Wirtschaftswissenschaft oder wie es damals heißt: der Politischen Ökonomie? - Die „Klassiker“ der Politischen Ökonomie machen den Versuch, die verschiedenen Formen der Entstehung von Wert und Mehrwert auf eine gemeinsame Ursache hin zu untersuchen, eine monistische Erklärung der „Werts substanz“ und der „Werthöhe“ zu leisten. Auf diese Weise suchte man, jenseits der Schwankungen von Angebot und Nachfrage, den „natural price“ zu bestimmen, jenen Preis um den die schwankenden Marktpreise oszillieren (den Unterschied zwischen Wert und Preis machten schon die Physiokraten).

Diese gemeinsame Werts substanz wie auch den Grund des Wertniveaus sucht man in der Arbeit. Ursprünglich steckt in dieser Betrachtung durchaus noch die Frage nach einer gerechten Preisbildung, wie wir sie bei Aristoteles kennengelernt haben. Man findet das etwa bei William Petty (1623-1687). Was viel Arbeit kostet, muss gerechterweise höher entgolten werden als dasjenige was wenig Arbeit kostet. Nur so kommt der Arbeitende auf seine Kosten, nur so kann im Wirtschaften der Unterhalt aller Beteiligten gesichert werden. Die Arbeit ist dieser Theorie zufolge der Generalnenner aller Waren. Was gleich viel Arbeit kostet, ist auch gleich viel wert und erzielt tendenziell den gleichen Preis. Die Frage nach dem Verhältnis der aufgewandten und der ersparten Arbeit (bei Steiner später das Problem von Wert I und Wert II) und nach dem Zusammenhang von Nachfrage und Bedarf (bei Steiner später der Tatbestand „wertbildender Spannungen“) hat dabei zu Schwierigkeiten geführt, ebenso wie die Frage nach dem Verhältnis einfacher und komplizierter Arbeit und nach der Bewertung unterschiedlicher Arbeitsfertigkeit und damit Arbeitstempi (durchschnittlich gesellschaftlich notwendige Arbeit). (Vgl. dazu auch den Artikel über Marx in diesem Heft.) Bald fand eine Problemverschiebung statt von der richtigen preislichen Bewertung des Arbeitsprodukts hin zu der Frage nach dem Marktpreis der Produktionsfaktoren selbst, also Arbeit, Kapital und Boden. Damit war der Gesichtspunkt von den Sach- und Dienstleistungen wegverlagert, und die Quellen der Produktivität selbst wurden unter dem Gesichtspunkt der Verkäuflichkeit behandelt: Die Natur, die Arbeit, und im Kapital - obwohl man dies nicht auf den richtigen Begriff zu bringen vermochte - der unternehmerische Geist. Damit aber differenziert sich der Einkommensbegriff, und wir kommen zu den berühmten drei Einkommensarten: Lohn, Profit oder Kapitalzins und Bodenrente. Wo immer die Quelle des Einkommens gesucht wird, an der Erscheinungsoberfläche der gesellschaftlichen Wirklichkeit haben wir es immer mit diesen drei Einkommensarten zu tun, nach denen ja auch häufig die drei großen sozialen Grundklassen unterschieden werden: Arbeiter, Kapitalisten, Grundbesitzer. Drei Faktoren sind demgemäß am wirtschaftlichen Ergebnis und damit auch am Ertrag beteiligt: Boden, Arbeit und Kapital.

Damit haben wir die Begründung für die drei Scheinmärkte: den Arbeits-, den Boden- und den Kapitalmarkt und damit die Verwirrung zwischen dem Sach- und Dienstleistungsprozess und der Vermarktung von Rechten: dem Recht auf Bodennutzung, dem Recht auf Nutzung von Sach- und Geldkapital und dem Rechtsverhältnis der Arbeit.

Es gelang kaum, die beiden Betrachtungen: Arbeitswerttheorie und Dreifaktorentheorie, wirklich zu entwirren. Zwar waren Adam Smith und David Ricardo bemüht, alle Einkommensarten auf die eine Quelle Arbeit zurückzuführen. Aber indem Arbeit selbst verkäuflich gedacht wurde, fungierte sie zugleich als Bewertungsmaßstab und bewerteter Faktor, - als würde man der Schwere ein Gewicht zuschreiben. (R. Steiner nennt darum die Vermarktung der Arbeit einen realfalschen Zustand.) Da der Zirkel zwischen Maßstab und Faktor doch irgendwie aufgelöst werden muss, führt die Frage nach dem Preis der Arbeit dann doch wieder auf - bewertbare - Ware: Es sind jene Waren, die nötig sind, damit die Arbeitskraft als solche erhalten wird, der Arbeiter nicht verhungert. Der Wert dieser Waren erschien dann wieder bewertbar durch das Quantum in ihnen vergegenständlichter Arbeit, in Zeit gemessen.

Daraus folgte nun die Theorie, dass das Spiel von Angebot und Nachfrage dahin tendiert, den Lohn auf den Preis des für das Existenzminimum erforderlichen Warenkorbes zu führen. Man könnte auch sagen: Der natürliche Preis der Arbeit besteht in den Mindestkosten der Erhaltung der Arbeitskraft. Die Keime zu einer solcher

Marx über Lohnarbeit und Kapital

Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der allgemeinen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn jedem von beidem ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen. Und eben weil jeder nur für sich und keiner für den anderen kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge, oder unter den Auspizien einer allpflügigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses.

Beim Scheiden von dieser Sphäre der einfachen Zirkulation oder des Warenaustausches, woraus der Freihändler vulgaris Anschauungen, Begriffe und Maßstab für sein Urteil über die Gesellschaft des Kapitals und der Lohnarbeit entlehnt, verwandelt sich, so scheint es, schon in etwas die Physiognomie unserer dramatis personae. Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die - Gerberei.

Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals (1867). MEW 23, Berlin 1962, S. 189f.

Existenzminimum-Lohntheorie finden wir bereits bei den Merkantilisten. Ähnliche Anschauungen vertraten auch die Physiokraten, am klarsten Turgot. Der Angebot-Nachfrage-Mechanismus muss bei unterstellter Tendenz zu einem Überangebot an Arbeit dazu führen, dass sich der Preis der Arbeit am Existenzminimum einpendelt. Obwohl noch William Petty für eine rechtlich-gesetzliche Regelung plädiert, die dem Arbeiter das Existenzminimum sichert, spielt jetzt die Frage der Einkommensgerechtigkeit eine sekundäre Rolle für die Betrachtung der Preisbildung; sie kann bestenfalls ihre Folge, nicht aber ihre Zielgröße sein. Nur der Markt ist für sie verantwortlich.

Reproduktionskostentheorie des Arbeitslohns

Adam Smith und David Ricardo bauen die These aus, dass der Lohn die Bezahlung der Arbeit ist. Smith verfiert eine Minimum-Theorie, allerdings gibt es seiner Ansicht nach in einer Gesellschaft, die immer reicher wird, durchaus die Tendenz zu Lohnerhöhungen. Für Ricardo ist der Lohn der Preis der Arbeit, der notwendig ist, damit die Arbeiter ihre Existenz und die Existenz ihrer Familie auf stabilem Niveau halten können. Da er von seinem Gesetz des abnehmenden Bodenertrags überzeugt ist, geht er davon aus, dass der Wert der Existenzmittel steigt. Und weil er mit Malthus an die Tendenz einer immer weitergehenden Übervölkerung glaubt, nimmt er an, dass zwar der Nominallohn wachsen kann, der Reallohn aber bestenfalls die Tendenz hat, unverändert beim Existenzminimum zu verharren. Der Kampf der Arbeiter ist nach Meinung Ricardos ein Mittel, um den Nominallohn mit dem erhöhten Wert des Minimums an Existenzmitteln in Übereinstimmung zu bringen.

Steiner zur Überwindung des Warencharakters der Arbeitskraft

Wenn man einmal einsehen wird, wie stark als einer der Grundimpulse der ganzen modernen proletarischen Bewegung in den Instinkten, in den unterbewussten Empfindungen des modernen Proletariats ein Abscheu davor lebt, dass er seine Arbeitskraft dem Arbeitgeber ebenso verkaufen muss, wie man auf dem Markte Waren verkauft, der Abscheu davor, dass auf dem Arbeitskräfte-markt nach Angebot und Nachfrage seine Arbeitskraft ihre Rolle spielt [...], dann wird man zu dem ersten Impuls, dem ideologisch empfundenen Geistesleben, den zweiten gefunden haben, von dem gesagt werden muss, dass er heute die soziale Frage zu einer drängenden, ja brennenden macht.

Im Altertum gab es Sklaven. Der ganze Mensch wurde wie eine Ware verkauft. Etwas weniger vom Menschen, aber doch eben ein Teil des Menschenwesens selber wurde in den Wirtschaftsprozess eingegliedert durch die Leibeigenschaft. Der Kapitalismus ist die Macht geworden, die noch einem Rest des Menschenwesens den Charakter der Ware aufdrückt; der Arbeitskraft. [...]

Man kann nicht die menschliche Arbeitskraft des Warencharakters entkleiden, wenn man nicht die Möglichkeit findet, sie aus dem Wirtschaftsprozess herauszureißen. Nicht darauf kann das Bestreben gerichtet sein, den Wirtschaftsprozess so umzugestalten, dass in ihm die menschliche Arbeitskraft zu ihrem Recht kommt, sondern darauf: Wie bringt man diese menschliche Arbeitskraft aus dem Wirtschaftsprozess heraus, um sie von sozialen Kräften bestimmen zu lassen, die ihr den Warencharakter nehmen.

Rudolf Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919), GA 23, Dornach 1876, S. 53, 54

Auf die Theorien der Klassiker folgt das, was Karl Marx später die „Vulgärökonomie“ nannte. Er wählte diese Bezeichnung deshalb, weil die Ökonomen, die er in diesem Zusammenhang im Auge hat, die bestehenden Verhältnisse einfach positivistisch beschreiben und damit die gesellschaftlich bedingte Handhabung bestimmter Kategorien wie Lohn, Profit, Zins und Rente als generell vernünftige und nicht weiter zu hinterfragende und zu kritisierende Gegebenheiten nicht nur hinnehmen, sondern sogar wortreich verteidigen (Apologetik). So wird dann der Profit als Lohn für die schweren Entbehrungen der Unternehmer gewertet, die darauf verzichten, ihr Kapital zu verkonsumieren (Bastiat, Schulze-Delitzsch). Marx witzelte in diesem Zusammenhang, man möge doch die Unternehmer von dieser schweren Bürde befreien. Würde das Wesen des Gewinns in der Klassik verfehlt, weil man den Produktivitätsfaktor Geist nicht richtig einzuordnen wusste und deshalb - bis zur Marxschen Mehrwerttheorie - die Arbeit auch hier als den ursächlichen Faktor ansetzte, so wird jetzt der Gewinn mehr und mehr als Eigenschaft des Geldes („Geld arbeitet“) oder zur Frucht der Produktionsmittel erklärt und damit die Produktivität des Geistes ebenfalls verfehlt. Eine falsche Mystik entsteht auf diese Weise. Besonders R. Steiner lenkt dagegen konsequent den Blick auf die geistige Wirksamkeit, die Sach- und Geldkapital instrumentalisiert und damit freie Kapitalbildung bewirkt. „Vulgärökonomie“ wie J.B. Say, N. Senior, F. Bastiat sind vollständig überzeugt davon, dass im Lohn die Arbeit bezahlt wird.

Malthus, James St. Mill, Jeremy Bentham, McCulloch u.a. vertreten die sogenannte Theorie der Arbeitsfonds: Die Höhe des Arbeitslohnes werde durch das Verhältnis der Gesamtzahl der Arbeitskräfte zur Gesamthöhe des für den Kauf der Arbeitskraft vorgesehenen Kapitalteils bestimmt. Insofern betrachtet man den Kampf um Erhöhung des Arbeitslohns als nutzlos.

All diese Theorien reflektierten letztlich den geschichtlichen Prozess der Umwandlung der Arbeitskraft in Ware. Wir haben schon gesehen, wie gegen die Tatsache dieses zur Ware-Werdens die Arbeiter im 19. Jahrhundert aufbegehren. Und im Zusammenhang mit diesem Aufbegehren entsteht eine sozialistische Kritikbewegung auch an den bisher entwickelten Lohntheorien. Dies geschieht zunächst durch Ferdinand Lassalle, den großen Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Lassalle geht von Ricardos Theorie des Existenzminimums aus. Und er findet für den von Ricardo geschilderten Tatbestand die Formel, die dann in der Arbeiterbewegung außerordentlich populär wurde, die Formel vom „ehernen Lohngesetz“. Wenn aber das ehernen Lohngesetz ein konstitutives Element des marktwirtschaftlichen Kapitalismus darstellt, dann muss man eben die gesellschaftliche Ordnung ändern, die dieses ehernen Lohngesetz hervorbringt. Lassalle befürwortete als Schritt in die neue sozialistische Gesellschaft die Gründung von staatlich unterstützten Produktivassoziationen der Arbeitenden.

Der scharfe Analytiker Marx, der auch Lassalle gegenüber kritisch ist, wendet gegen die „Klassiker“ ein, dass sie nicht hinreichend zwischen „Arbeit“ und „Arbeitskraft“ unterschieden. Die Reproduktionskostentheorie könne sich aber sinngemäß nur auf die Arbeitskraft beziehen, während der Wert der Arbeit alles beinhalte, was die Arbeit schafft. Indem man den Lohn als Preis der Arbeit bezeichne, erwecke man den Eindruck, als werde die ganze Arbeit gerecht bezahlt, als gäbe es keine Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft, den Reproduktionskosten, und dem Wert der Arbeit. Diese Differenz bildet nun nach Marx den „Mehrwert“, so dass der nun als das Resultat der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten erscheint. Was diese Mehrwerttheorie nicht wirklich einbezieht, ist die Geistseite der Kapitalwirksamkeit. In ihrer Rezeption hat oft die Empfindung dominiert, der Gewinn als solcher sei ein einziger Betrug an den Arbeitern. Zwar proklamiert Marx nicht wie Lassalle das sogenannte Recht auf den „vollen Arbeitsertrag“, er kritisiert diese Formulierung sogar heftig. Der Akzent liegt bei ihm nicht auf dem individuellen Einkommen, sondern auf der „Vergesellschaftung“ des Mehrwerts. Die Arbeiterklasse an der Macht würde einen großen Teil dieser Wert für gesellschaftliche Aufgaben, wie Neuinvestitionen, Bildung usw. einsetzen. Aber die Popularität des Marxismus beruhte in der Tat darauf, dass er mit seiner Mehrwerttheorie das Gefühl der Benachteiligung ansprach, das in den Arbeitern lebte. Und auch, wenn er das „eherne Lohngesetz“ kritisiert, zum Geburtshelfer der proletarischen Revolution wird bei ihm die erwartete „relative“ Verelendung der Arbeiterklasse (ein Bestandteil seiner „Akkumulationstheorie“).

In neueren Lohntheorien wurde als die Schwäche der Reproduktionskostentheorie kritisiert, dass sie die großen Unterschiede im Lohnniveau in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten nicht erklären könne. Es kam die sogenannte „Produktivitätstheorie“ des Lohns auf: Das Niveau der Arbeitsproduktivität sei für die Lohnhöhe entscheidend. Zu nennen sind auch noch die Grenzproduktivitätstheorie und der keynesianistische Ansatz des regulierten Arbeitslohns. Zum Rüstzeug der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gehörten lange Zeit Lohntheorien, die betonten, dass für die Lohnhöhe nicht nur die Arbeitsproduktivität, sondern auch die Stärke der Arbeiterbewegung maßgebend sei.

Zwischenbilanz

Bis heute finden wir - bei aller bunten Vielfalt der Theoriebildung - drei Grundhaltungen, die alle drei ungeeignet erscheinen, die Befreiung der Arbeit zu erreichen:

1. Die bestehende Form der Vermarktung der Arbeitskraft wird zur nicht hintergehbaren Bedingung der Wirtschaft erklärt und damit zementiert (z. B. neoliberaler Ansatz).
2. Die Vermarktung der Arbeitskraft wird kritisiert, aber so, dass aus der Kritik heraus ein Rückfall in kollektivistisch-tributäre Verhältnisse erfolgt: staatlich verwaltetes Kollektiveigentum, faktischer Arbeitszwang (planwirtschaftlicher Ansatz).

3. Die Tatsache, dass die Arbeit Ware ist, wird akzeptiert, kritisiert wird nur ihr zu geringer Preis. Das „More, more, more“ wird so zur einzigen Handlungsmaxime gewerkschaftlicher Tarifpolitik.

Neoliberale Globalisierung und Krise gewerkschaftlicher Lohnpolitik

Im 20. Jahrhundert gab es Weltkriege, Weltwirtschaftskrise und Totalitarismus. Aber es gab auch eine Reihe positiver Veränderungen der Lage der arbeitenden Menschen. Nach dem 1. Weltkrieg erhielt der „Fordismus“ Auftrieb.* Die Arbeitszeit wurde verkürzt, Keynes' antizyklische Wirtschaftspolitik sorgte für Beschäftigung, in manchen Ländern wurde eine Mitbestimmung eingeführt. In Deutschland entstand nach dem 2. Weltkrieg die „soziale Marktwirtschaft“ - auch „rheinischer Kapitalismus“ genannt - und die Sozialdemokratie der skandinavischen Länder arbeitete an der Umsetzung ihrer Vision des Wohlfahrtsstaats.

Doch am „Warencharakter“ der Arbeitskraft, an der Preisbestimmung über den Konkurrenzmechanismus und am Eigentum der Kapitalbesitzer an den Produktionsmitteln hat sich dabei - trotz besserem sozialen Schutz - prinzipiell nichts geändert. Die Löhne blieben Kostenfaktoren, die Mitarbeiter weisungsabhängige „Arbeitnehmer“, „unselbständig“ Erwerbende.

Dennoch kommt angesichts des heutigen Neoliberalismus häufig etwas wie Nostalgie auf, wenn von den damaligen Verhältnissen die Rede ist. Dass der „rheinische“ Kapitalismus und andere Formen sozialer Marktwirtschaft ineffizienter gewesen sein sollen als der weit rabatere amerikanische, ist eine unbewiesene Behauptung von Neoliberalen.

Heute - in der Krisenlage des Sozialstaats - ist die traditionelle gewerkschaftliche Lohnpolitik mit ihrem Versuch, durch Flächentarife Lohndumping zu verhindern vielfach mit ihrem Latein am Ende.** Die „soziale Frage“, das „eherne Lohngesetz“ des 19. Jahrhunderts, die im 20. zeitweise überwunden schienen, holen uns im 21. wieder ein. Die Globalisierung in ihrer durch den Neoliberalismus vorangetriebenen Form bringt Löhne und Sozialsysteme unter heftigen Druck.

Angesichts des Scheiterns sowohl der reformistischen Pragmatiker als auch der planwirtschaftlich orientierten Fundamentalisten könnte ein radikaler neuer Ansatz - so schwer er sich gegen das verfestigte alte Denken zunächst tun muss - auch bereits mittelfristig die besseren Chancen haben, zu einer Wende beizutragen. Eine Bewegung, die zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeit, Preis und Einkommen kommen will, sollte bei ihrem Engagement die folgenden thesehaften Überlegungen berücksichtigen.

* Das Wort stammt von Antonio Gramsci. Henry Ford setzte nicht nur konsequent auf Fließbandarbeit, sondern war auch einer ersten Unternehmer, der den Arbeitern aus Überzeugung Lohnsteigerungen gewährte.

** „Der Flächentarifvertrag hat einen tiefen ökonomischen Sinn: Er soll den Wettbewerb konzentrieren auf die Qualität der Produkte und auf die Qualität des Service und Lohndumping gerade ausschließen.“ (So der CDU-Politiker Heiner Geissler am 25.4.2007 in der N24-Talksendung „Links-Rechts“.)

Auf dem Weg zu einem neuen Verständnis und Umgang mit Arbeit, Lohn und Preis - Neun Thesen

In den heutigen Verhältnissen sind Verhaltensweisen geronnen, denen unter anderem verkehrte Gedanken über Arbeit, Preis und Einkommen zu Grunde liegen. Richtiges Denken über das Problem ist ein erster Schritt, um es dann auch praktisch richtig lösen zu können.

1. Arbeit ist im Kern keine ökonomische Kategorie, sondern eine kulturelle: in der Arbeit bringt sich der Mensch mit seinem ganzen Wesen in den gesellschaftlichen Prozess ein. Sie mündet zwar in der Erstellung wirtschaftlicher Güter und Leistungen, kann aber nicht selbst verkäuflich sein wie diese. Einkommen ist ein Ertragsteil der Wertschöpfung, der die Betätigung der Arbeitskraft ermöglicht, nicht jedoch bezahlt. Es ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass moderne Wirtschaft nicht mehr Geldwirtschaft ist, sondern Fähigkeitenwirtschaft werden will.

2. Alle Einrichtungen, die durch Eigentumsmacht Ertragsteilung verunmöglichen und Arbeitsbezahlung erzwingen, müssen überwunden werden. Insbesondere dürfen Unternehmen nicht ein verkäuflicher Vermögensgegenstand der Kapitalbesitzer sein. Denn für diese kann der Lohn kein Ertragsteil sein, sondern nur Abzug vom Ertrag, - ein möglichst zu minimierender Kostenfaktor. Der anachronistische Gegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist zu überwinden, den Arbeitenden ist - durch die Eigentumsordnung - eine reales Mitunternehmertum zu ermöglichen.

3. Die Überwindung der Arbeits(kraft)bezahlung erfordert letztlich, die Arbeit aus dem Wirtschaftskreislauf, der es mit Waren zu tun hat und deshalb dazu tendiert, allem den Charakter der Ware aufzudrängen, herauszubringen und die Arbeitsverhältnisse von gleich zu gleich rechtlich zu ordnen (vgl. Kasten S. 10).

4. Beim Einkommen als Ermöglichungskategorie geht es gerade nicht um die Gewährleistung des eigenen „vollen Arbeitsertrags“. Das arbeitsteilige Wirtschaftswesen lebt davon, dass Arbeit Früchte für andere trägt und dem Arbeitenden die Arbeit für andere durch deren Arbeitsfrüchte ermöglicht wird. Es handelt sich also um die ökonomisch-soziale Ausgestaltung der in der Arbeitsteilung veranlagten „Selbstlosigkeit“ (man versorgt nicht mehr sich selbst, sondern den Anderen mit Bedarfsgütern). Das Heil des Ganzen wird um so größer, je größer der Überschuss der Produktivität des Einzelnen über seinen Eigenbedarf ist. Es müssen sich also neue Quellen für die Arbeitsantriebe öffnen: Hier liegt auch die Rolle eines freien Geisteslebens begründet. Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen kann ein erster Schritt sein, damit Menschen sich sinnstiftender Tätigkeit widmen können, statt aus Erwerbsgründen entfremdet arbeiten zu müssen.

5. Preise sind die Quelle der Einkommen, stellen also nicht einfach die Bezahlung der Produkte dar, sondern müssen die Erstellung neuer Güter und Leistungen - und das heißt das Leben der damit Beschäftigten - ermöglichen. Die Einkommensbildung ist die Innenseite

der Preisbildung, die Preisbildung die Außenseite der Einkommensbildung.

6. Ohne Preisgerechtigkeit keine Überwindung der Ausbeutung. Denn Güter zu billig zu erwerben, schlägt auf die Lebenslage dessen durch, der sie herstellt und verunmöglicht diesem dadurch, sich zu entfalten. Zu teuer verkaufen schlägt auf die Lebenslage des Verbrauchers durch. Es geht um ökonomisch richtige und sozial gerechte Preise, „so dass jeder tatsächlich aus seinem eigenen Erzeugen heraus dasjenige auch kaufen kann, was ihn versorgt.“*

7. Preisgerechtigkeit kann nur hergestellt werden, wenn die auf dem Markt sich bildenden Preise nicht einfach als letztinstanzlich hingenommen werden. Vielmehr muss die Marktpreisbildung Ausgangspunkt für eine Verständigung der Wirtschaftspartner über Maßnahmen sein, die ein richtiges Preisgefüge fördern. Diese Verständigung braucht Zusammenarbeitsformen, -orte und -organe. Es sind solche Verständigungs- und Kooperationsorte, die R. Steiner mit dem Begriff der „wirtschaftlichen Assoziationen“ bezeichnet hat. In ihnen können sich in der Begegnung Interessen ausgleichen, aus einem Gesamtbild wirtschaftlicher Probleme heraus können soziale Urteile gebildet werden. Der „gerechte Preis“ ist keine statistisch feststellbare Größe, er ergibt sich aus einem derartigen sozialen Urteil. Solche Urteile können sich dann in Vereinbarungen und Verträgen niederschlagen. Dieser Ansatz einer Selbstverwaltungs-Vertrags-Wirtschaft steht im Gegensatz zum Liberalismus und Neoliberalismus, die keine gerechten, sondern nur marktgerechte Preise kennen, aber auch zur Planwirtschaft, die den Marktpreis als Bewusstseinshilfe ausschaltet und die Ökonomie durch Bürokratie bevormundet.

8. Geschwisterlichkeit ist ein wichtiger Faktor in der Motivbildung des Einzelnen. Im Wirtschaftsleben ist sie aber vor allem eine aus der Arbeitsteilung erwachsende ökonomische Notwendigkeit. Denn durch die Arbeitsteilung werden wir im ganz realen Sinne verantwortlich für die Lebenslagen unserer Mitmenschen. Die Organisation des Füreinander-Tätigseins der Arbeitsteilung erfordert daher mehr als individuelle wirtschaftliche Gesinnungsethik, sie erfordert die Schaffung von Einrichtungen des Interessenausgleichs, der Kooperation, des „objektiven Gemeinsinns“ (R. Steiner).

9. Die Arbeit wird erst dann nicht mehr „entfremdet“ sein, wenn Verhältnisse erreicht sind, die es Menschen möglich machen, in sich dem Motiv des Gebenwollens gegenüber dem des Habenwollens immer mehr Raum zu schaffen und die Arbeit so immer mehr bewusst aus dem Wohl-Wollen für den anderen zu vollziehen. Arbeit wäre dann endgültig nicht mehr Frondienst und nicht mehr Ware, sondern freie Tätigkeit für die Anderen. Ihr innerster Kern käme zur Erscheinung: die Liebe.

* Rudolf Steiner: Die Kardinalfrage des Wirtschaftslebens, Vortrag Oslo 1921, GA 79. Marx hat diese Frage eher unterschätzt. Da für ihn Ausbeutung ausschließlich in der Produktionssphäre erfolgt, wird das Ausbeutungsproblem auf das Lohnverhältnis reduziert. Dies wurde dann vergrößert so verstanden, dass Ausbeutung Lohndrückerei sei, dergegenüber der Arbeiter den vollen Arbeitsertrag erkämpfen müsse.

Marx heute - Was bleibt von der Mehrwert- theorie?

Zur Problematik des Marx'schen Kapitalbegriffs

Christoph Strawe

Eine Tagung in Trier

Vom 14. bis 16. März 2008 fand in der Karl-Marx-Studienstätte in Trier eine Tagung „Marx heute - Was bleibt? statt - in Verbindung mit der Universität Trier und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (in deren Rahmen die historisch-kritische Marx-Engels-Gesamtausgabe [MEGA] entsteht). Unterstützt wurde die Veranstaltung von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Den Höhepunkt bildete am Abend des ersten Tages eine überaus spannende, von Rochus Groß vom SVVR moderierte Podiumsdiskussion im überfüllten Variété Chat Noir am Kornmarkt. Der Ökonom Prof. Rudolf Hickel aus Bremen setzte sich - „Keynes im Kopf und Marx im Herzen“ - temperamentvoll mit dem Elend der neoklassischen Mainstream-Ökonomie auseinander. Sarah Wagenknecht, Europa-Parlamentsabgeordnete und Vertreterin der kommunistischen Plattform in der Linkspartei argumentierte wortgewaltig gegen Privatisierung und Diktatur der Finanzmärkte, betonte aber auch, dass Marx in der Tradition des deutschen Idealismus stehe. Johano Strasser, Leiter des deutschen PEN-Clubs und Mitglied der Grundwertekommission der SPD merkte kritisch an, dass Marx den Eigensinn des einzelnen menschlichen Individuums zu wenig berücksichtigt habe, während Prof. Klaus Ziemer, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau, darüber berichtet, wie das Marx-Bild in

Polen vor allem durch die Erfahrungen des realen Sozialismus negativ geprägt und auch verzerrt worden sei. Besonders Hickel und Wagenknecht hoben die Aktualität der Marx'schen Analysen hervor, arbeiteten aber auch Punkte heraus, an denen über Marx weit hinausgegangen werden müsse, z.B. was das Thema Ökologie angeht.

Offenheit und erkennbarer Wille, einander zuzuhören, zeichneten die Podiumsdiskussion aus. Sie waren auch während der ganzen Tagung spürbar, die - im kleineren Kreis - in vier aufeinander folgenden Sektionen verlief: Sozialmodelle vor Marx; Philosophie und Politik; Russland - Marx alternativ gedacht; Zur Kritik der Politischen Ökonomie - Beiträge zur Analyse und Gestaltung von Politik und Gesellschaft. Der vorliegende Artikel ist eine überarbeitete Fassung meines Beitrags bei dieser letzten Sektion, bei der außer mir mein Vorstandskollege Prof. Harald Spehl - zugleich Mitorganisator der Tagung - und Sven Giegold, der wohl in der Öffentlichkeit bekannteste Vertreter von Attac Deutschland - mitwirkten. Giegold vertritt den BUND im Attac-Rat und war Initiator des Kongresses „Solidarische Ökonomie“ im November 2006 in Berlin. In Trier sprach er über das Thema „150 Jahre genossenschaftliche Ökonomie - eine Bilanz im Lichte der Marx'schen Kritik“. Er finde nichts bei Marx, wo dieser die Funktionsfähigkeit von Genossenschaften im Kapitalismus völlig verneint habe. Gleichzeitig sei sein Insistieren darauf, dass eine neue Gesellschaft politisch erkämpft werden müsse und nicht allein aus Ansätzen alternativer Ökonomie wachsen könne, immer noch mehr als bedenkenswert. Harald Spehl referierte zum Schluss über das Thema „Preis und Lohn als Teilungsverhältnis in einer assoziativen Wirtschaft“. Dem schloss sich, wie schon den anderen Beiträgen, eine lebhaft Diskussions an. Das Kolloquium bot eine äußerst wertvolle Möglichkeit, in einer freundschaftlich offenen Atmosphäre die Positionen besser kennenzulernen, Gemeinsamkeiten festzustellen, aber auch Unterschiede klar zu benennen und damit die Voraussetzungen für ein fruchtbares Forschungsgespräch in der Zukunft zu schaffen, das dem Engagement für eine gerechtere Welt, in dem sich die Beteiligten verbunden wussten, nur nützen kann.

Realitätsgehalt der Marx'schen Diagnose

1989 schien vielen die Theorie von Karl Marx erledigt, Adam Smith als der Sieger. Die Rede war vom „Ende der Geschichte“. Es erschienen Artikel, in denen behauptet wurde, Platos Frage nach der besten Staats- und Gesellschaftsform sei endgültig beantwortet, - die westliche Demokratie sei diese Gesellschaft. Inzwischen hat sich die Realität in mancher Hinsicht der von Marx beschrieben eher wieder angenähert, als dass sie sich weiter von ihr entfernt hätte. Die Heilversprechungen des Neoliberalismus wurden nicht erfüllt. Im Gegenteil: die „neoliberale“ Globalisierung hat weltweit die sozialen Gegensätze verschärft und droht geradezu, „den Globus zu zerstückeln“: Wir haben es mit Erscheinungen zu tun, die Marx bereits beschrieben hat: Konzentration und Zentralisation des

* Chance, nicht Schicksal - die Globalisierung politisch gestalten. Berliner Rede von Bundespräsident Johannes Rau im Museum für Kommunikation Berlin am 13. Mai 2002

Kapitals - Herstellung des Weltmarkts - in den Mittelschichten geht die Angst vor dem Abstieg um. Man wird sich heute nicht mehr so leicht trauen, mit Karl Raimund Popper, der diese These bereits kurz nach dem Weltkrieg aufstellte, zu behaupten, die Gesellschaft, die Marx beschrieben hat, habe fast überall zu existieren aufgehört.* Wobei festzuhalten ist: Auf der einen Seite zerbricht, was aus der marxistischen Idee als gesellschaftliche Gestaltung erwachsen ist: der Sozialismus, und auf der anderen Seite bewährt sich mindestens partiell Marx' Diagnose. Das mag darauf hindeuten, dass wir eben Marx als Diagnostiker und Marx als Therapeuten unterscheiden müssen - auch wenn wir selbstverständlich fragen müssen, wo die Diagnose richtig ist und wo nicht oder nicht mehr. Wir können Marx gewiss nicht verantwortlich machen für alles Schlechte des realen Sozialismus. Aber wir können durchaus fragen, wieweit seine Weigerung, sich auf konkrete Überlegungen über die künftige Gesellschaft einzulassen - er wolle keine „Rezepte aus der Garküche der Zukunft“ liefern, heißt es im Nachwort zur 2. Auflage des 1. Bandes des Kapital - die Fehlentwicklungen begünstigt hat.

Die Antwort auf die Frage nach der Quelle des „Mehrwerts“ hat strategische Konsequenzen

Wenn man die Frage, was von Marx bleibt, unter dem Gesichtspunkt der aktiven Veränderung der Welt, also des zentralen Impulses von Marx anschaut, dann muss man über die globale Zivilgesellschaft sprechen. Diese hat mit den Protesten gegen die 2. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation 1999 in Seattle als dritte Kraft - neben Staaten und Konzernen - die Weltbühne betreten. Sie stellt heute die Frage nach Alternativen zum Bestehenden und sucht nach Wegen zu einer Gesellschaft kultureller Vielfalt, echter demokratischer Teilhabe und solidarischer ökonomischer Verhältnisse. Und diese Bewegung ist kritisch gegenüber der Mainstream-Ökonomie und ihrem Kapitalbegriff. Attac beginnt mit einer Kritik der Finanzmärkte. „Die Welt ist keine Ware“ lautet die Devise der globalen Zivilgesellschaft. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive ist die Frage „Was bleibt?“ die Frage, wo uns Marx heute im Ringen um eine andere Welt noch helfen kann, - aber auch die Frage, wo wir möglicherweise in die Irre geführt werden, wenn wir allzu dogmatisch an dem kleben bleiben, was er in seiner Zeit formuliert hat. Was leistet die Methode heute? Wo müssen wir ganz andere Wege einschlagen?

Jeder Versuch einer tragfähigen Antwort auf diese Fragen muss Marx' Kapitalbegriff und die damit verbundene Mehrwert- und Ausbeutungstheorie in den Blick nehmen. Das scheint auch deshalb lohnend, weil die Diskussion über Kapital und Kapitalismus in der alternativen Bewegung häufig daran leidet, dass jeder unter diesen Begriffen etwas anderes versteht: Da fordern die einen eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Andere dagegen betonen, ohne Kapital könne man überhaupt nicht wirtschaften, ohne Markt im heutigen Sinne hingegen schon; es gehe also um neue Formen

* Karl Raimund Popper: Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde. Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen. (1945) Bd. I - II, Bern/München 1973

des sozialen Umgangs mit Kapital. Dritte wiederum möchten ganz ohne Geld, Kapital, Markt und ähnliches Teufelszeug auskommen. Dahinter stecken vielfach nicht nur semantische Probleme, sondern unterschiedliche analytische Ansätze. Da sich daraus erhebliche praktisch-strategische Konsequenzen ergeben können, ist es wichtig, einer Klärung möglichst nahe zu kommen.

Ein Beispiel für die Kontroversen, die aus solchen unterschiedlichen Ansätzen erwachsen können, liefert aus kapitalismuskritischer Perspektive die Marx-Kritik von Silvio Gesell - auf den auch Keynes, ebenso wie auf Marx, Bezug nahm. Gesell schrieb, Marx habe „die Aufmerksamkeit des Proletariats vollkommen vom Geld abgelenkt und die Börsenräuber, Wucherspieler, Spitzbuben unmittelbar in den Schutz der besitzlosen Klasse, des Proletariats gestellt. Und so hat man das traurig-lustige Schauspiel, dass jetzt überall in der Welt ‚die Wachen vor Mammons Tempel durch die rote Garde besetzt sind‘.“** Diese Kritik ist gewiss einseitig und damit ungerecht. Aber man sieht daraus, welche Folgen die Antwort auf die Frage nach der Quelle bzw. dem Mechanismus der Mehrwertbildung hat. Gesell selbst sah diese Quelle in der „Zinserpressung“ durch die Geldbesitzer, der er mit einer „Umlaufsicherung“ des Geldes entgegenwirken wollte. Durch die bestehende Geldordnung erhalte der Geldbesitzer die Macht zur Ausbeutung. Marx dagegen kritisiert jeden Versuch, die Mehrwertentstehung in die Zirkulationssphäre zu verlegen, wo Profit doch nur durch Umverteilung entstehen könnte.

Das ist einleuchtend, soweit die Frage nach dem realen Mehr die ist, wie die Äpfel auf die Bäume kommen, und nicht die, wer sie für sich in Beschlag nimmt. Spannend in diesem Kontext ist, ob nicht die Ausbeutungstheorie von Marx selbst nur eine modifizierte Umverteilungstheorie ist. Hat er die Quellen der Kapitalbildung wirklich vollständig im Blick, oder schaut er vorrangig selbst nur auf einen Prozess, der, was aus diesen Quellen fließt, auf die Mühlen derer lenkt, die die Macht dazu in Gestalt der Produktionsmittel in der Hand haben? Auch das wäre ja eine Erpressungsposition! Haben wir es also nur mit verschiedenen Varianten von „Raubrittertum“ zu tun? - Dass in der Ökonomie Raubritter am Werk sind, ist gewiss kein verschwörungstheoretisches Hirngespinnst. Aber woher kommt die Beute, die sie machen? -

Kapitaldefinitionen und Theorien über den Mehrwert

Marx kritisiert die konventionellen Kapitaldefinitionen, in denen das Kapital als ein materielles Ding, Sache oder Geld, Sachkapital und Geldkapital erscheint. Betriebswirtschaftlich ist das Kapital im üblichen Verständnis die Gesamtheit aller betrieblichen Sach- und Finanzmittel. Diese kann man dann wieder aufgliedern in Anlagekapital und Umlaufkapital, oder in der Bilanz Eigenkapital und Fremdkapital als die beiden Finanzierungsquellen für das Anlage- und Umlaufvermögen. Volkswirtschaftlich gilt der Kapitalstock als Summe

** Silvio Gesell. Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1916). Kapitel „Der Urzins“.

der für die Produktion zur Verfügung stehenden, durch Akkumulation der Nettoinvestitionen entstandenen Produktionsmittel.

Immer wird Kapital als etwas gedacht, das eine Rendite abwirft. Durch die Frage nach dem Return on Investment sind auch die konventionellen Kapitalvorstellungen Theorien über den Mehrwert, die beantworten wollen, wo die Rendite herkommt.

In der Geschichte der Ökonomie ist das eine lange Diskussion. Sie fängt bei den Merkantilisten an, bei denen der Mehrwert entsteht, wenn man billig einkauft und teuer und viel verkauft. Bei den Physiokraten ist es der Überschuss, den die produktive Arbeit in der Landwirtschaft generiert. Dann kommt die klassische Politische Ökonomie, an der Marx später anknüpft, die generell die Arbeit als Quelle der Wertbildung in den Blick nimmt. Diese klassische Arbeitswerttheorie findet verschiedene Ausformungen, bei William Petty, Adam Smith und David Ricardo. Letzterer betrachtet z.B. das Kapital als durch Arbeit erzeugtes Wertedepot. Der Gebrauch von Investitionsgütern erhöhe die Arbeitsproduktivität, dadurch werde es möglich, mehr zu erzeugen, als für die Erhaltung der Arbeitskraft erforderlich ist. Dieser Überschuss bilde dann den Zins oder Gewinn, der auf das Kapital gezahlt wird. Zinsen und Gewinne erhöhen das Kapital, wenn sie wieder in die Produktion fließen.

Bei der Arbeitswerttheorie knüpft Marx an, während der ökonomische Mainstream dann in Richtung der Psychologisierung geht und in die Grenznutzentheorie einmündet. Für John Stuart Mill z.B. entsteht das Kapital durch Genügsamkeit, d.h. Konsumverzicht, der die Umschichtung von Mitteln für Investitionsgüter ermöglicht und für den dann Gewinn und Zins den gerechten Lohn bilden. Einig ist man sich auch darin, dass Kapital ein Produktionsfaktor ist, neben den beiden anderen Produktionsfaktoren Boden und Arbeit.

Methodenfragen der Sozialwissenschaft

Demgegenüber tat Marx durchaus Recht daran, diese doch immer wieder verdinglichende Betrachtung des Kapitals, die wir in den konventionellen Theorien finden, kritisch zu hinterfragen und den Anspruch zu stellen, dass die Theorie zeigen muss, dass das, was als Ding erscheint, nur das Ergebnis von Prozessen und Aktivitäten sein kann und dass wir es immer mit gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun haben.

Auch Marx' methodischer Versuche, über die Beliebigkeit der Drei-Faktoren-Theorie hinauszukommen und eine einheitliche Kapitaltheorie zu entwickeln, bleibt wichtig. Wenn nicht gezeigt werden kann, wie Bodenrente, Lohn und Profit tatsächlich zusammenhängen, bilden sie nur eine Aufzählung von Disparatem, wie Rüben, Notariatsgebühren und Musik, wie er sich einmal ausdrückt.

Was ebenfalls meiner Auffassung nach bleibt, ist die dialektische Methode. Hier unterscheide ich mich von vielen, die sich - was ich im übrigen auch tue - kritisch mit Marx auseinandersetzen. Der Ansatz

dieser Methode bleibt als Ansatz richtig, so sehr er auch instrumentalisiert und dogmatisiert wurde. Denn es handelt sich eben doch um den Versuch, ein bewegliches Denken zu entwickeln, das in die Beweglichkeit und Lebendigkeit der sozialen Phänomene einzutauchen in der Lage ist. Vom „sich in sich zusammenfassenden, in sich vertiefenden, aus sich selbst sich bewegenden“ und das Konkrete reproduzierenden Denken ist in der Einleitung der „Grundrisse“ von 1859 die Rede. Wenn Marx davon spricht, dass wir es in der Sozialwissenschaft mit sinnlich-übersinnlichen, eben gesellschaftlichen Dingen zu tun haben, also nicht mit kruden materiellen Fakten, dann ist das etwas, woran man anknüpfen kann. Insofern folge ich nicht Eduard Bernstein, der meinte, Marx sei Opfer der Fallstricke der Hegel'schen Dialektik geworden - so problematisch auch die Umstülpung der Hegel'schen Geschichtsdialektik zum historischen Materialismus war.

Motive der Marx'schen Kapitaltheorie

An dieser Stelle muss es genügen, auf einige zentrale Motive der Marx'schen Kapitalanalyse stichwortartig hinzudeuten. Marx beginnt mit der Analyse des Warenaustauschs und des Geldes, davon ausgehend, dass Kapital immer zunächst auch Geld ist. Er entwickelt das Geld aus dem Warenaustauschprozess - und aus dem Geld den Kapitalprozess. Es tauschen sich Ware und Geld schließlich so, dass am Ende mehr Geld herauskommt und dieses Mehr zum Motiv des ganzen Prozesses geworden ist. Seiner Schilderung liegt zugrunde der Übergang von der Selbstversorgungswirtschaft in eine arbeitsteilige Tauschwirtschaft bei gleichzeitiger Entwicklung des Privateigentums. Die Widersprüche dieser Entwicklung will er analysieren, zunächst den zwischen Tauschwert und Gebrauchswert der Ware. Wodurch werden die qualitativ verschiedenen und somit unvergleichbaren Gebrauchswerte überhaupt im Tausch vergleichbar? Marx kommt hier auf die „abstrakte“, in Zeit messbare Arbeit. Er macht bei dieser Arbeitswerttheorie eine Reihe von einschränkenden Annahmen: Wertbildend ist die Arbeit nur, insofern ein Bedürfnis nach ihrem Produkt besteht und soweit sie mit dem in der Gesellschaft durchschnittlich notwendigen Aufwand verrichtet wird. Auch lässt sich die Arbeitswerttheorie nur begründen, wenn man komplizierte Arbeit und die für sie verwendete Zeit als multiplizierte einfache Arbeit bewertet. Es wird also nicht die tatsächlich verausgabte Zeit berücksichtigt.

Dann kommt die Frage, woher der Mehrwert kommt, wenn doch Äquivalente getauscht werden. Und Marx ortet dann die Quelle des Mehrwerts in dem Überschuss der Arbeitskraft, die ja wertschöpfenden Gebrauchswert hat, über ihre eigenen Gestehungskosten auf dem Arbeitsmarkt. Der so generierte Mehrwert tritt einmal als „absoluter Mehrwert“ auf. Als Produktionsmittelbesitzer lässt man die Leute immer länger arbeiten, presst damit immer mehr aus ihnen heraus und steigert so den eigenen Profit. Dann betrachtet Marx den „relativen Mehrwert“, der sich aus der Verbilligung der Subsistenzmittel des Arbeiters ergibt. „Jagd nach Mehrwert oder Plusmacherei“, wie er sagt, gilt Marx

als das Grundmotiv der kapitalistischen Ökonomie, als ihr ökonomisches Bewegungsgesetz. Das ist seine Antwort auf die Frage nach dem Verwertungs- und Wachstumszwang des Kapitals, der das Verhältnis zwischen Ziel und Mittel der Ökonomie, Bedarfsdeckung und Gewinnerzielung umkehrt.

Das alles führt dann in die Akkumulationstheorie hinein und zur These, dass die historische Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem eigenen Untergang und der Geburt einer höheren, auf Gemeinbesitz basierenden Produktionsweise bestehe. Das kann hier nur gestreift werden. Wichtig ist, dass nach der Mehrwerttheorie der Wert der Produktionsmittel durch die lebendige Arbeit übertragen wird: die toten Produktionsmittel bilden keinen neuen Wert. Marx kommt dadurch im dritten Band des Kapital in Kalamitäten, wo er sich damit auseinandersetzen muss, dass in der Realität der Profit berechnet wird als die Frucht des gesamten vorgeschossenen Kapitals.

An dieser Stelle kommt dann die Diskussion um das Gesetz vom „tendenziellen Fall der Profitrate“. Es spricht vieles für die Auffassung, dass sich dieses Gesetz nicht halten lässt. Es sei jedoch betont, dass Marx in die bekannten Schwierigkeiten nur gerät, weil er - und dies bleibt wichtig - hinter der toten Erscheinungsoberfläche die lebendige Quelle des Wertes sucht.

Zwei grundsätzliche Einwände

Zwei kritische Einwände grundsätzlicher Art drängen sich auf:

1. Real kommt ein Tausch nur dann zustande, wenn jeder der Beteiligten einen Vorteilmehrwert hat. Wenn mir die Ware, die ich kaufe, nicht mehr wert ist, als das Geld, das ich dafür gebe, dann behalte ich das Geld in meiner Tasche. Wie ist dies mit der Deutung des Tauschs als Gleichsetzungsvorgang vereinbar? Und kommen hier nicht auch wertbildende Spannungen ins Spiel, die von der Arbeitswerttheorie nicht angemessen erfasst werden?* Auch Marx' Annahme, dass auf Nutzloses und Unverkäufliches verwendete Arbeit nicht als Arbeit zählt und keinen Wert bildet, ist zwar einerseits richtig, relativiert aber andererseits die Erklärungskraft der Arbeitswerttheorie. Das heißt nicht, dass diese einfach ad acta zu legen ist, denn, was viel Aufwand verursacht, kann auch nicht billiger sein als etwas, das wenig Aufwand erfordert. Beide genannten Aspekte widerspiegeln eine Seite der Realität.

2. In Bezug auf die Entstehung des Mehrwerts für die Kapitalbesitzer ist zunächst einmal die Bildung des absoluten Mehrwerts vollkommen plausibel: der Gewinn entsteht hier aus dem Auspressen der Arbeitskraft etwa durch die Verlängerung des Arbeitstages. Auch die Entstehung des relativen Mehrwerts ist dergestalt nachvollziehbar: Wenn wir die heutige Arbeitsplatz-

* Marx selbst scheint geglaubt zu haben, das Argument als Ergebnis einer Verwechslung von Tauschwert und Gebrauchswert abtun zu können. Vgl. Das Kapital, Band I, S. 173.

verlagerung in der Globalisierung betrachten, dann ist das ja im Sinne von Marx ein Versuch, die Lohnkosten dadurch zu drücken, dass man dahin geht, wo die Subsistenzmittel für den Arbeiter und damit die Löhne billiger sind. Man muss dabei freilich auch noch die von Marx selbst gemachte Voraussetzung einbeziehen, dass in die Bestimmung der Höhe des Lohns auch ein „historisches und moralisches“ Element eingeht. Entscheidend ist für uns, dass es sich um einen ausbeuterischen Vorgang handelt, der im Prinzip so funktioniert wie Marx ihn beschreibt.

Ein Problem bekommen wir allerdings spätestens dann, wenn wir die Frage nach der Quelle der Verbilligung der Subsistenzmittel des Arbeiters betrachten. Wir kommen da auf die Produktivität als Quelle, - darauf, dass immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr herstellen können. Wenn wir das aber zu Ende denken, kommen wir schließlich auf das Bild einer vollautomatisierten Fabrik. Und bei dieser vollautomatisierten Fabrik hat es keinen Sinn mehr zu sagen, dass die lebendige Arbeit den Wert der Maschinen auf das Produkt überträgt, weil die lebendige Arbeit gar nicht mehr stattfindet. Diese ist aus dem Unternehmen herausgedrängt. Spätestens hier kommen wir an eine Grenze der Erklärung des Mehrwerts aus der Ausbeutung der Arbeit.

Das kapitalistische Privateigentum bleibt ein Problem

Zugleich ist dieser Grenzfall durchaus eine Bestätigung für die Kritik von Marx am kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln: Wo die Erträge ausschließlich den Kapitalgebern gehören, sind die Einkommen der Arbeitenden nicht Ertragsteil, sondern Abzug vom Ertrag, d.h. Kosten.

Am radikalsten werden diese gemindert, wenn man auf die Menschen verzichten und damit die Lohnkosten auf Null senken kann. Würde das umfassend gelingen, wäre freilich auch kein Einkommen mehr da, das die Produkte kaufen könnte. Was allerdings gesamtwirtschaftlich von zentraler Bedeutung ist, lässt sich betriebswirtschaftlich solange ignorieren, wie dieses Einkommen, das die Produkte kauft, nicht im eigenen Betrieb, sondern irgendwo anders entsteht.

Insofern hätten wir es mit einer Verschärfung und zugleich Verschiebung der Ausbeutungsproblematik zu tun: Ausbeutung besteht hier nicht mehr in der ungerechten Bewertung des Leistungsbeitrags der Arbeit zur Güterproduktion, sondern in der ungerechten Verteilung der Früchte der Produktivität. Was zugleich bedeutet, dass Menschen nicht das Einkommen erhalten, das es ihnen möglich macht, sich Aufgaben außerhalb der Sphäre der materiellen Güterproduktion zu widmen.

Wir müssen also - und dieser Anstoß von Marx bleibt - über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sprechen: Unter welchen Bedingungen ist die Freisetzung der Arbeit eine Katastrophe, unter welchen ein befreiender Prozess? Die ganze Diskussion um ein

Grundeinkommen und seine Ausgestaltung hängt ja mit dieser Problematik zusammen.

Die Polarität wertbildender Bewegungen und das Urphänomen der freien Kapitalbildung

Dass ein Automat Güter erzeugen kann, bedeutet nicht, dass dem für seine Anschaffung verwandten Gelde eine mystische Kraft der Selbstvermehrung innewohnt. Insofern bleibt Marx' Frage nach der Quelle des „Mehr“ und seine Kritik an der Fetischisierung des Kapitals richtig, auch wenn uns seine Antwort nicht mehr voll befriedigen kann. Was ist es aber dann, was den „Gewinn“ eigentlich hervorbringt, dort, wo die lebendige Arbeit nicht mehr vonnöten ist? „Gewinn“ soll hier verstanden werden als Mehr an Gütern, an freier Zeit, oder - als Ausdruck dieses realen Mehr - an Geld, das im Wirtschaftsprozess generiert wird. Die Form der Aneignung dieses Reichtums ist dabei erst die zweite, wenn auch eine ebenfalls zentrale Frage.

An dieser Stelle erscheint mir der Ansatz Rudolf Steiners in seinem ökonomischen Kurs besonders hilfreich zu sein.* (Einige dort vorkommenden Motive lassen sich auch bei Ökonomen des Prager Frühling finden.**) Steiner entwickelt dort, dass es einerseits wertbildende Bewegungen gibt, andererseits aber auch wertbildende Spannungen.

Die wertbildenden Bewegungen sind polar: Es gibt eine wertbildende Bewegung, die daher rührt, dass die Natur durch die Arbeit modifiziert wird. Die Natur wird durch Arbeit verwandelt und damit in eine die menschlichen Bedürfnisse befriedigende Form gebracht. Der Wert entsteht hier durch die Anhäufung der Arbeit. Je mehr Arbeit ich auf die Natur anwenden muss, je mehr Arbeit etwas kostet, um so wertvoller, teurer, wird es sein.

Dann gibt es einen zweiten Prozess - und dieser stellt sich dem ersten polar gegenüber, was im Grunde dialektischer gedacht ist als der Marx'sche Ansatz: Dieser zweite Prozess besteht in der Zurückdrängung der angehäuften bzw. anzuhäufenden Arbeit. Er kommt aus der Anwendung der Intelligenzkräfte auf die Arbeit. Durch die Anwendung des Geistes auf die Arbeit wird Arbeit nicht aufgebaut, sondern abgebaut, gespart. Das heißt: sowohl die angewandte Arbeit als auch die ersparte Arbeit sind wertbildend. Und die freie Kapitalbildung, die Überschussbildung, sie kommt vorwiegend aus dieser ersparten Arbeit.***

* Rudolf Steiner: Nationalökonomischer Kurs. 14 Vorträge für Studenten der Nationalökonomie (1922). GA 340. Dornach 1965. Der Titel ist insofern irreführend, als eine Kernthese der Vorträge darin besteht, dass es eine Nationalökonomie nicht mehr geben könne. Die Engländer sprechen daher zu Recht nur vom „World Economy Course“.

** Vgl. z.B. Eugen Löbl: Geistige Arbeit, die wahre Quelle des Reichtums. Entwurf eines neuen sozialistischen Ordnungsbildes Düsseldorf 1968.

*** In der Diskussion meiner Ausführungen in Trier, auf denen dieser Text beruht, wandte ein Teilnehmer gegen meine Darstellung der freien Kapitalbildung ein, hier handele es im Kern um den von Marx beschriebene Extramehrwert (der sich bei unterschiedlicher Arbeitsproduktivität der Warenproduzenten ergibt). Dies sei nur ein kurzfristiger Gewinneffekt. Das mag vom Standpunkt eines einzelnen privatkapitalistischen Unternehmens aus, dessen „Mitbewerber“ technologisch gleichziehen, sich so

Man darf diese Polarität nicht als Dualismus interpretieren. Auch die angewandte Arbeit ist bereits vom Geist geprägt, insofern die arbeitenden Menschen ihre Aufmerksamkeitskräfte anspannen und ihr ganzes Können einbringen. Insofern ist dann die weitere Konsequenz, die hier nur angedeutet werden kann, dass man Arbeit überhaupt nicht bezahlen dürfte: man kann sie durch Einkommen für den, der sie tut, nur ermöglichen. Der Unterschied ist kein absoluter; er besteht nur darin, dass sich bei der Arbeit an der Natur die Aufmerksamkeitskräfte und das Können ganz auf den Arbeitsgegenstand richten, während wir in der Anwendung des Geistes auf die Arbeit „zurücktreten“ vom Arbeitsprozess und schauen, wie wir ihn besser und schneller machen können, welche Werkzeuge und Maschinen wir hierfür konstruieren und welche raffinierten Formen der Arbeitsteilung wir anwenden können. Wir können dann den Aufwand zur Herstellung beispielsweise einer Maschine in Relation zur Aufwandsersparnis setzen, die sie uns bringt. Wir haben insoweit noch mit Arbeitszeit als negativer Größe zu tun. Andererseits ist es „offensichtlich unmöglich, den Wert etwa einer Erfindung in eine sinnvolle Relation“ zum für sie nötigen Arbeitsaufwand im Sinne von Zeit und Nervenkraft zu setzen. „Die Basis der Arbeitswerttheorie, in der Form, die die Wertgröße der Ware von der ‚hineinkristallisierten‘ Arbeit abhängig macht, wird daher brüchiger, je mehr die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird, ein Problem, das Marx selbst an einer Stelle in den ‚Grundrissen‘ ins Auge fasst, ohne allerdings weitergehende Konsequenzen für seine Wert- und Mehrwerttheorie daraus zu ziehen.“****

Man sieht hier: die Überschussbildung hat zu tun mit den menschlichen Fähigkeiten, die die Arbeit umwandeln und umformen. „Kapital“ als Geld- und Sachkapital ist die Folge ihrer Anwendung und zugleich ihr Instrument. Was dem Kapital eigentlich zugrunde liegt ist das menschliche Fähigkeitswesen. „Kunst = Kapital“, diese Formel von Joseph Beuys, der sich ja immer wieder auf Steiner bezieht, meint im Kern, dass das eigentliche Kapital die Kreativität ist. Sie bringt letztlich die Früchte hervor, ohne die es die Gegenstände heutiger ausbeuterischer Aneignung gar nicht gäbe.

Was letzteres angeht, bleibt immer noch vieles übrig von der Marx'schen Diagnose. Es ist im übrigen auch nicht so, als ob Marx das Problem der geistigen Ar-

darstellen. Vom Ganzen her betrachtet ist es natürlich Unsinn. Die Arbeit wird ja nachhaltig eingespart, so dass heute in unseren Breiten zum Beispiel 3-4 Prozent der Bevölkerung genügen, um alle zu ernähren, während noch im 19. Jahrhundert 80 Prozent der arbeitenden Menschen in der Landwirtschaft tätig sein mussten.

Von der Betrachtung über die wertbildenden Bewegungen her eröffnet sich im übrigen auch ein neuer Blick auf die Beziehungen zwischen den sogenannten Produktionsfaktoren. Die Ökonomie arbeitet einerseits mit der Produktivität der Natur, andererseits mit der Produktivität des Geistes. Die Arbeit modifiziert die Natur und wird vom menschlichen Geist gelenkt und organisiert. Für Steiner waren Faktormärkte: Bodenmarkt, Arbeitsmarkt, Kapitalmarkt - eine Unding, weil hier Rechte zur Ware gemacht würden. Die Ökonomie als solche habe es nur mit Warenproduktion, Warenzirkulation und Warenkonsum zu tun.

**** C. Strawe: Marxismus und Anthroposophie, Stuttgart 1986, 3. Kapitel. Den Text ist auch unter www.sozialimpulse.de zu finden.

beit gar nicht sähe. Er tastet sich an manchen Stellen durchaus an es heran. Er spricht von der Wissenschaft als „allgemeiner Arbeit“, er spricht davon, dass diese Wissenschaft, die Früchte der allgemeinen Arbeit, vom Kapital genauso angeeignet würden, wie die lebendige Arbeit. Auch weist er nicht zu Unrecht darauf hin, dass es eigentlich der Kampf der Arbeiter sei, der die Produktionsmittelbesitzer erst dazu bringt, ihre Intelligenzkräfte in Gang zu setzen bzw. die Intelligenz anderer in Anspruch zu nehmen, um die Produktion zu rationalisieren. Der Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages ist für ihn eine gewaltige Schubkraft für die Entwicklung der Maschinerie, Technik und Arbeitsteilung. Soweit geht Marx durchaus auf das Thema ein, nimmt es aber als Arbeitswerttheoretiker seinen Kern nicht wirklich gründlich in den Blick.

„Echte“ und „unechte“ Bestandteile von Kapital und Gewinn

Eine objektive Schwierigkeit, die Quelle der freien Kapitalbildung zu beschreiben, liegt in der Tatsache, dass wir in der gesellschaftlichen Realität eine bunte und schwer durchschaubare Mischung der verschiedenen Bestandteile des Gewinns vor uns haben. In die Gewinne der Unternehmen gehen realiter mindestens folgende Bestandteile mit ein, die wir als „unecht“ bezeichnen können, weil sie nicht aus wirklicher Mehrwertschöpfung sich speisen, sondern aus Umverteilungsprozessen des geschaffenen Mehrwerts: Gewinne aus dem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft; Konjunktur- und Inflationsgewinne; Gewinne aus Grundstücks-, Aktien- und Devisenspekulation; Gewinne durch Ausnutzung monopolistischer Marktbeherrschung oder monopolistischer Ausbeutung natürlicher Ressourcen.* Im Zeitalter des Shareholder-Value und der Private-Equity-Firmen gilt dies alles mehr denn je. All das Genannte ist im Gewinn, wie er real auftritt, kaum unterscheidbar.

Damit ist aber die Antwort auf die Frage erschwert, ob das eigentlich sozial Schädigende am Gewinn selbst liegt oder ob - und wo - es sich bloß aus der Verwendung des Gewinns oder der Bestimmung über ihn ergibt. Produktivitätsgewinne sind etwas, was als solches niemanden schädigt. Wenn jemand an einem Tag 1 Stuhl herstellte und nun in der Lage ist, 10 zu erzeugen, wird dadurch niemand geschädigt. Wir können darüber sprechen, was wir mit dem Produktivitätsgewinn machen. Werden für alle die Stühle 10 mal billiger? Werden sie nur 5 mal billiger und der Stühleproduzent macht die Hälfte des Jahres Urlaub? Produktivitätsgewinne bedeuten an sich betrachtet Gestaltungsspielraum, einen Freiraum an Möglichkeiten. Alle anderen Gewinnkomponenten kommen aus Machtpositionen, die die Aneignung der Früchte fremder - vorwiegend körperlicher oder vorwiegende geistiger - Arbeit ermöglichen. Und das ist von vornherein schädigend, und der Impuls zur Kritik an solchen Zuständen ist etwas, was von Marx auf jeden Fall bleibt.

* Vgl. Folkert Wilken. Das Kapital. Sein Wesen, seine Geschichte und sein Wirken im 20. Jahrhundert. Schaffhausen 1976, besonders S. 41 ff.

Wem gehören die Produktivitätsgewinne?

Wie wir gesehen haben, ist die Frage nach der Gewinnentstehung und die nach der Gewinnameignung bzw. -verwendung nicht identisch. Wie steht es nun mit dieser zweiten Frage? Wie bereits erwähnt, ordnet unsere Gesellschaft heute Gewinne fast ausschließlich den Kapitalgebern zu. Nun sind Kapitalbesitzer in der Regel gar nicht diejenigen, die die Leistungen erbringen, die zur freien Kapitalbildung führen. Vielmehr ist ein Geldbesitzer, der sein Geld zur Bank trägt oder an der Börse einsetzt, in der Regel derjenige, der mit diesem Geld selber nichts Gescheites und für andere Nützliches anzufangen weiß. Das ist bei einem wirklich unternehmerischen Menschen anders; dieser hat nie genug Geld, um seine Projekte zu realisieren, und benötigt deshalb Leihgeld. Idealtypisch betrachtet bestünde die Aufgabe der Banken deshalb vor allem darin, den Fluss des Geldes dorthin zu lenken, wo jemand etwas Gescheites damit anzustellen weiß. Und der Geldgeber wäre nicht der Bestimmer, sondern hätte einen Anspruch auf Rückzahlung - und vielleicht auf einen weiteren Ertragsteil (was im übrigen etwas anderes wäre als der Zins als absoluter, von Ertragslagen unabhängig gedachter Anspruch des Geldes). Es ist ein riesiges gesellschaftliches Problem, wenn wir sagen, dass die Unternehmen nicht denjenigen gehören, die damit in einer arbeitsteiligen Wirtschaft für andere etwas herstellen - in welcher Stellung sie auch immer ansonsten im Unternehmen tätig sein mögen -, sondern dass die Kapitalbesitzer die Eigentümer und damit die Profiteure sind, die in der Regel aber mit der realen Tätigkeit des Unternehmens und der realen Produktion des Reichtums überhaupt nichts zu tun haben. Wem also gehört „eigentlich“ der Gewinn?

Das führt nicht nur zu Fragen des Unternehmenseigentums, sondern noch darüber hinaus. In der täglichen Wertschöpfung der Ökonomie werden nicht nur die Erfindungskräfte der gegenwärtigen Generation angewendet, sondern alles, was die Menschheit jemals an Know-how entwickelt hat (Marx spricht an einer Stelle einmal von der Kooperation mit Toten, die da stattfindet). Kann das wirklich nur dem zugute kommen, der dieses Know-how heute nutzt? Wenn das aber nicht der Fall ist, wohin muss es fließen?

Schenkung als makroökonomische Kategorie

Eine Antwort darauf wäre zu sagen: Wenn sich das dem Geist verdankt, dem Geist erfindungsreicher, fähiger Menschen, dann muss es doch auch letztlich wieder dahin fließen, wo die Quellkräfte für diese geistigen Vermögen der Menschen entstehen. Es muss in die Kultur, in den Bildungsbereich, in das Schulwesen fließen, es muss dem geistigen Leben der Gesellschaft zugute kommen. Jedenfalls soweit der Gewinn nicht für die Reproduktion - auch die erweiterte Reproduktion - der Ökonomie oder für die Staatstätigkeit verwendet werden muss. Dieser Fluss ist eine Lebensbedingung auch für die Ökonomie, weshalb es für diese selbst ein Problem ist, dass der Gewinn heute am Kapital klebt und nicht frei wird.

Wir würden, wenn wir das mit den Gewinnen konsequent so handhaben würden, zugleich noch ein weiteres Problem lösen: Wir würden dafür sorgen, dass sich Kapital nicht mehr in schädigender Weise in Grundbesitz und Börsenwerten stauen kann, sondern im gesunden Fluss erhalten wird, sich immer wieder abbauen kann und dadurch den permanenten Wachstums- und Verwertungszwang überwindet. Denn für den Kulturbereich ist charakteristisch, dass er in bezug auf Waren eigentlich nur als reiner Konsument in Betracht kommt. Für eine Gegenwartsbetrachtung konsumiert ein Lehrer nur. Was er leistet, das ist gegründet auf dem Zukunftsprinzip Hoffnung, dass schließlich fähige Menschen die Schule verlassen, die dann wieder Dinge tun, die schließlich auch wirtschaftlich von höchster Relevanz sein können. Insofern handelt es sich - jedenfalls betriebswirtschaftlich betrachtet - bei der Finanzierung von Schule nicht um eine Investition, denn es gibt keinen exakt kalkulierbaren und in einen Tilgungsplan umsetzbaren Return on Investment. Und doch ist es gesamtwirtschaftlich betrachtet eine Investition. Steiner spricht von „volkswirtschaftlicher Schenkung“ und sagt dazu, es sei dies die produktivste gesamtwirtschaftliche Investition. Jeder Mainstream-Ökonom greift sich da natürlich an den Kopf und wird sagen, Schenken habe doch gerade nichts mit Ökonomie zu tun, sondern nur mit Caritas.

Vier Schwachstellen...

Einige weitere Anmerkungen zu Marx sind noch nötig:

1. Marx steht zwar in der Tradition des deutschen Idealismus, aber er ist auch der Gefangene des Materialismus des 19. Jahrhunderts. Auch wenn er selbst - wie Jürgen Euler gezeigt hat - ein Erleuchtungserlebnis hatte*: er blieb doch irgendwo in einem Materialismus stecken, in dem der Geist als dynamisches, die Wirklichkeit bewegendes Prinzip nicht vorkommt, vielmehr nur als „Überbau“ und ideologische „Nebelbildung“ in Betracht kommt. An dieser Stelle hat Marx deshalb ein Problem. Das überwindet er nicht wirklich, auch wenn er sich an die Geistwirksamkeit in der Ökonomie weiter herantastet, als man gewöhnlich zur Kenntnis nimmt.

2. Marx identifiziert vielfach Deformationen der Kapitalbildungsprozesse mit dem Kapital als solchem. Das hat eine höchst problematische Folge. Dass er nämlich der Auffassung zuneigt, die zukünftige Ökonomie werde überhaupt kein Geld, keine Preise, keine Händlerfunktion usw. mehr kennen, da dann die individuellen Arbeiten nicht mehr auf

* Jürgen Euler: Die Erleuchtung von Karl Marx <http://www.karl-marx.de/Bege.html>

Zur sozial-ökonomischen Funktion des Schenkens

[...] im Leihgeldbereich tritt ein Stauphänomen mit vielen Gesichtern auf. Seine Ursache liegt darin, dass das Geld aus den Produktionsverhältnissen nicht freikommt, sondern immer wieder zur Reinvestition neigt bzw. als Reserve angespart wird. Dies mag in Aufbauphasen des Wirtschaftslebens teilweise nötig sein. Besonders staufördernd wirkt dabei die fehlende soziale Sicherheit der Wirtschaftsbetriebe, die in einer konkurrenzorientierten Marktwirtschaft von anderen nicht erwartet werden kann. Wie das Sparen dem einzelnen soziale Sicherheit einer ungewissen Zukunft gegenüber schaffen soll, so das Festhalten der in den Unternehmungen erwirtschafteten Erträge und deren Reinvestition für die Unternehmungen selbst. Wann hat man genug? Im sozialen Kampf ums Überleben nie. Wer nicht wächst, ist der Verlierer von morgen. Solange noch andere Mitbewerber da sind, solange gibt es noch Platz zum Wachsen. Volkswirtschaftliche Rechnungen zählen nicht in der Bilanz eines einzelnen Betriebes.

Dennoch kann man sich am Beispiel des Bauern klarmachen, dass ab einem gewissen Punkt das Geld nicht wieder in die Leihgeldsphäre zurück darf und kann, weil man an die Grenzen des sinnvollen Kreditbedarfes stößt. Aber auch die Rückführung des Ertrages in den Konsumbereich der wirtschaftlich Tätigen ist auf die Dauer keine alleinige Lösung. Eine wirkliche Auflösung des Staus ergibt sich erst, wenn das im Dienste der Wirtschaft alt gewordene Geld sich in einen wirtschaftlich produktionslosen Raum ergießt. Die Schenkungssphäre wird geradezu dadurch gekennzeichnet, dass sie, der Gegenwart gegenüber, „unproduktiv“ ist, ja sein muß. Die Empfänger von Schenkungsgeld geben dies zwar zu Konsumzwecken aus und führen damit das Geld wieder in die Kaufgeldsphäre zurück - was sie aber dafür leisten, zählt nicht zu den eigentlichen wirtschaftlichen Werten.

Das Wachstum unserer arbeitsteiligen Wirtschaft hat längst die nationalen Grenzen überschritten - weshalb auch der Ausdruck „Volkswirtschaftslehre“ heute nicht mehr berechtigt ist - und sich über den Export die ganze Welt als Absatzmarkt erschlossen. Über den Export werden die überschüssigen Produktivkräfte abgeleitet. Die Export-Überschussproblematik zeigt deutlich, dass reine Absatzmärkte gesucht werden, weniger dagegen Märkte, wo die Exportwaren zur Grundlage von Produktionen werden, die als Import zurückdrängen. Solche Einseitigkeitsmärkte aber kann es im Wirtschaftsleben, das ja auf Gegenseitigkeit angelegt ist, nicht geben. Gefunden werden diese so sehnlichst gesuchten Märkte nicht außerhalb, sondern innerhalb der sozialen Gemeinschaften durch die Ausbildung der Schenkungssphäre.

Ökonomen erscheint es befremdlich, einen Begriff wie das „Schenken“ mit Ökonomie zu verbinden, da er geradezu wie deren Gegenbild erscheint. Dabei erzwingen die Wirtschaftsverhältnisse die Schenkung geradezu. „Zwangsschenkungen“ finden laufend statt, ob in Konkursverfahren oder bei der Bewältigung der Verschuldungskrise der Dritten Welt. Allerdings ist in diesen Fällen die Schenkungsabsicht am Anfang nicht vorhanden, sondern entsteht als Abschreibungsbedarf gescheiterter ökonomischer Zielsetzungen. Die Schenkung „ex post“ ist nur formal eine Schenkung, da es gar nicht mehr zu einem freien Gebrauch der Schenkung kommen kann: Der alte Abnehmer ist tot, es lebe der neue Abnehmer. Eine wirkliche Schenkung jedoch erfolgt „ex ante“ und eröffnet damit völlig neue Verwendungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Stuttgart, 3. Auflage, 1997. Kapitel „Zur sozialorganischen Bewältigung des Geldwesens“.

dem Umweg des Tauscherts, sondern unmittelbar als Bestandteil der Gesamtarbeit existieren würden. Das hat riesige Probleme verursacht: Man ist ihnen in der Geschichte des realen Sozialismus zwar immer wieder pragmatisch begegnet - mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ und demjenigen, was man die „Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehung“ genannt hat. Dennoch hat man immer in dem Bewusstsein gelebt, dies sei etwas zu Überwindendes. Und indem man das getan hat, hat man die Frage gar nicht in den Blick genommen, wie man denn zu fairen Preisen und zu fairem Handel kommen könne - durch Kooperations- und Verständigungsprozesse in der Ökonomie.

3. Verbunden damit blieb auch die Frage ungelöst, welches die richtigen Konsequenzen aus der Kritik des kapitalistischen Privateigentums seien und wie ein modernes Eigentumsrecht zu gestalten sei. Marx sieht im Grunde nicht, wie die moderne Eigentumsentwicklung zwei Seiten hat: die eine Seite ist, dass ein Mensch im Zeitalter der Individualisierung - ein moderner mündiger Mensch - über die Instrumente verfügen können muss, mit denen er für andere in einer Fremdversorgungswirtschaft tätig werden kann. Und die andere Seite ist, dass die notwendige Sozialbindung dieses Eigentums nicht entwickelt worden ist, sondern es wie ein privater Vermögensgegenstand behandelt worden ist. Der Einzelne blieb dadurch in einer der Fremdversorgungssituation eigentlich unangemessenen Selbstversorgermentalität wie festgebannt. D.h. der Individualismus wurde primär als egoistischer und nicht als solidarischer Individualismus gelebt. Das wirklich moderne Unternehmenseigentum wäre keines an verkäuflichen Vermögenswerten, sondern es wäre „operatives Eigentum“, über das individuell-treuhänderisch zu verfügen ist - ein Gedanke, der in der Umbruchbewegung von 1989 für kurze Zeit auftauchte.

4. Ein weiterer Punkt ist das problematische Unternehmerbild, dass sich aus den skizzierten Schwierigkeiten ergeben hat. Man hat den Unternehmer vom Kapitalbesitzer nicht sauber unterschieden, - auch wenn Marx eine zunehmende Trennung von Kapitalfunktion und Kapitaleigentum konstatiert. Das hat zur Konsequenz, dass man im Unternehmer meist nur einen Klassenfeind, nicht einen möglichen Bündnispartner gegen die Macht des Kapitalbesitzes und für soziale Erneuerung erblicken wollte.

Jeder Mensch ein Unternehmer - in einer solidarischen Ökonomie?

Über den Widerspruch zwischen Kreativkräften und gesellschaftlichem Status quo

Wir haben es hier auch wieder mit einem Verwicklungsproblem zu tun: Was ist am real existierenden Unternehmer wirklich unternehmerisch? Der Antwort ist schon Joseph Schumpeter mit seiner Unterscheidung zwischen Unternehmer und Wirt auf der Spur. Sind die Zumwinkels und Essers dieser Welt wirklich Unternehmer? Realisiert ein Börsenspekulant eine „unternehmerische Idee“, tätigt er eine „Investition“ oder nennen wir das gedankenloser Weise nur so? Wenn

heute von unternehmerischer Freiheit die Rede ist, wird Freiheit meist mit Willkür verwechselt, - andererseits wird die reale Abhängigkeit des Unternehmens von Kapitalgebern, Zwängen des Marktes usw. verkannt. Insofern kann man die These wagen, dass wir nicht etwa eine Renaissance des Unternehmertums brauchen, sondern dass dessen wirkliche „Naissance“ noch bevorsteht. Gefragt ist ein Unternehmertyp, der Initiativekraft in sozialer Verantwortung auslebt. Diese Entwicklung des Unternehmertums müsste letztlich dazu führen, dass jeder Mensch ein Unternehmer und ein Mitunternehmer wird - in einer Ökonomie, die solidarisch ist, weil sie die Arbeitsteilung für alle so realisiert, dass die Wertschöpfung auch allen zu Gute kommt, dass von den Produktivitätsgewinnen alle in dieser oder jener Form profitieren.

Das würde eine Ökonomie sein, in der der Gegensatz von „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ überwunden ist, weil man - ungeachtet unterschiedlicher Funktions- und Verantwortungsfelder und -stufen der einzelnen Beteiligten - auf dem Rechtsboden der Gleichheit miteinander umgeht und die Unternehmen einerseits sich selbst gehören, andererseits „Nutzungseigentum“ der in ihnen Tätigen sind. Dies wäre eine Ökonomie, in der der Markt von einem Netzwerk von Verständigungsorganen durchzogen wäre, in denen die Wirtschaftspartner ihre Interessen ausgleichen und auf eine insgesamt faire Gestaltung der Preisverhältnisse hinarbeiten.

Es geht um die Weiterentwicklung des Gedankens der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Schon bei Marx deutet sich an: Der Mensch ist die Hauptproduktivkraft. Aber wenn der Mensch die Hauptproduktivkraft ist, dann ist eben der Widerspruch nicht bloß ein ökonomischer. Sondern es ist der Widerspruch zwischen dem kulturellen und sozialen Selbst- und Mitgestaltungsanspruch des modernen Menschen und den Formen der Gesellschaft, die diese Gestaltung erschweren oder gar nicht zulassen. Die Kreativkräfte der Menschen rebellieren gegen die Verhältnisse, weil sie Gestaltungskräfte sein wollen!

Die Umbruchbewegung von 1989, die globalisierungskritische Bewegung seit 1999, sie kämpfen gegen solche beengenden Formen. Man erkennt: Wenn eine konzerngesteuerte Ökonomie die ganze Gesellschaft dominiert, dann können Menschen ihre Verhältnisse nicht gestalten; wenn der vormundschaftliche Staat Kultur und Wirtschaft unterdrückt, dann können Menschen ihre gesellschaftlichen Verhältnisse nicht gestalten.

Wie kommen wir zu einer gesellschaftlichen Gliederung, die es den Menschen ermöglicht, ihre Verhältnisse zu gestalten? In dieser Fragestellung bleibt vieles von Marx. Aber sie geht auch über Marx hinaus.

Betrachtungen und Berichte

Gedenken

Ulle Weber

*1921 + 2008

*Rainer Rappmann**

Am Dienstag, den 26. Februar abends gegen 22.30 Uhr ist Ulle Weber in ihre geistige Heimat zurückkehrt. Wir verlieren mit ihr auf dem irdischen Plan eine unserer Urmütter der jüngeren, anthroposophischen, künstlerischen, sozialgestalterischen Bewegung.

Geboren im gleichen Jahr wie Joseph Beuys - 1921 - hat sie diesen um viele Jahre überlebt. Und sie hatte durchaus zentrale Berührungspunkte mit seiner Arbeit, ja hat in gewisser Weise sogar mit vorbereitet, was er dann in den 70er und 80er Jahren in eine breite Öffentlichkeit getragen hat: die Voraussetzung zu einem Wirken für die Dreigliederung des sozialen Organismus (Rudolf Steiner) oder den Dritten Weg, wie man das damals nannte. Zunächst hat sie eine Ausbildung als Schauspielerin absolviert. Dann aber, nach dem 2. Weltkrieg, in dessen Folgen sie ihren Mann verlor und selbst viele Jahre in einem russischen Lager zubrachte, wurde sie zur Gründerin der Künstler- und Kunsthandwerkerkolonie „Witthüs“ auf Sylt mit Teestube, Werkstätten etc.

Anfang der 50er Jahre fand ihre Begegnung mit der Anthroposophie durch Friedrich Benesch und der Dreigliederung durch Peter Schilinski statt. In den 60er Jahren nahm sie aktiv an der allgemeinen Aufbruchbewegung teil, die ja nicht nur ein politischer Aufbruch war, sondern auch ein künstlerischer. So hat sie in der Hamburger Witthüs-Teestube in den frühen 60er Jahren einmal Mitglieder der Popgruppe „The Beatles“ mit belegten Broten verköstigt. Und natürlich waren auch Ulrike Meinhof und Rudi Dutschke in ihren Teestuben zu Gast. - Anfang der 70er Jahre wurde sie Mitbegründerin des Kulturzentrums Achberg (Inka) und hat dort das anthroposophische Humboldt-Kolleg (1977 - 1994) ins Leben gerufen und im Allgäu eine legendäre Schauspielgruppen geleitet. Zum Ende ihres Lebens ist sie wieder nach Sylt - ihrer „Heimat“ - zurückgekehrt. Aus all dem erspürt man unschwer, dass sie eben durch und durch Künstlerin war, und dass sie ständig im Lern-

und Entwicklungsprozess mit Menschen - hauptsächlich jungen Menschen - war.

Sie hat nach dem 2. Weltkrieg als Mitglied einer Generation, der man die Jugend gestohlen hatte, die junge Demokratie in einem alternativen Sinn mit aufgebaut und zwar mit künstlerischen und kunsthandwerklichen Mitteln. Als Frau hat sie dies nicht nur mit Ideen gemacht, sondern insbesondere auch mit pflegerischen, mehr „weiblichen“ Mitteln. Sie wurde so auch eine der oftmals verkannten Urmütter einer neuen, anthroposophisch orientierten Bewegung, die sich mehr und mehr nach außen wendete und nicht nur die eigene Innerlichkeit und Spiritualität pflegte. An der Seite von Peter Schilinski stürzte sie sich in das Getümmel der 68er und hat schließlich mit einer großen Anzahl von Bewegern das Kulturzentrum Achberg mitbegründet, das u.a. wiederum einer der Ausgangspunkt war für die Gründung der Grünen Partei.

Wie gesagt - Ulle Weber hat nie große Worte darum verloren, obwohl man bei ihr durchaus auch Rhetorik im wörtlichen Sinne erlernen konnte. Sie hat auf andere Weise gewirkt, mehr im Hintergrund, das Menschliche pflegend und auch die materiellen Voraussetzungen dafür schaffend. So hat sie ihr Achberger Domizil, das kleine Lütthüs in Siberatsweiler, zusammen mit ihrer Freundin Trauthe Nierth eigenhändig aufgebaut.

Wenn etwas Großes und Wichtiges entstehen soll - und das war durchaus die Aufgabe, wenn man einmal den Begriff der Sozialen Plastik von Joseph Beuys ins Spiel bringen darf -, dann müssen immer die unterschiedlichsten Menschen und Fähigkeiten „zur rechten Zeit und am rechten Ort“ zusammenkommen und -wirken. Auch ein Joseph Beuys hätte ohne die Vor- und Mitarbeit von Ulle Weber gar nicht zu seinem Wirken für die Volksabstimmung, etwa im Büro für Direkte Demokratie auf der documenta 5 1972 in Kassel, kommen können. Denn zusammen mit Peter Schilinski hat sie Anfang der 50er Jahre Unterschriften für eine Volksabstimmung zu Fragen der Wiederbewaffnung Deutschlands gesammelt und sich für dieses demokratische Instrument eingesetzt.

Obwohl Ulle Weber eine durchaus emanzipierte Frau und kein Mauerblümchen war, war es nicht ihre Sache, große oder gar viele Worte zu verlieren. Sie trat immer bescheiden und sachlich, aber mit großem menschlichem Herzen auf. Und es darf ausgesprochen werden, dass sie eine große Frau, ja eine Art „Urmutter“ der neuen sozialen und künstlerischen Bewegung nach dem zweiten Weltkrieg war, auf deren Schultern wir heute stehen und auf deren Fundament wir weiterwirken können. Auf den Schultern (nicht nur) von Riesen, sondern auch von Riesinnen ...

*„Wir dürfen nicht verzagen und sagen: Es hat alles keinen Sinn. Nee, nee: Es hat Sinn!“***

* Für den FIU-Verlag und den Verein zur Förderung der Sozialen Plastik und des Erweiterten Kunstbegriffs, Wangen/Achberg

** Ulle Weber in: Denker, Künstler Revolutionäre, Beuys, Dutschke, Schilinski, Schmundt, Vier Leben für Freiheit, Demokratie und Sozialismus, FIU-Verlag, Wangen 1993, www.fiu-verlag.com. Dort auch weitere Hintergrundtexte und -Bilder zu ihrem Lebenszusammenhang.

Krise der Finanzmärkte

Zwei Betrachtungen

Michael Rist

Johannes Kreyenbühl Akademie

in Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich

Kreditkrise und ethischer Individualismus in der Wirtschaft

Anfänglich sprach man nur von gewissen Schwierigkeiten bei den amerikanischen Hypothekenzinsen. Aber die Zahlen aus den Finanzkreisen sprachen eine andere Sprache. Der Zürcher Tages Anzeiger vom 10. 11. 07 titelte: „Was zum Teufel ist los auf den Finanzmärkten?“ Die größte Bank der Welt, die Citigroup benötigte plötzlich dringend 30 Mrd. Dollar. Die UBS musste 4 Mrd. abschreiben, und Analysten rechnen mit weitere Abschreibungen bis zu 8 Mrd. Die Investmentbank Merrill Lynch erhöhte ihre Abschreibungen innerhalb einer Woche von 3 Mrd. auf 8,4 Mrd. Dollar. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die drei größten Banken Amerikas, die Citigroup, die Bank of America und I.P. Morgan Chase einen Superfonds von 75 Mrd. Dollar zur Stabilisierung der Kreditmärkte stipulierte, der vor Ende Dezember 2007 gestartet werden sollte. Die Gespräche über die Beteiligung anderer Banken seien angelaufen (Zürcher Tages Anzeiger vom 12. 11. 07). Selbst die Swiss Re musste 1,2 Mrd. Franken abschreiben, wodurch ihr Bankwert um 3,7 Mrd. Franken sank (Zürcher Tages Anzeiger vom 20. 11. 07).

Es stellt sich die Frage: Wie konnte so etwas geschehen? Allein seit 2003 nahmen amerikanische Haushalte 4.800 Mrd. Dollar Schulden auf - meist gedeckt durch Häuser -, die aber zum Teil bis zu 100 % fremdfinanziert waren. Die Banken trugen jedoch die damit verbundenen Risiken nicht selbst, sondern verpackten sie in komplexe Finanzprodukte. Die Rating-Agenturen, die die Kreditsicherheit überprüfen sollten, erteilten oft die Bestnote AAA für solche Derivate, so dass sie sich blendend verkauften.

Der Schweizer Nationalbankchef, Jean-Pierre Roth, verlangte deshalb ein „besseres und realistischeres“ Risikomanagement der Banken (Zürcher Tages Anzeiger vom 16. 11. 07).

Die ehemalige Börsenchefin, Antoinette Hunziker-Ebnetter, ist da etwas anderer Ansicht (Zürcher Tages Anzeiger vom 28. 11. 07): „Wenn jetzt vor allem über Fehler beim Risikomanagement gesprochen wird, zielt dies am Kern der Sache vorbei.“ Die Anreize müssen so gesetzt werden, dass die Mitarbeitenden sich nicht nur Gedanken machen „über den Gewinn der Abteilung und ihren persönlichen Profit“.

Wenn die Banken den Kundenberatern „höhere Boni bieten, wenn sie die Kundengelder vermehrt nach Kriterien der Nachhaltigkeit anlegen, hätten wir eine Veränderung innerhalb kurzer Zeit“. Sie führte weiter

aus: Es geht darum, „Geld in Einklang mit Werten zu bringen“. Auf die Frage des Reporters: „Wie soll das funktionieren?“ antwortete sie: „Das geschieht bereits. Junge Leute fragen sich, warum sie für ein Unternehmen arbeiten sollen, das keine konstruktiven Beiträge für Umwelt- und Gesellschaftsprobleme offeriert.“ Nach ihrer Erfahrung sagt mehr als ein Konzernchef, „dass er die besten Leute nur dann noch erhält, wenn er den jungen Leuten in Bezug auf Nachhaltigkeit überzeugende Perspektiven eröffnen kann“. Das verändert die Unternehmen - und zwar auf globaler Ebene - schon heute.

Damit ist der ethische Individualismus - die menschliche Zukunft - angesprochen, indem man sich nicht mehr von anderen sagen lässt, was man zu tun habe, sondern sich aus eigener Einsicht dafür einsetzt, was man menschlich für richtig hält.

Das Volumen nachhaltiger Anlagen seit 2005 bis heute boomt gewaltig. Bis Ende 2007 sind es bereits 10 Mrd. Schweizer Franken. Dies zeigt, dass der ethische Individualismus sich auch in der Wirtschaft kräftig regt. Die guten Leute lassen sich nicht mehr für jedes Geschäft anstellen, sondern sie bestimmen aus eigener Einsicht, wofür sie ihre Arbeitskraft einsetzen. Wie das Beispiel zeigt, ist diese Bewusstseinsbildung bereits im Gange.

Von der US-amerikanischen Hypothekenkrise zur weltweiten Finanzkrise

Kaum war die Berichterstattung über die Hypothekarkrise in der Finanzwelt durch die Medien etwas abgeflaut, als schon die neue Hiobsbotschaft über die Kreditkartenkrise das globale Finanzsystem erschütterte. Die Notenbank der USA senkte ihre Leitzinsen von 5,25 % im Dezember 2007 auf 3 % im Januar 2008, was einen neuen Rekord ergab: „Noch nie in ihrer Geschichte wurden die Zinsen in bloß 8 Tagen so massiv gesenkt.“ Die Abschreibungen der UBS hatten sich inzwischen auf 21,3 Milliarden Franken summiert (Zürcher Tages-Anzeiger vom 31.1.08). Im März wurde der Leitzins nochmals gesenkt und zwar auf 2,25 %. Die Zinsen für die Kredite wurden ebenso massiv erhöht, sodass nun Gemeinden und öffentlichen Institutionen, wie z. B. das Metropolitan Museum in Manhattan mit 15 %, in der Klemme sind (Zürcher Tages-Anzeiger vom 16. 2. 08).

Georges Soros, der Investmentbanker und Philanthrop, der unter anderem in Budapest die Europäische Universität gegründet hat, meint zu der Entwicklung: „Marktfundamentalisten glauben, dass der Allgemeinheit am besten gedient ist, wenn man den Teilnehmern erlaubt, ihren Eigeninteressen zu folgen. Dabei handelt es sich ganz offensichtlich um falsche Vorstellungen, weil es ja die Interventionen der Behörden waren, die den Zusammenbruch des Finanzmarktes verhinderten und nicht die Märkte selbst. [...] Die Globalisierung ermöglichte es den USA, mehr zu konsumieren, als produziert wurde, bis das Leistungsbilanzdefizit im Jahre 2006 einen Wert von 6,2 % des BIP erreichte. [...] Die Zentralbank musste beispiellose Geldmengen

in das System pumpen. [...] Dadurch wurde die Krise schwerwiegender als jede andere seit dem Zweiten Weltkrieg. [...] Die Gefahr besteht darin, dass [...] die dadurch entstehenden politischen Spannungen [...] die Weltwirtschaft zerschlagen und die Welt in eine Rezession - oder etwas Schlimmeres - stürzen könnten.“*

Bereits 1922 machte Rudolf Steiner in seinem „Nationalökonomische Kurs“, der eigentlich ein Weltwirtschaftskurs ist, darauf aufmerksam, dass wir im „Geld einen richtigen unreellen Konkurrenten“ gegenüber den verderblichen Gegenständen haben, „weil das Geld eben unter den gewöhnlichen Verhältnissen nicht zu verderben scheint, - ich sage ausdrücklich: nicht zu verderben scheint“ (S. 174).

Damit ist auf einen sehr schwerwiegenden Fehler unseres Geldsystems hingewiesen. Alle Waren sind verschieden verderblich und werden deshalb verschieden abgeschrieben (z. B. Maschinen in 10 Jahren, Häuser in 25 - 30 Jahren etc.). Nun ist das Geld eigentlich nur ein Bezugsschein für Waren, deren Wert dauernd sinkt, wenn das Geld nicht als Leihgeld durch neue Investitionen als wirtschaftlich effiziente Erfindungen erneuert wird. Das gehortete Geld, das auf der Bank oder im Tresor liegt, müsste also entsprechend dem abnehmenden Wert der Waren auch abgeschrieben werden. Weil dies nicht der Fall ist, haben die Banken nominell (zahlenmäßig) also mehr Geld zur Verfügung, als dieses Geld real wert ist. Daher und von den darauf erhobenen Zinsen stammen die vielen Milliarden der Banken, die es ihnen erlauben, zweistellige Milliardenbeträge ohne allzu große Schwierigkeiten abzuschreiben.

Aber doch gibt es in unserem heutigen Geldsystem einen Vorgang, der das Geld abschreibt. Das ist die Teuerung, durch die das Geld immer weniger (Warenwert) wert wird. Diese Abschreibung wird allerdings durch die Nationalbanken möglichst niedrig gehalten, was zwar den Geldbesitzern dient, aber nicht den Lohnempfängern, denen eine Lohnausgleichszahlung entsprechend der Teuerung zustehen sollte. Wie hoch die eigentliche Teuerung und damit die Lohnausgleichszahlung sein sollte, weiß heute wohl niemand, denn dafür wären umfangreiche Berechnungen nötig. Aber so viel geht schon jetzt aus den dargestellten Einsichten hervor, dass jeder Überschuss an Geld wieder in sinnvolle Projekte investiert werden sollte, um dem tatsächlichen Schwund des gehorteten Geldes zu begegnen.

Zwei Gebiete bieten heute ohne weiteres dazu die Möglichkeiten. Einerseits kann heute jeder seinen Überschuss möglichst persönlich in den Umweltschutz sinnvoll investieren. Andererseits hat auch jeder die Möglichkeit, die Bildung eigener Kinder oder fremder Jugendlicher finanziell und geistig zu fördern, damit diese dann vor allem auch die Finanzwirtschaft neu und richtig denken und handhaben. Damit wird auch die entscheidende Wichtigkeit der Förderung eines freien und sinnvollen Geisteslebens deutlich.

* Vgl. S. Witzmann: Georges Soros, Beiträge zur Weltlage, Nr. 151, 2004/4, S. 57-72

Grundeinkommen

Armutsbeseitigung statt Grundeinkommen

Rainer Burkhardt

Der Verfasser dieses Beitrags ist kein Gegner des Grundeinkommens, sondern ein Befürworter. Er hat sich für den provozierenden Titel entschieden um deutlich zu machen, dass jetzt eine Änderung der Arbeitsweise erforderlich ist. Zu dieser Ansicht ist er im Verlauf der Diskussion in den vergangenen zwei Jahren gekommen: für das bedingungslose Grundeinkommen sieht er in absehbarer Zeit keine Realisierungschancen mehr. Deshalb schlägt er vor, die Zeit für Aktivitäten zu nutzen, die auf die Lösung politisch aktuellerer Probleme gerichtet sind, aber auf solche, mit deren Lösung auch Schritte in Richtung auf das Fernziel verbunden sein können, wenn die Themen in geeigneter Weise angegangen werden. Vorliegender Text ist ein erster Versuch in diese Richtung. Er enthält zwei Vorschläge. Der erste ist im Kontext der Lohnnebenkostenfrage angesiedelt, mit dem zweiten soll die Armut in Deutschland überwunden werden. Beide Themen sind keine Kleinigkeiten. Gegenwärtig aktueller und auch wichtiger ist zweifellos die Armutsfrage. Da die Lohnnebenkosten aber schon länger auf der politischen Agenda stehen, wird mit diesem Vorschlag begonnen.

Senkung der Lohnnebenkosten

Vor 9 Jahren wurde von anthroposophischer Seite erstmals der Gedanke einer Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch eine mehrwertsteuerartige Abgabe vertreten (1). Die derzeitige Koalition hat die von ihr vorgenommene Reduktion des Beitragssatzes für die Arbeitslosenversicherung mit Blick auf die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung beschlossen. Im Gesundheitswesen war von der Koalition für die letzte Reform ebenfalls eine Umfinanzierung geplant. Sie kam jedoch nicht zustande, weil sich die Partner nicht auf eine neue Finanzierungsform einigen konnten. Dieses Thema ist de facto aber nur vertagt; es wird höchstwahrscheinlich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode wieder zur Debatte stehen.

Eine Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch eine mehrwertsteuerartige Abgabe - oder auch mittels einer Erhöhung der Mehrwertsteuer - ist nicht zuletzt für das Gesundheitswesen sinnvoll. Wenn eine solche Umfinanzierung bei der nächsten Gesundheitsreform, die im ersten Jahr der kommenden Legislaturperiode zu erwarten ist, beschlossen würde, wäre dies zwar auch ein Gewinn für den „Wirtschaftsstandort Deutschland“. Es wäre aber auch ein Schritt in Richtung auf das Grundeinkommen. Es müssten dann nämlich keine Krankenkassenbeiträge mehr gezahlt werden. Stattdessen würden die auf die neue Weise aufgebrachten Mittel in den neuen Gesundheitsfonds fließen. (Die Kassen erhalten aufgrund der letzten Gesundheitsreform schon vom nächsten Jahr an von dort ihre finanziellen Mittel.) Sollte einmal ernsthaft ein Grundeinkommen erwogen

werden, wäre also der Teil davon, der für die Gesundheitssicherung erforderlich ist, bereits finanziert, was die Hemmschwelle für die Einführung eines Grundeinkommens sicher senken würde. Eine Festlegung der gesamten Grundeinkommensfinanzierung auf die Mehrwertsteuer wäre damit natürlich nicht verbunden. Der zweite Vorschlag enthält für die restlichen Mittel eine andere Finanzierungsform. - Selbstverständlich kommt für das Gesundheitswesen zunächst auch eine bescheidenere Lösung in Betracht, was möglicherweise eine positive Auswirkung auf die Realisierbarkeit bei der nächsten Gesundheitsreform hat. Und zwar könnte der - vom nächsten Jahr an einheitliche - Beitragssatz lediglich gesenkt und entsprechend nur ein Teil der Mittel umfinanziert werden. Wie eingangs erwähnt, hat sich der Gesetzgeber bei der Arbeitslosenversicherung für eine solche Möglichkeit entschieden. Bei einem analogen Vorgehen im Gesundheitswesen wären die eben dargestellten positiven Auswirkungen für die Wirtschaft und für das Grundeinkommen natürlich geringer, man hätte aber einen Einstieg. Es wäre also die Frage, ob die Anhänger des Grundeinkommens sich in dem skizzierten Sinn in die nächste Gesundheitsreform einbringen wollen.

Beseitigung der Armut

Mit dem dargestellten Vorschlag könnte in sehr pragmatischer und indirekter Weise Kurs auf das Grundeinkommen genommen werden. Der zweite Vorschlag ist im Vergleich dazu wesentlich gezielter und vor allem sehr prinzipieller Natur, weshalb er wahrscheinlich auch viel schwieriger umzusetzen ist bzw. dafür ein wesentlich höherer Zeitbedarf zu veranschlagen wäre. Mit einem Grundeinkommen, das oberhalb der Armutsgrenze liegt, wäre natürlich auch das Thema Armut abgehakt. Es wäre aber wenig sozial, die gegenwärtig Armen einschließlich der weiter Hinzukommenden bis zu diesem Zeitpunkt zu vertrösten, zumal das Grundeinkommen voraussichtlich mit einem deutlich niedrigeren Betrag beginnen würde. Es wird deshalb vorgeschlagen, sich unter vorübergehendem Verzicht auf das eigentliche Ziel ganz auf das zunehmend wichtigere Problem Armut zu konzentrieren.

In Anlehnung an die Grundeinkommensversicherung von Michael Opielka (2) wird zu diesem Zweck das Hinarbeiten auf eine „Armutsvversicherung“ vorgeschlagen. Sie sollte wie seine Grundeinkommensversicherung eine Bürgerversicherung sein und für den Fall, dass das Einkommen eines Haushalts unter einer zu bestimmenden Grenze liegt (entweder der Armutsgrenze oder etwas darüber), die fehlenden Mittel zur Verfügung stellen. Die Bürger, die dazu in der Lage sind, sollten dies durch Beiträge finanzieren. Zu denken wäre an einen einheitlichen Beitragssatz ab der Armutsgrenze, wobei nicht nur die Einkommen aus Erwerbstätigkeit, sondern auch die aus Vermögen zugrunde zu legen wären, und zwar ohne Beitragsbemessungsgrenze.

Angenommen es gelänge, eine dahingehende Entwicklung in Gang zu setzen und eine solche Versicherung zu etablieren. Das Thema Armut würde dann für die Bundesbürger der Vergangenheit angehören, was ein riesiger sozialer Fortschritt wäre, für den es sich also einzusetzen lohnt. Gleichzeitig gäbe es aber auch zwei positive Nebeneffekte für das Grundeinkommen.

Der erste ist finanzieller Art. Für die Empfänger von Transferleistungen (z.B. Arbeitslose, Rentner), die aufgrund der zusätzlichen Leistung der Armutsvversicherung nicht mehr unter der Armutsgrenze leben würden, wären zusätzliche Mittel aus der Grundeinkommensversicherung nicht erforderlich, sofern das Grundeinkommen auf der Höhe der Armutsgrenze oder darunter festgesetzt würde: ein Grundeinkommen auf der Höhe der Armutsgrenze wäre für diesen Personenkreis bereits voll finanziert, erst recht natürlich ein Grundeinkommen, das darunter liegt. Die Hemmschwelle für die Einführung eines solchen Grundeinkommens würde also sinken. Wenn die vorgeschlagene Abgabe im Gesundheitswesen bereits eingeführt wäre, würde sie zusätzlich sinken. Zusammen mit den letztgenannten Mitteln hätte man schon einen nennenswerten Teil des Gesamtbetrages beisammen, der für ein Grundeinkommen benötigt wird.

Der zweite und wahrscheinlich wichtigere positive Effekt bestünde in der Existenz der vorgeschlagenen Versicherung, weil aus ihr die Grundeinkommensversicherung hervorgehen könnte. Der Gesetzgeber könnte also an eine bestehende Institution anknüpfen, was ebenfalls seine Hemmschwelle für das Grundeinkommen senken würde. Und zwar könnte, da die Form der Mittelaufbringung für die Armutsbeseitigung und für das Grundeinkommen identisch wäre, die Versicherung eine Doppelfunktion haben: sie könnte auch das Grundeinkommen auszahlen. Ihr Beitragssatz würde einfach entsprechend erhöht oder es gäbe einen zusätzlichen Beitragssatz. Sie wäre damit eine „Armutsv- und Grundeinkommensversicherung“.

Dieser Zustand kann möglicherweise lange dauern, da der Gesetzgeber dann keinen Druck mehr hätte, die Armutsvfrage mittels einer entsprechenden Erhöhung des Grundeinkommens zu lösen, was sicher ebenfalls seine Hemmschwelle für das Grundeinkommen senken würde. Sollte das Grundeinkommen jedoch einmal entsprechend hoch festgesetzt werden, wäre die Funktion der Versicherung als Armutsvversicherung beendet und die Versicherung nur noch eine Versicherung im Sinne von Opielka. Mittelzuflüsse aus einer Quelle, die er nicht im Auge hatte, nämlich aus der vorgeschlagenen Abgabe im Gesundheitswesen, würden, sofern sie als Teil des Grundeinkommens ausgezahlt werden sollen, von der Versicherung sicher gerne in Empfang genommen.

Das war der zweite Vorschlag. Es spricht nichts dagegen, beide Vorschläge zu modifizieren oder durch bessere zu ersetzen. Danach sollten aber entsprechende Aktivitäten in Gang kommen. Grundlagenarbeit in Bezug auf das Grundeinkommen bzw. Aktivitäten auf lange Sicht blieben selbstverständlich unbenommen. Sollte es jedoch wider Erwarten triftige Gründe für die Annahme geben, das Grundeinkommen würde auch ohne Aktivitäten der vorgeschlagenen Art in absehbarer Zeit und in ausreichender Höhe realisiert, wären diese Zeilen natürlich gegenstandslos.

Literatur

- (1) U. Herrmannstorfer, H. Spehl, C. Strawe, Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus Heft 1/1999, S. 3 - 13
- (2) M. Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2004, S. 253 ff.

Grundeinkommen für jeden Menschen

Ulrich Rösch

Der folgenden Text ist ein Auszug aus dem Beitrag des Autors für ein von ihm und Paul Mackay herausgegebenes Buch „Grundeinkommen für jeden Menschen. Eine Herausforderung für Europa“, auf das auf diese Weise hingewiesen werden soll.

Arbeitsteilung, Globalisierung und der Neo-Liberalismus

Nicht das Wirtschaftsleben selbst hat uns in all die Probleme, die mit der Form der modernen Produktionsweise und der Globalisierung verbunden sind, hineingeführt, sondern das Verbinden der Entwicklungen des modernen Wirtschaftslebens mit der Ideologie des Liberalismus, wenn dieser heute auch oft mit dem inadäquaten Attribut des „modernen oder Neo-Liberalismus“ verbunden wird. Ende der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts kamen mit dem Aufschwung der konservativen politischen Kräfte auch wieder die alten wirtschaftspolitischen Dogmen und Ideologien in neuer Verbrämung zum Zuge. In den USA war Milton Friedman Berater von Ronald Reagan, in Großbritannien wurde Friedrich August von Hayek Mentor der „eisernen Lady“ Margret Thatcher. Beide halfen dem sogenannten Neoliberalismus, letzterer in seiner geldpolitischen Variante auch als Monetarismus bezeichnet, zu einer neuen ideologischen Blüte [...]

Adam Smith zwischen Phänomenologie und Ideologie

[...] Dabei bleibt völlig unklar, was eigentlich modern oder „neo-“ an dieser Ideologie sein soll. In ihren Grundzügen ist es dieselbe Theorie, die Adam Smith 1776 in seinem Werk, „Wohlstand der Nationen“ (An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations) vertreten hat. In großartiger Weise hat dieser dort die Konsequenzen und die Fruchtbarkeit der Arbeitsteilung beschrieben. Mit den volkswirtschaftlichen Begriffen ist Smith jedoch im Mittelalter stehen geblieben. Sein Arbeits- oder Kapitalbegriff hat sich gebildet an den Standes- und Zunftordnungen, wie sie in Europa am Beginne des zweiten Jahrtausend ihre Berechtigung hatten. Einer industriellen oder gar einer postindustriellen Gesellschaft können diese Begriffe nimmermehr gerecht werden.

Noam Chomsky, der bekannte Sprachtheoretiker, als Professor am Massachusetts Institut of Technology mit zehn Ehrendoktorwürden ausgezeichnet, wurde nicht zuletzt durch die Globalisierungsentwicklungen zu einem politischen Aktivist. Er spricht dem Neoliberalismus ebenfalls das Innovationselement ab. Höchstens, dass diese Ideologie in der neuen Form heute eine globale Weltordnung anstrebe. „Der Ausdruck Neoliberalismus unterstellt ein System von Grundsätzen, das neu ist und zugleich auf klassische liberale Ideen gründet: als Schutzheiliger wird Adam Smith verehrt [...] Ansonsten sind die Theorien keineswegs neu, die Grundannahmen jedoch weit von jenen Prinzipien entfernt, die seit der Aufklärung das Lebenselement der liberalen Tradition

gebildet haben.“ (Noam Chomsky, Profit over people. Neoliberalismus und globale Weltordnung, Hamburg 2000, S. 21).

Adam Smith sah im Egoismus die Triebfeder für allen wirtschaftlichen Fortschritt. Wenn alle am Marktgeschehen Beteiligten ihren Eigennutz bestmöglich, ohne irgendwelche staatlichen oder sonstigen Behinderungen auslebten, so würde eine unsichtbare Hand (the invisible hand) das Geschehen so umstülpen, dass es sich zum Heile des Ganzen auswirken würde. Obwohl die Entwicklung insbesondere im 20. Jahrhundert diesen Gedanken ad absurdum geführt hat, hat er doch einen so magischen Charakter, dass noch heute die meisten daran glauben. Tatsächlich hat sich gezeigt, dass ein freies Konkurrenzgeschehen am Markte nur dazu führt, dass die Reichen und Marktmächtigen immer reicher und mächtiger werden und dass die „Ohnmächtigen“ in ihrer Rolle verbleiben müssen. Die Menschlichkeit bleibt dabei auf der Strecke.

Nicht mit abstrakten, mechanistischen Theorien über die Gesellschaft zu ideologisieren, sondern auf den Menschen im sozialen Organismus unbefangen zu blicken, wäre die Aufgabe. Dann würde sich für die soziale Betrachtung eine neue, aber an der Wirklichkeit gebildete soziale Erkenntnis ergeben können. Der Blick auf die Wirklichkeit ist uns aber häufig durch unseren Bildungsgang verstellt. Ideologien in unseren Köpfen be- oder verhindern einen solchen unbefangenen Blick in die Wirklichkeit...

Einige Phänomene der modernen Gesellschaft

Menschliche Bedürfnisse sind Ausgangspunkt und Zielrichtung aller wirtschaftlichen Tätigkeiten. Wirtschaftswerte entstehen durch Verwandlung der Natur durch menschliche Arbeit und durch Fähigkeiten (Geist), die die Arbeit organisieren. Sowohl der Naturgrundlage (ökologische Dimension: nachhaltiger Schutz der Natur) wie auch der menschlichen Arbeit (sozio-ökonomische Dimension: „Recht auf menschenwürdige Arbeit“) gegenüber müssen wir ein ganz neues Wahrnehmen, Denken und Empfinden entwickeln, aus dem ein kreatives und tatkräftiges Sozialgestalten hervorgehen kann. Dann kann sich daraus ergeben, dass das Einkommen beziehen als eine neue Rechtsdimension betrachtet werden kann. Jeder Mensch - dadurch, dass er Mensch ist - hat ein recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Dafür benötigt er aber ein auskömmliches Einkommen [...]

Den Fortschrittsgrad einer Gesellschaft kann man daran messen, wie weit menschliche Fähigkeiten und Bedürfnisse individualisiert wurden, d.h. wie weit Menschen aus ihrer Freiheit heraus für andere Menschen mit ihren individuellen Fähigkeiten tätig werden können. Schon in der französischen Revolution ist deshalb die berechnete Forderung nach der Freiheit der Menschen aufgetreten: Liberté.

Arbeitsteilung, Fremdversorgung, kollektive Produktionsweise sind die Prinzipien der modernen Wirtschaftsgesellschaft. Kein Gebiet der Erde ist heute mehr in der Lage, sich selbst zu versorgen. Nur eine erdumfassende Zusammenarbeit kann den Bedingungen der postindustriellen Produktionsweise gerecht werden, das heißt

nämlich das umfassende Tätig-Sein für eine andere Menschengruppe oder einen anderen Menschen, erfordert auch das ökonomische Funktionsprinzip der solidarischen oder brüderlichen (geschwisterlichen) Zusammenarbeit, in der Formulierung der Französischen Revolution: *Fraternité*.

Das Strömen der Wirtschaftswerte ist begleitet von den Rechtsvorgängen des zur Mitarbeit Verpflichtens der „Werk tätigen“ beziehungsweise des Berechtigens zum Bezug der produzierten Güter und Leistungen durch die Konsumenten. Diese Rechtsvorgänge werden vermittelt durch das Geld. Das Geldwesen wie unser gesamtes Rechtsleben muss auf eine demokratische Grundlage gestellt werden. So können die Rechtsvorgänge in einem neuen „Vertragen“ nach dem Masse der Gerechtigkeit gestaltet werden. Folgerichtig war deshalb eine weitere Forderung der französischen Revolution die Gleichheit: *Égalité*.

Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit sind die Funktionsprinzipien einer modernen auf Selbstverwaltung aufgebauten Gesellschaft. Diese kann nur dann das Maß des Menschen erhalten, wenn sie seinem Wesen entsprechend dreigliedert wird: Freiheit im Geistesleben, Gleichheit im Rechtsleben, Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben, wie es Rudolf Steiner als umfassende soziale Forderung formuliert hat. Aus einer solchen Forderung ergibt sich selbstverständlich, dass es für alle Menschen ein bedingungsloses Grundeinkommen geben muss. Es gilt jetzt Wege zu finden, wie das zum Impuls für eine genügend große Zahl von Menschen werden kann [...]

Mackay, Paul / Rösch, Ulrich (Hg.): Grundeinkommen für jeden Menschen. Eine Herausforderung für Europa? Verlag am Goetheanum, Dornach, 96 Seiten, EUR 14. ISBN: 978-3-7235-1302-6. Der Band enthält folgende Beiträge: Ulrich Rösch: Arbeitsteilung, Globalisierung und die Zukunft der Arbeit. Götz W. Werner: Grundeinkommen: bedingungslos, Kulturminimum: unbedingt. Mathias Spielkamp: Grundeinkommen als Fundament der Wissensgesellschaft. Benediktus Hardorp: Ausgaben- statt Einkommensteuer! Der Weg zur Finanzierung. Götz E. Rehn.: Gesellschaft neu denken: Über die Neugestaltung von Wirtschafts- und Kulturleben.

Geschichtsbewusstsein

Die Legende von Hitlers Präventivkrieg im Osten

Anton Kimpfler

Unter dem Pseudonym des Bestsellerautors Paul Carell verbirgt sich der ehemalige Pressesprecher des nationalsozialistischen Außenministers Joachim von Ribbentrop, zugleich Obersturmbannführer der SS. Sein bürgerlicher Name lautet Paul Karl Schmidt. Seinem in zahlreichen Auflagen erschienenen Buch „Unternehmen Barbarossa“ ist auch die Aussage Adolf Hitlers vom

22. Juni 1941 vorangestellt, dass der am gleichen Tag begonnene Angriff auf die Sowjetunion nur eine vorbeugende Militäraktion sei, weil die Rote Armee die Absicht habe, Deutschland zu überfallen.

Das stellt Wigbert Benz einer Betrachtung voran, die sich mit Präventivkriegsthese befasst, wobei vor allem der 1983 in den Westen übergelaufene ehemalige russische Geheimdienstoffizier Wladimir Resun genannt wird, welcher unter dem Pseudonym Victor Suworow Bücher zu diesem Thema verfasste, allen voran das Buch „Der Eisbrecher“. Auf diese Publikation geht Wigbert Benz ein und zeigt unter anderem, dass bei Suworow sowjetische Spitzenmilitärs als Zeugen für die Präventivkriegsthese herhalten sollen, die entstellend zitiert werden. So beschrieb General Wassilewski gerade, wie Stalin nicht damit einverstanden war, die Truppen der Grenzzone in Gefechtsbereitschaft zu versetzen, weil er nicht den geringsten Anlass dafür liefern wollte, dass Hitler-Deutschland sich provoziert fühlte. Der operative Plan der Sowjetarmee war seit September 1940 vom Prinzip der aktiven Verteidigung bestimmt. Im Gegensatz dazu ist Adolf Hitler schon im Juli 1940 laut Tagebucheintrag seines Generalstabschefs Halder zum Angriff auf Russland entschlossen gewesen - wie das außerdem ja schon der Forderung nach Eroberung von Lebensraum im Osten in Hitlers „Mein Kampf“ zu entnehmen ist.

Wigbert Benz führt außerdem das Ergebnis einer Arbeitsbesprechung des Generalrats der Vierjahresplanbehörde an, der die militärisch-wirtschaftlichen Aspekte der Angriffsplanung koordinierte. Da wird als Ergebnis festgehalten: „1. Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. 2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“ Mit etwa 30 Millionen russischen Hungertoten rechneten die in diesem Generatrat zusammengeschlossenen Staatssekretäre. Diese Zahl nannte Göring selbst im November 1941 gegenüber dem italienischen Außenminister Graf Ciano. Und sie wurde bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen bestätigt durch den Höheren SS- und Polizeiführer von dem Bach-Zelewski.**

Zwar gibt es russischen Untersuchungen von Historikern wie Dimitrij Volkogonow und Valerij Danilov, die auf neu aufgefundenen sowjetischen Dokumenten beruhen. Darin wurde der Nachweis erbracht, dass General Schukow als Chef des Generalstabs zusammen mit Marschall Timoschenko, dem damaligen Volkskommissar für die Verteidigung, am 15. Mai 1941 aus militärischen Gründen einen eigenen Offensivplan aufstellen ließ. Der hatte einen Präventivschlag der Roten Armee gegen den erkannte Aufmarsch der deutschen Wehrmacht zum Inhalt. Stalin untersagte die Durchführung dieses Planes, da jede Provokation gegenüber Berlin vermieden werden sollte. Er gebot den drängenden Militärs um

* Zit. nach Wigbert Benz: Die Präventivkriegsthese. Zu Ursachen und Charakter des „Unternehmens Barbarossa“ 1941. In: Forum Barbarossa, <http://www1.historisches-centrum.de/forum/benz04-1.html> (Stand 22.3.08).

** Genauere Belege bei: Wigbert Benz: Das Unternehmen Barbarossa 1941. In „Informationen für den Geschichtslehrer“, 60/2000.

Schukow und Timoshenko „strikt Einhalt“ und lehnte das entworfene präventive kriegerische Vorgehen gegen die Deutschen ab, weil eine Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler versucht wurde. Das dokumentiert detailliert Gerd R. Überschär („Hitlers Krieg im Osten“).*

Gentechnik

GLOBAL 2000-Report: Vernichtende Bilanz für Gentech-Pflanzen

Gentech-Pflanzen erhöhen Pestizideinsatz und leisten keinerlei Beitrag gegen Hunger und Armut!

Gentechpflanzen haben zu einem massiven Anstieg von Pestiziden in der Landwirtschaft geführt und der Beitrag zur Armutsbekämpfung hat sich als leeres Versprechen erwiesen. Zu diesem Ergebnis kommt der neue GLOBAL 2000-Report, der im „Friends of the Earth“-Netzwerk vorgestellt wurde. Die Biotech-Industrie schafft es nicht, einen einzigen der lange angekündigten Vorteile von Gentech-Pflanzen zu verwirklichen. Im Gegenteil: An Stelle eines Nutzens führt diese Technologie zu einem erhöhten Pestizideinsatz und drastischen Auswirkungen für Mensch und Umwelt. „Unseren KollegInnen aus Afrika wurde versprochen, dass Gentech-Pflanzen den Hunger ihres Kontinents beseitigen werden. Doch der überwiegende Teil wird als Futtermittel oder als Agro-Treibstoff für reiche Länder verwendet. Zusätzlich hat der Anbau zu keinerlei Ertragssteigerungen, sondern zu neuen Abhängigkeiten geführt. Die Bilanz, die die Biotech-Industrie vorweisen kann ist mehr als beschämend“, kritisiert Jens Karg, Gentechniksprecher der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000. Es wird immer deutlicher, dass die europäische Skepsis gegenüber Gentechnik in der Landwirtschaft mehr als berechtigt ist. „Gentech-Pflanzen sind nicht die Antwort auf die Herausforderungen an die Landwirtschaft in Europa und in sogenannten Entwicklungsländern. Die Methoden der ökologischen Landwirtschaft stellen hingegen einen wirklichen Beitrag für unsere Zukunft dar. Sie sind der richtige Ansatz für lokale Ökonomien, denn sie schaffen Arbeitsplätze, gesunde Nahrungsmittel und schützen unsere Umwelt“, so Karg weiter.

Der am 13. Februar in Afrika, Asien, Amerika und Europa vorgestellte GLOBAL 2000-Report „Who benefits from GM-crops?“ zeigt im Detail, wie Gentech-Pflanzen einen signifikanten Anstieg von Pestiziden in der Landwirtschaft mit sich bringen. Studien belegen einen 15-fachen Anstieg des Herbizides RoundUp (Glyphosat) in den USA und einen nahezu 80-prozentigen Zuwachs in Brasilien, der auf den Einsatz von Gentech-Pflanzen zurück zu führen ist. Die im Report analysierten Studien belegen einen Anstieg von immer giftigeren Pestiziden in den USA. Eines davon ist in Europa sogar verboten. In den USA

führt der starke Einsatz von Glyphosat nicht zu einem Rückgang anderer Herbizide. Von 2002 bis 2006 hat sich der Einsatz von 2,4-D - einer Komponente von Agent Orange - beim Sojaanbau mehr als verdoppelt. Die Anwendung von Atrazin, das in Europa wegen der gesundheitlichen Auswirkungen verboten ist, ist zwischen 2002 und 2005 im Maisanbau um 12 Prozent angestiegen.

Auch das Versprechen der Biotech-Industrie, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen, wird im Report als leere Phrase entlarvt. Der überwiegende Anteil der heute weltweit angebaute Gentech-Pflanzen wird für Tierfutter produziert, um die Fleischnachfrage der Industrieländer zu decken und nicht, um den Hunger in den armen Ländern zu stillen. „Gentech-Pflanzen sind für riesige Mono-Kulturen konzipiert und leisten zur Ernährungssicherheit in klein strukturierten Landwirtschaften keinen Beitrag“, so Karg abschließend.

Kontakt: Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien, Tel: +43-1-812 57 30, Fax: +43-1-812 57 28, E-Mail: office@global2000.at, Web: www.global2000.at. Der Report ist abrufbar unter http://www.foeeurope.org/GMOs/Who_Benefits/FULL_REPORT_FINAL_FEB08.pdf

DVD/CD-Dokumentation zum Thema Gentech- Zulassungsverfahren

Wolfgang Wiebecke

Im Septemberheft wurde über den Vortrag von Werner Müller von Global 2000 zum Thema „Gentech-Zulassungsverfahren - Heimspiel der Industrie“ in Wuppertal berichtet. Jetzt sind DVD und CD-Dokumentationen des Abends gegen Kostenbeitrag erhältlich. Da Geldeingänge auf dem Sparbuch nicht ohne weiteres identifiziert werden können, bittet die Agrargruppe von Attac Wuppertal um Rückmeldungen an ww-doku-wm08@web.de, wer wann was überwiesen hat und wohin gegebenenfalls welche Medien zu schicken sind.

Überweisungen bitte auf das Sparbuch: B. König (Zusatz: Agrar-Gruppe Attac), Konto-Nr.: 301 0690 182, BLZ: 330 500 00, Bank: Wuppertaler Stadtparkasse.** Selbstkostenpreise inkl. Porto und bestellbare Medien: Multimedia-DVD 7,- EUR // Video-DVD (Fassungen 2 und 3) 7,- EUR // Video-DVD (Fassungen 1 und 4) + Printversion* der Präsentation 8,50 EUR // Multimedia-DVD 5,- EUR // Audio-CD + Printversion der Präsentation 6,50 EUR. Alle weiteren Infos gibt es unter www.attac.de/wtal-agrar/vortrag-werner-mueller-2007.html und den dort verlinkten Seiten. Kontakt: Dr. Wolfgang Wiebecke, Agrargruppe von attac-Wuppertal, Meckelstr. 9, 42285 Wuppertal, <http://www.attac.de/wtal-agrar/>

* Gerd R. Überschär, Rolf-Dieter Müller (Hg.): Hitlers Krieg im Osten 1941-1945. Ein Forschungsbericht, Darmstadt 2000.

** IBAN: DE55 3305 0000 0003 4332 81, SWIFT-BIC.: WUPSD33

Europa

„Alter Brief im neuen Umschlag“

EU-Verfassung heißt jetzt Vertrag von Lissabon

Eine Basis-Information von Attac Stuttgart und Region und dem Ökumenischen Netz Württemberg (Koordinationskreis)

„Alle Gefahr geht vom Volke aus!“

- Man hat „nur den Umschlag gewechselt“, damit der Vertrag „leichter zu schlucken“ ist und „Referenden zu umgehen“ sind. „Der Brief im Innern des Umschlags ist nach wie vor der gleiche“. Die EU-BürgerInnen werden sich „durch den EU-Vertrag unwissentlich einigen Beschlüssen anschließen, die die Europa-Politiker ihren Bürgern gar nicht offen vorzulegen wagen“. (Giscard d'Estaing, ehemaliger französischer Staatspräsident, Präsident des EU-Verfassungskonventes)

- „Sie [die Chefs der EU] entschieden, dass das Dokument unlesbar sein sollte. Wenn es unlesbar ist, wird es nicht als Verfassung gewertet, so die Vorstellung dahinter.“ „Nichts [wird] direkt von den Regierungschefs erarbeitet, weil sie sich mit einer unlesbaren Sache sicherer fühlen. Sie können sie besser präsentieren, um gefährliche Volksabstimmungen zu vermeiden.“ (Giuliano Amato, ehem. italienischer Premierminister)

- „Ob sich die Bürger in den betreffenden Ländern jedoch über die Tatsache hinweg täuschen lassen, dass im neuen Vertragswerk ein Großteil des Verfassungsvertrags steckt, ist fraglich. Das neue Primärrecht könnte als Mogelpackung entlarvt werden.“ (Das der Bertelsmann-Stiftung verbundene Centrum für Angewandte Politikforschung, CAP, zum Reformvertrag 2007)

- „Frankreich war an der Spitze aller Länder mit dem Nein bei der Abstimmung. Es würde in allen Mitgliedsstaaten passieren, wenn sie eine Volksabstimmung haben. Es gibt eine Spaltung zwischen Völkern und Regierungen.“ (Nicolas Sarkozy, französischer Staatspräsident, in einer geschlossenen Sitzung des EU-Parlamentes, laut Telegraph, 14.11.2007)

Vom EU-Verfassungsvertrag zum Reformvertrag

Im Oktober 2004 unterzeichneten die Regierungen der EU in Rom nach langem Hin und Her einen Verfassungsvertrag für die Europäische Union. Dieser Vertrag sollte dann in den EU-Ländern ratifiziert werden, in einer Reihe davon durch Volksabstimmungen, und so in Kraft treten. Die Bürgerinnen und Bürger in Frankreich und den Niederlanden machten 2005 einen Strich durch diese Rechnung: Sie stimmten mit Nein. Auch in Ländern, in denen der Bevölkerung das Recht auf eine Volksabstimmung abgesprochen wurde, wie in Deutschland, zeigten Meinungsumfragen, dass die

Haltung der Menschen immer ablehnender wurde, je mehr Informationen über den Inhalt des Vertragswerks durchdrangen.

Die Regierungen der EU haben aus dieser Niederlage und dieser Kritik nicht die Lehre gezogen, dass ein Europa ohne die reale demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger keine Perspektive hat. Im Gegenteil: Die Regierungen suchten nach einem Weg, die „Substanz der Reformen“ zu retten und neuerliche Referenden zu vermeiden.

Was ist der Reformvertrag? - Aktueller Stand - Verfahren

Um lästigen demokratischen Widerstand zu umgehen, füllte man den alten Wein des Verfassungsvertrages in die neuen Schläuche eines Vertragswerks, das jetzt abwechselnd „Reformvertrag“, „EU-Grundlagenvertrag“ oder „Vertrag von Lissabon“ genannt wird. Ein genauer Blick zeigt: Zum großen Teil ist der nun vorliegende Text wortgleich mit der EU-Verfassung. Diese soll also durch die Hintertür eingeführt werden - ohne Volksabstimmungen. Dagegen müssen wir uns wehren und Volksabstimmungen über den Vertrag fordern. Dieses Basisinfo will hierfür Argumente liefern.

Der Reformvertrag wurde hinter verschlossenen Türen in einer Regierungskonferenz ausgearbeitet. Nur 3 EU-Parlamentarier - darunter der Bertelsmann-Lobby ist Elmar Brok - waren zugelassen. Nachdem der Vertrag im Dezember 2007 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde, muss er in allen 27 Ländern ratifiziert werden. Am 1.1.2009 soll er in Kraft treten. Der enge Zeitplan dient neben der Umgehung von Volksabstimmung dazu, den Vertrag in Kraft zu setzen, bevor die Menschen begriffen haben, dass er der abgelehnten EU-Verfassung entspricht. Auf ca. 150 Seiten zuzüglich Protokollen und Erklärungen sind Änderungen an dem bislang gültigen EU-Vertrag (EUV) und EG-Vertrag (EGV), umbenannt in „Vertrag über die Arbeitsweise der Union“ (abgekürzt VAU), in der Nizza-Fassung aufgeführt. Für kleinere Änderungen finden sich nur Verweise, Neuregelungen sind als neue Artikel abgedruckt. Der Text ist unübersichtlich, aber nicht unverständlich! Lassen wir uns nicht für dumm verkaufen.

Warum soll man sich damit beschäftigen?

- Der Anteil der in Deutschland gültigen Rechtsnormen, die auf EU-Vorgaben beruhen, umfasst heute schon 70 - 80 %. Der Bundestag ist über weite Strecken nur Umsetzungsinstanz von EU-Recht. Diese Entwertung des nationalen Gesetzgebers wird weiter fortschreiten.

- Der Reformvertrag wird Vorrang vor deutschem Recht haben, er widerspricht aber in wesentlichen Bestimmungen Buchstaben und Geist des Grundgesetzes.

- Es wurden die Weichen für einen zentralisierten EU-Staat mit Weltmachtansprüchen gestellt.

- Die öffentlichen Dienstleistungen werden unter größeren Privatisierungsdruck geraten.

Die Grundrechte-Charta: verspricht mehr als sie hält ...

Selbst Kritiker des Reformvertrages verweisen auf die Charta der Grundrechte als wesentlichem Beitrag zu einer demokratischen EU. Die Charta ist zwar jetzt nicht mehr im Vertragstext enthalten, wird jedoch durch einen Verweis für rechtsverbindlich erklärt. Großbritannien, Polen und Irland haben dem Vertrag nur unter der Bedingung von Ausnahmen zugestimmt, was die Rechtskraft der Charta bei ihnen angeht. Auch wenn ansonsten die Rechte einklagbar sein sollen, bleibt unklar, wie dies im einzelnen geschehen kann.

Die Charta enthält zwar eine Reihe von wesentlichen Menschen- und Bürgerrechten, wie sie in vielen Ländern Europas glücklicher Weise schließlich zum Standard geworden sind. In der Formulierung gegen Schluss der Charta, die Ausübung der in ihr anerkannten Rechte erfolge im Rahmen der in den übrigen Verträgen der EU „festgelegten Bedingungen und Grenzen“, wird die Tendenz erkennbar, das Verhältnis zwischen Grundrechten und abgeleitetem Recht zu verkehren (Charta Art. 52). Auch sind die Grundrechte an vielen Stellen schwächer formuliert als in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN oder etwa im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Sozialrechte, soweit überhaupt enthalten, sind in der Regel schwach formuliert und stehen - wie die gesamte Charta - faktisch unter dem Vorbehalt der wirtschaftlichen Grundfreiheiten und des Wettbewerbsrechts; eine klare Sozialbindung des Eigentums fehlt.

Verbesserungen für das EU-Parlament - mehr Transparenz für die BürgerInnen ...

Viele Politikfelder, über die bislang der Ministerrat alleine hinter verschlossenen Türen entschieden hat, fallen nun unter das Mitentscheidungsverfahren, d. h. die Zustimmung des EU-Parlamentes (EP) wird benötigt und damit auch mehr Öffentlichkeit über bevorstehende Entscheidungen hergestellt. Neu wird das EP z.B. im Bereich der Innen- und Rechtspolitik oder bei internationalen Handelsverträgen (WTO) mitentscheiden dürfen. Bei Abstimmungen über Richtlinien soll der Rat öffentlich tagen. Dann können unsere Minister nicht mehr so einfach ihre Verantwortlichkeit kaschieren.

... aber Fallen im Kleingedruckten und keine direkte Demokratie

Das EU-Parlament darf weiterhin keine Gesetzesinitiativen einbringen, sondern nur über das abstimmen, was die EU-Kommission vorlegt. Darüber hinaus besteht auch im Mitentscheidungsverfahren (Art. 251) ein Übergewicht der Exekutiven (Ministerrat und EU-Kommission). Bei bedeutsamen Bereichen bleibt das EU-Parlament weiterhin ausgeschlossen, so etwa bei der Kontrolle der Grenzschutzagentur Frontex, der Verteidigungsagentur (EDA) oder des Ratsausschusses zur inneren Sicherheit. Eine echte Gewaltenteilung gibt es auf EU-Ebene nach wie vor nicht. Die Ausweitung der Möglichkeit zur strukturierten Zusammenarbeit von mindestens 9 Ländern, wenn die Mehrheit nicht mitziehen will, entzieht dem

EP wieder Mitentscheidungsrechte, wo sie schon garantiert schienen. Allerdings muss das EP der strukturierten Zusammenarbeit zugestimmt haben.

Das Bürgerbegehren ist für die Kommission unverbindlich. Es zeigt sich ein feudalistisches Verhältnis zum Untertan: Demokratie ist, wenn den Bürgerinnen und Bürgern „ein gleiches Maß an Aufmerksamkeit seitens der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union zuteil wird“ (EUV, Art. 8).

Mehr Einfluss für die nationalen Parlamente ...

Die nationalen Parlamente können gegen Richtlinienentwürfe der EU-Kommission Einspruch erheben, wenn sie glauben, dass sich Brüssel Kompetenzen anmaßt (und damit gegen das sogenannte Subsidiaritätsprinzip verstößt). Wenn innerhalb von 8 Wochen die Mehrheit der nationalen Parlamente (bei 2 Stimmen pro Mitgliedstaat) einen solchen Verstoß feststellt, müssen Rat und EP den Richtlinienentwurf unter diesem Aspekt prüfen und können gegebenenfalls das Gesetzesvorhaben zurückweisen.

... oder doch Durchgriff der EU-Ebene in nationale Hoheitsrechte?

Es ist die Frage, ob dies in der Praxis eine Stärkung der nationalen Parlamente oder nur eine Beruhigungsspielle für die nationalen Abgeordneten darstellt, die zunehmend ihre Entwertung spüren. Einige Bestimmungen sehen einen Vorrang der EU-Ebene vor, also eine glatte Umkehrung des Subsidiaritätsgedankens. So gilt in allen Bereichen, die in die geteilte Zuständigkeit zwischen Union und Mitgliedstaat fallen, dass die Mitgliedstaaten nur tätig werden dürfen „sofern und soweit die Union ihre Zuständigkeit nicht ausgeübt hat“. Selbst in den Bereichen, die formal in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleiben, hat die EU-Ebene Eingriffsrechte in nationale Hoheitsrechte über „Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung“ (VAU, Art. 2).

Verbesserte Handlungsfähigkeit der EU zum Nutzen der großen Staaten und der Wirtschaft

Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat sollen zum Regelverfahren werden. Hier greift ab 2014 die doppelte Mehrheit (55 % der gewichteten Stimmen der Mitgliedstaaten plus 65 % der Bevölkerungen). Für Deutschland verdoppelt sich das Stimmengewicht, Frankreich und Großbritannien erhalten 50 % bzw. 40 % mehr Gewicht, vor allem kleinere Staaten verlieren an Einfluss auf Brüsseler Entscheidungen. Die EU-Kommission wird auf 15 Mitglieder verkleinert.

Statt des halbjährlichen Wechsels erhält der Europäische Rat einen Präsidenten für 2 ½ Jahre. Diese Änderungen kommen Forderungen von neoliberalen Thinktanks und Wirtschaftslobbys entgegen. Sie wollen, dass die EU output-orientiert wie ein Unternehmen geführt wird. Diskussion und Partizipation sind für sie nur Zeitverschwendung.

EU stellt Weichen für Weltmachtansprüche ...

Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) fällt in die alleinige Zuständigkeit der EU. Es wird das neue Amt des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Erstmals wird von „strategischen Interessen der Union“ (EUV, Art. 13) in einem Vertrag gesprochen. Dazu gehört, dass sich der EU-Rat Missionen weltweit „zur Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen“ - auch ohne UNO-Mandat - erlaubt. (Art. 27,5). Die Bedeutung der UNO wird weiter herabgestuft, indem die EU nur eine „zweckdienliche Zusammenarbeit“ mit ihr betreiben will (VAU, 188p). Die sogenannten Petersberg-Aufgaben für zivile und militärische Missionen wurden verankert. Dazu gehören z. B. „Rettungseinsätze“ oder „Frieden schaffende [...] Maßnahmen“ bis hin zu „Kampfeinsätze(n) [...] zur Bekämpfung des Terrorismus“ auf dem Hoheitsgebiet von Drittländern. (Art. 28, 1)

... und Militarisierung

Eine konsequente Verpflichtung auf eine Kultur der friedlichen Konfliktlösung mit den zugehörigen Institutionen sucht man vergeblich. Wenn von „zivilen Mitteln“ der Sicherheitspolitik gesprochen wird, ist damit die Polizei gemeint. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, ihre „militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Diese Formulierung muss als Aufrüstungsverpflichtung betrachtet werden. Darüber wacht die Verteidigungsagentur (European Defence Agency, EDA), in der ursprünglichen Textfassung noch „Rüstungsagentur“ genannt. Diese Agentur ist dem Rat der Union angegliedert, sie wird aus nationalen Haushaltsmitteln finanziert. Zusätzlich sind Verfahren vorgesehen, „um den schnellen Zugriff auf die Haushaltsmittel der Union zu gewährleisten, die für die Sofortfinanzierung [...] einer Mission bestimmt sind“ und ein eigener Militärhaushalt - Anshubfonds genannt - geschaffen. (EUV Art. 26). Der Leiter der „Verteidigungsagentur“, Alexander Weis, ehemaliger Abteilungsleiter für Rüstung im deutschen Verteidigungsministerium, scheut sich nun nicht mehr, das Jahr 2008 als Europas „Jahr der Rüstung“ anzukündigen (FAZ 24.10.07).

Staaten, denen das alles nicht reicht, können sich der Ständig Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) (EUV, Art. 27,6) anschließen, einer Art Koalition der Willigen, die „anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf ihre militärischen Fähigkeiten“ und „Missionen mit höchsten Anforderungen“ (d. h. Kampfeinsätze) erfüllen wollen. Im Falle eines Angriffs sind alle Mitgliedstaaten zu uneingeschränktem Beistand verpflichtet. Damit wird die aus einer Wirtschaftsgemeinschaft hervorgegangene EU laut Einschätzung des Linzer Völkerrechtlers Manfred Rotter auch noch zum Verteidigungsbündnis.

Militäreinsatz im Innern

Die „Solidaritätsklausel“ erlaubt einen - sogar präventiven - Militäreinsatz im Innern: „Die Union mobilisiert alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel, um terroristische Bedrohungen im

Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden, die demokratischen Institutionen und die Zivilbevölkerung vor etwaigen Terroranschlägen zu schützen; im Falle eines Terroranschlags einen Mitgliedstaat [...] innerhalb seines Hoheitsgebietes zu unterstützen.“ (Art. 188r) Bedeutet das, dass die schon aufgeweichte Trennung von Polizei und Militär völlig aufgehoben werden soll?

Außen-, Sicherheits-, Militärpolitik ohne demokratische und juristische Kontrolle

Das EU-Parlament wird in Fragen der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungspolitik informiert und angehört. Die Haushaltskontrolle - das „Königsrecht“ eines Parlamentes - wird ihm für den Militärhaushalt verweigert. Militärische Missionen können ohne seine Zustimmung angeordnet werden. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) wird für nicht zuständig erklärt (VAU, Art. 240a). Es fragt sich, was aus der Zustimmungspflicht des Bundestags zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr wird, da die GASP in die alleinige Zuständigkeit der EU fällt. Zudem sieht das Protokoll über die Ständig Strukturierte Zusammenarbeit explizit vor, „nationale Beschlussfassungsverfahren zu überprüfen“. Die mangelnde demokratische Kontrolle auf diesem Gebiet verstärkt auch die Gefahr, dass unter dem Deckmantel der Sicherheitspolitik und des „Kampfs gegen den Terror“ Migrations- und persönliche Freiheitsrechte massiv eingeschränkt werden können.

Rigide Politik gegenüber Flüchtlingen und Migranten

Die Regelungen im Art. 69 VAU, die Asylsuchende zusammen mit „illegalen Migranten“ und Menschenhändlern erfassen, stehen unter dem Zeichen der Abwehr: Ein integriertes Grenzschutzsystem an den Außengrenzen soll aufgebaut werden. Durch die EU-Einwanderungspolitik sollen die Zuströme - im Interesse der Versorgung mit billigen Arbeitskräften - gesteuert werden. Verträge mit Drittstaaten dienen der Abschiebung unerwünschter Menschen. Im Vorgriff auf diese Bestimmungen wurde 2005 die Grenzschutzagentur Frontex gegründet, die an den EU-Außengrenzen und im Mittelmeer patrouilliert, um sogenannte Illegale abzuwehren. Frontex kooperiert mit autokratischen Staaten in Nordafrika, liefert ihnen Ausrüstung und Fahrzeuge oder finanziert Abschiebeflüge, damit die afrikanischen Staaten einen Teil der Schmutzarbeit für das auf seine Werte und Menschenrechte so stolze EUropa übernehmen. Das Frontex-Budget ist der am schnellsten wachsende Haushaltsposten in der EU, mit einer Vervierfachung der Mittel von 2006 bis 2008 (taz, 13.11.2007).

EURATOM-Vertrag sorgt für privilegierte Förderung der Atomenergie

Voll aufrechterhalten bleibt weiterhin der EURATOM-Vertrag. Dessen Ziel ist es, die Atomenergie zu fördern, um „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen“ (Präambel). (VAU, Art. 305) Hintertreiben unsere Politiker den Atom-Ausstieg über die EU-Verträge?

Bestimmungen des Nizza-Vertrages zu neoliberaler Wirtschaftspolitik bleiben gültig

Auch wenn es auf Druck des französischen Staatspräsidenten Sarkozy kosmetische Änderungen gab, die neoliberale Wirtschaftspolitik bleibt Vertragsgrundlage der EU. Hier greifen zum einen die Regelungen des EGV und EUV im Nizza-Vertrag, die nicht verändert wurden. Sogar die Grundrechtecharta garantiert die 4 „Grundfreiheiten“ für Waren-, Kapital-, Dienstleistungsverkehr und die Niederlassungsfreiheit der Unternehmen vorrangig vor anderen Rechten. In einem Zusatzprotokoll zum EU-Reformvertrag wurde festgeschrieben, „dass zum Binnenmarkt ein System gehört, das den Wettbewerb vor Verfälschungen schützt“.

Gefahr für öffentliche Dienstleistungen

In der mit dem EU-Reformvertrag verbindlich werdenden Grundrechtecharta wird das Recht auf kostenlose Bildung nur im Pflichtschulbereich geschützt. Damit wird der Einführung von Schul- und Studiengebühren die Tür geöffnet. Es fragt sich, ob dann Bildung und Hochschulbildung unter die EU-Definition von wirtschaftlicher Tätigkeit fallen - und damit unter das EU-Wettbewerbsrecht (Diskriminierungsverbot, EU-weite Ausschreibungspflicht, Verbot staatlicher Beihilfen, Gleichbehandlungsgebot von privaten und öffentlichen Anbietern). Die Mitgliedsstaaten bleiben nach wie vor für den öffentlichen Dienst („Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“) zuständig, müssen aber „diese Dienste im Einklang mit den Verträgen zur Verfügung stellen, in Auftrag geben und [...] finanzieren“ (VAU, Art. 14), d. h. sie werden dem Vorrang des Wettbewerbsrechts unterworfen. Gegenstand von internationalen Handelsabkommen (WTO, EPAs) können ausdrücklich auch der Handel mit Dienstleistungen des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssektors (WTO-GATS) sein. Nur „wenn diese Abkommen die einzelstaatliche Organisation dieser Dienstleistungen *ernsthaft stören* und die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten für ihre Erbringung beeinträchtigen könnten“ muss der Rat einstimmig entscheiden (VAU, Art. 188c). Es ist zu befürchten, dass diese Regelungen den Liberalisierungsdruck auf öffentliche Dienstleistungen verstärken.

Wir setzen dagegen: Europa nicht ohne uns!

Für eine solidarische, friedliche, demokratische Neugründung Europas!

- Wir fordern Volksabstimmungen zum Reformvertrag. Hinter dem Rücken von uns BürgerInnen und gegen unsere Bedürfnisse Verträge auszuhandeln, ist eines demokratischen Europas nicht würdig.
- 17 europäische Attac-Sektionen fordern in den „10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“, dass ein neuer und demokratischer Konvent einen Vertrag ausarbeiten soll. Dieser Konvent muss direkt durch die BürgerInnen aller EU-Mitgliedstaaten gewählt werden

und mit den nationalen Parlamenten zusammenarbeiten.

- Diese Forderungen werden von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus vielen EU-Ländern geteilt (siehe die Übersicht auf <http://www.erc2.org/970.html>).

- Auf der Webseite von Mehr Demokratie e.V. können Sie unterschreiben:

- 1. für einen Volksentscheid über den EU-Reformvertrag. 2. für Volksentscheide auch über andere wichtige Themen. 3. für faire und umfassende Informationen vor der Abstimmung. (<http://www.mehr-demokratie.de/europa.html>)

- Die ökumenischen Netze fordern in ihrer „Erklärung vom Oktober 2007“ und den „Grundsätzen einer Europäischen Verfassung aus ökumenischer Sicht“ eine Beteiligung der BürgerInnen und Gremien am Entscheidungsprozess auf unterschiedlichen Ebenen und per Volksentscheid. (<http://www.oenid.de>)

Attac EU-AG Stuttgart und Region. Kontakt: Elke Schenk: e.schenk@gmx.eu. Ökumenisches Netz Württemberg. Kontakt: Sylvia Dieter: dieter_sylvia@web.de. Weitere Information unter: www.reformvertrag.de | www.attac.at | www.attac.de/eu-ag | www.werkstatt.or.at | www.imi-online.de (vor allem zum Thema Militarisierung) | www.mehr-demokratie.de | <http://www.erc2.org/970.html> | www.paxchrisit.de | www.cec-kek.org | www.ekd.de. Ein friedliches und gerechtes Europa braucht Unterstützung: Spenden erbeten an: Für eine gerechte Weltwirtschaft. e.V., Konto-Nr.: 68091500, GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 43060967, Stichwort: EU-Verfassung.

Ist Europa noch zu retten?

Wie die EU den Europagedanken verfälscht
- Wege zu einer europäischen Identität
Ein Buch von Wilhelm Neurohr

Christoph Strawe

Wilhelm Neurohr hat ein Buch geschrieben, das „rechtzeitig vor der Europa-Wahl 2009“ (Einleitung) die Debatte über die Idee Europas neu beleben möchte. Der Autor ist den Lesern der Sozialimpulse durch viele Artikel zu brennenden Zeitthemen bekannt, unter anderem auch zur EU und zum Leitbild Europas. Die gegenwärtige Diskussion verwechselt vielfach die Europa-Idee mit der „real existierenden EU“. Neurohr fragt nach den Grundlagen Europas, an denen sich die EU messen lassen muss. In ihrer gegenwärtigen Entwicklung sieht sie nicht gut aus. Neurohr kritisiert scharf die Defizite der EU in demokratischer und sozialer Hinsicht, bleibt aber dabei nicht stehen, sondern konzentriert sich vor allem auf die Alternative: „Es mangelt nicht an Europa-Kritik - genauer gesagt: EU-Kritik -, auch nicht an kritischen Europa-Büchern, wohl aber an wirkungsvollen Zukunftsiniciativen der durch die EU fremdbestimmten Europäer.“ In der Einleitung lesen wir: „Ab sofort reicht es nicht mehr, in einer europaweiten Zuschauerdemokratie auf die abgehobenen und befangenen Staatsmänner und

ihre Europa-Initiativen ohnmächtig zu starren. Die Menschen in Europa müssen selber die Frage beantworten: Wer und was ist Europa, was will es und wohin soll es sich entwickeln?"

In Teil I behandelt Neurohr die Verfälschung der Europa-Idee und gibt Anstöße für eine europäische Leitbilddiskussion, wobei ein besonderer Schwerpunkt die Geschichte des Verfassungsvertrages bzw. des Lissabon-Vertrages ist. Es geht unter anderem um die Frage, ob Europa auf dem Weg zum totalitären Superstaat ist, der als hochgerüstete Militärmacht auftritt, dem Sicherheitswahn frönt und zugleich die sozialen Gegensätze verschärft bzw. sich immer mehr einer neoliberalen Ideologie verschreibt. Teil II ist betitelt: Auf der Suche nach Identität - eine Topografie der Europa-Idee. Er behandelt den Werdegang des vereinten Europa und seine Rolle in der Welt und provoziert mit der Frage „Ist Europa reif für die Türkei?“ eine Diskussion über die spirituellen Quellen Europas. Teil III. behandelt Perspektiven, Alternativen und konkrete Initiativen für Europa, nicht zuletzt auch auf regionaler Ebene.

Den Verlag „Die Pforte“ darf man dazu beglückwünschen, dass er diese wichtige Schrift - in seiner Reihe „entwürfe“ - herausbringt. Das Buch soll im April erscheinen und 14 EUR kosten. Es umfasst 242 Seiten, die ISBN lautet 978-3-85636-194-5 I.

Nachstehend veröffentlichen wir einen Vorabdruck des Teils „Skizzen für ein Europa der Bürger“, auch in der Hoffnung, dass der Text viele unserer Leser dazu anregt, das Buch als Ganzes zu lesen.

Skizzen zu einem Europa der Bürger

Wilhelm Neurohr

Europa ist überall! - Europäisches Bewusstsein in neuen Dimensionen

Europa steht für ein neues Verständnis des Sozialen.

Europa hat seine Wurzeln im Humanismus, im Christentum und in der Aufklärung. Der Wert jeder einzelnen menschlichen Persönlichkeit ist auf diesem Kontinent zum ersten Mal entdeckt worden. In den Menschenrechten ist die Urteils- und Handlungsfreiheit des Einzelnen zur Grundlage der sozialen Ordnung erklärt worden. Europa - das ist ein neues Verständnis des Sozialen für die Menschheitszukunft: Die Symbiose von persönlicher Freiheit und der Verantwortung für die Gemeinschaft. Eine neue Umgangs- und Arbeitskultur ist bestimmend für Europas Zukunft im 21. Jahrhundert. Ein Europa, das sich zu den Menschen- und Bürgerrechten bekennt, ist dazu herausgefordert, die Welt von den verschiedensten Seiten anzuschauen und unterschiedliche Interessen zu verstehen und ausgleichen zu helfen - ein kosmopolitischer, universeller ethischer Auftrag. Nicht die Finanzmärkte, sondern die Menschen, ihre Naturgrundlagen

und kulturellen wie sozialen Fähigkeiten bilden den wahren Reichtum Europas.

Europa ist also weniger eine ökonomische, politische oder geografische, geschweige denn militärische Notwendigkeit. Das erst noch zu entwickelnde „neue Europa“ ist mehr als ein Staatenbund oder ein ökonomisches Geflecht von Interessen. Es ist ein soziales und kulturelles Netzwerk von zukunftswilligen Menschen in seiner Mitte, in seinem Westen, Osten, Süden und Norden - ein differenziertes Europa der Regionen als Einheit in der Vielfalt. „Was Europa auszeichnet, ist gerade das, was es lange Zeit bekämpft hat: seine Vielfalt, seine Mischungen, seine Diversität, seine Ungleichzeitigkeiten und Pluralität“, bemerkt Werner Wintersteiner.*

Weil Europa auf die kulturschaffende Kraft des Individuums bauen muss, darf seine Gestaltung nicht einzig oder vorrangig durch Ökonomie und eine sich an ihr orientierende Politik erfolgen. Die Welt erwartet von Europa vor allem kulturelle Erneuerungsimpulse - neben einer Politik, die Grenzen überwindet. Europa ist eine nachhaltige Entwicklungsaufgabe für die Zukunft, eine Herausforderung für neue Formen und Qualitäten des Zusammenlebens in einer nachkapitalistischen Gesellschaft - Schauplatz für Neues in der Welt. Das „Abenteuer Europa“, die Entdeckung der Vielfalt seiner Menschen und Regionen, will erst noch bestanden werden.

Europa ist überall, wenn es in den Köpfen und Herzen der Menschen als etwa Positives für die Völkerverständigung wirksam wird, das sich nicht eingrenzen oder gegenüber anderen Kulturen abgrenzen lässt. Denn was bislang in den Kategorien von Völkern, Volksstämmen oder Ethnien, von Gruppen oder Nationen gedacht wurde, muss heute gesamtgesellschaftlich gedacht, gesehen und verstanden werden. Dazu ist die Integration Europas gewissermaßen nur eine „kontinentale Vorübung“ und darf nicht im eigenen geografisch-kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühl stecken bleiben. Ein Bewusstsein und eine soziale Mitverantwortung für die Weltzusammenhänge ist die eigentliche Herausforderung Europas.

Soziale Neugestaltung im Sinne von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Die politischen Lügen im öffentlichen Leben wirken wie ein Krebsgeschwür im Europegebilde.

Die soziale Neugestaltung der Gesellschaftsordnung im Sinne von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ist eine zentrale Aufgabe des neuen Jahrtausends in Europa und für die Welt.** Denn im Missbrauch, der Verfälschung oder Verwechslung jener Ideale, die als Losung der Französischen Revolution auf ganz Europa ausstrahlten,

* Werner Wintersteiner: Visionen und Revisionen. Zehn Thesen zu Europa - Bildung - Deutschunterricht. In: Ide. Informationen zur Deutschdidaktik, 1, 2004.

** Wilhelm Neurohr: Ein anderes Europa ist möglich. Sieben Thesen zur nachhaltigen Zukunft Europas. Ein Beitrag zu einem europäischen Leitbild. In: Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung, 2/2005; vgl. auch die Tagung „Europa. Seine Werte. Seine Zukunft“ des Katholisch-Sozialen Instituts in Bad Honnef vom 12. bis 14. Februar 2007 mit 150 Bildungsfachleuten aus der europäischen Sechsergemeinschaft und aus den neuen Beitrittsländern.

versteckt sich die eigentliche Europa-Lüge: Im Geistes- und Kulturleben wird die Freiheit, ohne die es nicht bestehen kann, immer stärker von kommerziellen und politischen Interessen verdrängt. Im Wirtschaftsleben, wo Brüderlichkeit bei der Aufteilung von Ressourcen und Versorgungsgütern geboten ist, wird Freiheit im Sinne der deregulierten Märkte zur ungezügelter Entfaltung von Kapitalinteressen und der marktradikalen Umgestaltung aller Lebensbereiche missbraucht. Und wo die Freiheit der Märkte die Freiheit des Menschen ersetzt, entfaltet sie ihre destruktiven Kräfte in Form von Shareholder Value, Sozialdarwinismus und entwürdigenden Arbeitsverhältnissen.

Während Gleichheit in Politik und Rechtsleben auf dem Altar des Neoliberalismus geopfert wird, bewegen wir uns auf eine Nivellierung im kulturellen Leben zu, von der Fernseh- und Shoppingkultur über das Einheitsabitur, die Einheitsarchitektur und anderen kulturellen Einheitsbrei bis hin zur Verwischung der kulturellen Vielfalt der Regionen Europas. Nicht zu übersehen ist auch der Einfluss der Wirtschaft auf die marktverwertbaren Bildungsinhalte und die Hochschulen. Im Rechtsleben dagegen herrscht statt Gleichheit vor dem Gesetz vielfach eine falsch verstandene Brüderlichkeit, deren Symptome von Kumpanei über Verflechtung von Politik und Wirtschaft bis hin zur alten „Klassenjustiz“ reichen, wenn etwa Wirtschaftsdelikte oder „Steuersünden“ im Vergleich zu Bagatelvergehen äußerst milde bestraft werden.

Das Rechtsleben aus dem Würgegriff ökonomischer Interessen zu befreien*, es in seinem Verhältnis zum Wirtschaftsleben und zum kulturellen Leben neu zu gestalten und zu gewichten ist eine vorrangige Aufgabe, an der alle Beteiligten gleichberechtigt mitwirken müssen, damit Solidarität nicht in einem rücksichtslosen Konkurrenzkampf geopfert wird. Für die Zukunft Europas kommt es entscheidend auf „heilende“ menschliche Taten an, nicht auf die äußeren politischen Verhältnisse. Das politische Europa von heute ist weitgehend auf Lügen gebaut, die es in allen Bereichen aufzudecken gilt, um die Sicht auf Alternativen freizulegen.

Die Europa-Lügen sind der Wahrheit unterlegen

Ohne Wahrheitsliebe kein sozialer, kultureller und zivilisatorischer Fortschritt im Europa des 21. Jahrhunderts.

Der Verfassungslüge sollten wir den Inhalt einer wahrhaftigen eigenen Verfassung entgegensetzen, in der das Rechtsempfinden der Menschen in Europa zum Ausdruck kommt. Der Ohnmachtslüge, wonach Referenden in Deutschland und einigen anderen Ländern nicht möglich und nicht zulässig sind (obwohl man entsprechende Regelungen mehrheitlich schaffen könnte), sollten wir die Wahrheit der Ergebnisse selbst organisierter Referenden und Partizipationsverfahren entgegenhalten. Der Demokratie-Lüge, die uns weismachen will, die EU sei ein demokratisches Gebilde, halten wir die hier aufgedeckten Demokratie-Defizite entgegen. Der Wirtschaftslüge, wonach der Wohlstand aller nur durch Konkurrenzkampf und Eigennutz zu erreichen sei,

halten wir Modelle des kooperativen Wirtschaftens als miteinander entgegen, bei dem die Rohstoffe und Ressourcen dieser Welt brüderlich geteilt werden und alle am Wohlstand teilhaben.

Der als „Teuro-Schock“ erlebten Euro-Lüge - die in den Statistiken ausgewiesenen Verteuerungseffekte entsprechen nicht der objektiven Wirklichkeit - und den Geldspekulanten halten wir funktionierende Reformideen für ein verändertes Geldwesen als Alternative zu den virtuellen Finanzmärkten entgegen - mit ethischem Investment, Abschöpfung von Spekulationsgewinnen, gemeinnütziger Bodenreform, Abschaffung von Zinswucher und Einführung komplementärer Regionalwährungen zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. (Die anhaltenden Börsenturbulenzen vom Januar 2008 in Amerika, Deutschland und Europa zeigen die Risiken eines ungezügelter Finanzsystems.) Wir widerlegen und entlarven auch die Freiheits-Lüge, wonach angeblich die Marktfreiheit wertvoller ist als die geistig-kulturelle Freiheit, die über allem steht. Die Macht der Gedankenfreiheit setzen wir wirkungsvoll der niedergehenden neoliberalen Ideologie entgegen, die sich als gedankliche Verirrung erweist.

Und die soziale Lüge, dass ein erwerbsloser Mensch mit einem Hartz-IV-Almosen oder einer Armutsrente in ähnlicher Größenordnung im reichen Europa menschenwürdig leben kann, setzen wir das bedingungslose Grundeinkommen für alle entgegen, mit dem die teils sklavenähnlichen Erwerbsarbeitsverhältnisse abgeschafft werden und die Kreativität aller zum Wohle der Gemeinschaft freigesetzt wird. Wir decken auch die Partnerschaftslüge auf, denn Europa ist für die armen Länder in der Welt alles andere als ein fairer Partner, sondern stößt sich auf deren Rücken wirtschaftlich gesund und sorgt in der Welthandelsorganisation und bei der Weltbank für die Verschuldung und Benachteiligung der armen Länder. Wir stellen dem unsere zivilgesellschaftlichen Partnerschaften entgegen, dann müssen wir uns nicht für das staatliche Versagen schämen.

Vor allem entlarven wir die Friedenslüge, wonach Frieden nur mit immer mehr Waffen erfolgreich durchzusetzen sei. Abrüstung kommt wieder auf die Tagesordnung und Aufrüstung wird durch sozialen Frieden ersetzt. Wir entlarven auch die Sicherheitslüge, wonach nur die staatliche und wirtschaftliche Totalüberwachung der Bürgerinnen und Bürger vor vermeintlichen Terrorgefahren und Bedrohungen schützt - zu Lasten der Freiheit. Wir schützen uns vor dem unersättlichen Datenhunger der Sicherheits- und Geheimdienste des vormundschaftlichen Superstaates Europa und vor der Freiheitsberaubung.

Und schließlich entlarven wir die Wachstums- und Fortschrittslüge, wonach nur die stetig wachsende und wuchernde neoliberale Wirtschaft, die ausufernde Technik, Atomenergie, die Gentechnik oder die unersättliche Automobilindustrie dem Fortschritt für die Menschen in Europa und der Welt dienen. Dem setzen wir kulturellen, sozialen und zivilisatorischen Fortschritt nach ethischen Maßstäben entgegen, ohne die alles andere nichts ist - denn wir sind Europa! Mit der aktiven Zivilgesellschaft in Europa ist verstärkt zu rechnen. Das ist die Wahrheitsliebe, die einem fortschrittlichen Europa im 21. Jahrhundert angemessen ist.

* Ulrich Rösch: Die Zukunft Europas in einer globalisierten Welt. In: Die Drei, 8-9, 2003.

Gestaltungsfelder eines nachhaltigen Europa

Der Weg in Europas Zukunft führt über konsequente Nachhaltigkeit auf allen Gebieten, als Alternative zum kurzfristigen materiellen Gewinnstreben.

Ein fortschrittliches Europa schlägt ein neues Kapitel der Geschichte auf, das sich an Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Frieden und Harmonie sowie sozialer Gerechtigkeit ausrichtet. Das moderne Fortschrittsdenken löst sich von seiner rein materiellen Basis. Im Vordergrund steht die Förderung des menschlichen Geistes - als wünschenswerte Anhäufung geistigen Reichtums und zur Überwindung seelischer Armut. Europa würde so die Grenzen seiner alten Bewusstseinshaltung sprengen und über seine alten Territorialgrenzen hinaus auf die ganze Welt einwirken. Dahin aber führt der Weg nur über eine konsequent nachhaltige Entwicklung auf allen Gebieten als Alternative zum kurzfristigen materiellen Gewinnstreben. Europa muss sich dazu als ein lebendiger sozialer und ökologischer Organismus verstehen und die freie Individualität fördern sowie der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimagleichgewichts entgegenwirken.

Der europäische Sozialstaat als demokratischer Rechtsstaat darf nicht länger als „Markthindernis“ betrachtet werden. In einem sozialen Europa müssen Kinder, alte Menschen, Behinderte und Migranten ihren Platz haben, deren Schicksal uns ebenso wenig gleichgültig sein kann wie das der von Europa abhängigen Menschen in anderen Teilen der Welt. Eine neue Solidarität und Sozialethik kann als Teil europäischer Identität und als Fundament europäisch-„abendländischer“ oder christlicher Werte angesehen werden. Europa sollte die Diskreditierung und Ökonomisierung seines Geisteslebens beenden und sich gegen Verdinglichung, Fremdbestimmung und Entwürdigung der Menschen im Arbeits- und Wirtschaftsleben wenden.

Gesunde Ernährungsgrundlagen und die Gesundheits- und Qualitätsinteressen der Verbraucher haben höheren Rang als private Wirtschaftsinteressen und -vorteile. Die alltägliche Verletzung der Menschenwürde durch die momentan vorherrschende Wirtschaftssituation muss durch ein menschengemäßes Wirtschaftsleben überwunden werden. Eine humane Umgangs- und Arbeitskultur ist Kern einer gesamteuropäischen Kultur. Europa benötigt deshalb eine neue Finanz- und Kapitalordnung, eine neue Arbeits- und Einkommensgestaltung mit einem veränderten Arbeitsbegriff und eine neue Boden- und Eigentumsordnung.

Europa sollte seine kulturelle und ökologische Vielfalt erhalten und fördern, seine bäuerlichen Kulturlandschaften pflegen und seine Stadtkulturen erneuern. Mit einem neuen Gestaltungsimpuls für Architektur, Städtebau, Landschaft, Kunst und Soziales würde sich Europa seiner kulturellen Vergangenheit würdig erweisen. Das Streben der Menschen in Europa nach Freiheit, insbesondere Geistes-, Bildungs- und Gedankenfreiheit, Bewegungsfreiheit, Religionsfreiheit und individueller Freiheit muss sich entfalten können. Der ungehinderte öffentliche Zugang zu Wasser, Energie, Verkehrsinfrastruktur, zu kulturellen, sozialen und medizinischen Einrichtungen sowie Bildungsangeboten ist zu gewährleisten. Die Menschen bilden das Potenzial Europas, seine wichtigste

„Ressource“, sodass die Qualität der Völkervielfalt und Menschenvielfalt gewissermaßen der Lebensatem für die Erhaltung und Belebung der europäischen Seele ist. Durch Austausch und Menschenbegegnungen kann sich Europas Seele entfalten.*

Das ist der Traum eines menschlichen Europa mit Ausstrahlung auf die ganze Welt: Es stellt kulturelle Vielfalt über Assimilation, Lebensqualität über die Anhäufung privaten Reichtums, nachhaltige Entwicklung über unbegrenztes materielles Wachstum, universelle Menschenrechte und die Rechte und Gesetze der Natur über Eigentumsrechte, globale Zusammenarbeit und Verständigung über einseitige Machtausübung oder militärische Aufrüstung. Damit ließen sich Menschen für Europa begeistern und Politiker aus ihrem Korsett der Abhängigkeit und dem Vakuum der Orientierungs- und Ideenlosigkeit befreien.

Recht und Gerechtigkeit

Ein Buchhinweis

„Recht und Gerechtigkeit - Geisteswissenschaftlich Impulse für ein menschliches und gerechtes Zusammenleben“ lautet der Titel eines bereits Ende letzten Jahres in Dornach erschienenen Buches von Prof. Günther Herrmann. Herrmann war lange Jahre Justiziar des Westdeutschen Rundfunks (WDR) und von 1986 bis zu seiner Pensionierung Intendant des Senders Freies Berlin (SFB), außerdem lehrte er Medienrecht. Theorie und Praxis des Rechts sind also sein Lebensthema.

Was getan werden könne, damit in unser Rechtsleben mehr Gerechtigkeit einfließt, ist die große Frage, die Herrmann dazu geführt hat, sich den Impulsen Rudolf Steiners für das Rechtsleben zu widmen. Das vorliegende Buch ist der Versuch, die von Steiner gegebenen Anregungen - oft an Stellen zu finden, an denen man Aussagen zum Recht zunächst kaum vermuten würde - zusammenzuschauen und auf aktuelle Fragen der Entwicklung des Rechts anzuwenden: Wie können wir unser Rechtsleben menschlicher, lebendiger und gerechter gestalten? Wie ist der Gesetzesflut zu begegnen, die die Gerechtigkeit unter sich zu begraben droht, und wie dem Meinungsdruck durch unsere Mediengesellschaft? Wie können Rechtswissenschaft und Rechtsausbildung, Rechtsprechung und Strafvollzug den Anforderungen des 21. Jahrhunderts besser entsprechen? Das Buch ist ausdrücklich auch für NichtJuristen gedacht.

Günther Herrmann: Recht und Gerechtigkeit - Geisteswissenschaftlich Impulse für ein menschliches und gerechtes Zusammenleben, Rudolf Steiner Verlag Dornach 2007, 268 Seiten, EUR 28,-, ISBN 3 - 7274 - 5332 - 8

* Neurohr, Wilhelm: Ein anderes Europa ist möglich. Sieben Thesen zur nachhaltigen Zukunft Europas, a.a.O.. Ein Beitrag zu einem europäischen Leitbild. In: Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung, 2/2005.

Termine und Initiativen

Regionalwährungen - Gegenwärtiger Stand und Zukunftsperspektiven

42. Mündener Gespräche

Samstag/Sonntag, 19./20. April 2008

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. in der Reinhardswaldschule, 34233 Fuldatal-Simmershausen, zwischen Kassel und Hann. Münden.

„Regio ergänzt Euro“ - so lautet das Motto von Regionalgeld-Initiativen, die seit der Einführung der europäischen Einheitswährung in mehreren Ländern entstanden sind. In Deutschland gibt es mittlerweile 29 Initiativen, die regionale Komplementärwährungen emittieren, und weitere 70 Initiativen, die deren Ausgabe vorbereiten. Viele von ihnen haben sich im Frühjahr 2006 zum „Regiogeld Verband e.V.“ zusammengeschlossen.

Anders als die sogenannten Freigeldexperimente aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg verstehen sich die heutigen Regionalgeld-Initiativen nicht nur als Modellversuche zur praktischen Erprobung eines gerechteren Geldes. Sie wollen auch einen zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Stärkung regionaler, nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe leisten, um Transportwege abzukürzen und den damit verbundenen Energieverbrauch reduzieren und um ein Europa der Regionen zu verwirklichen. Als regionale Agenda-Projekte setzen sie neue Akzente im Rahmen einer sich globalisierenden Wirtschaft.

Durch die Regionalgeld-Initiativen sind während der letzten Jahre interessante Lernfelder entstanden. Eine erste Zwischenbilanz wurde im Herbst 2006 beim internationalen Kongress „Monetary Regionalisation“ an der Bauhaus Universität in Weimar gezogen (www.monetary-regionalisation.com). Eineinhalb Jahre später soll die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der regionalen Komplementärwährungen im Rahmen der „Mündener Gespräche“ fortgesetzt werden. Wissenschaftliche Einwände gegen sie sollen ebenso geprüft werden wie die Frage, welchen Beitrag regionale Komplementärwährungen zur Regionalentwicklung leisten können und ob sich ihre Wirkungsfelder im Sinne einer Mitwirkung von Kommunen erweitern lassen.

Samstag, 19. April 2008: 9.00 Uhr Begrüßung und Eröffnung der Tagung (Dipl.-Vw. Ass. jur. Jörg Gude,

Sozialw. Gesellschaft, und Frank Jansky, Rechtsanwalt, Güsen, Regiogeld e.V.) // 9.15 Uhr Alles nur noch Ökonomie? - Zur Notwendigkeit verlässlicher Strukturen in der Globalisierung (Prof. Dr. Arno Gahrman, Hochschule Bremen) // 11.00 Uhr Staatliche Komplementärwährungen: „dritter Weg“ zwischen Geldreform und dezentralen Regionalwährungen? (Prof. Dr. Johann Walter, FH Gelsenkirchen) // 12.30 Uhr Mittagspause // 14.30 Uhr Regionalwährungen in Deutschland - eine kritische Analyse (Prof. Dr. Gerhard Rösl, FH Regensburg) // 15.15 Uhr Regionalwährungen als Bausteine einer Post-Wachstumsökonomie (Dr. habil. Niko Paech, C.v.-Ossietzky-Univ. Oldenburg) // 16.00 Uhr Kaffeepause // 16.30 Uhr Diskussion zu den beiden Vorträgen von Prof. Dr. Rösl und Dr. Paech // 18.00 Uhr Abendpause // 20.00 Uhr Workshop 1: Regionalgeld-Initiativen stellen sich vor: „Bürgerblüte“, „Augusta“ und „Kirschblüte“ / Workshop 2: Die Bedeutung der Demurrage in Regionalwährungen - wie wird sie gehandhabt und optimiert? (Dipl.-Kauffrau (FH) Helena Schmidt, Köln)

Sonntag, 20. April 2008: 9.00 Uhr Welchen Beitrag zur Regionalentwicklung können Regionalgelder leisten? (Prof. Dr. em. Harald Spehl/Universität Trier) // 10.30 Uhr Abschließende Podiumsdiskussion mit den Referenten der Tagung und offenes Gespräch mit den TeilnehmerInnen.

Infos und Anmeldung: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft, Andreas Ehrich, Bekkoppeln 37, 22395 Bergstedt, E-Mail: ehrich@sozialoekonomie.info, Internet: www.sozialoekonomie.info. Lektüreempfehlungen: Margrit Kennedy & Bernard Lietaer, Regionalwährungen - Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, München 2004 // Ralf Becker, Entwicklungsstand und Perspektiven der Regionalgeldentwicklung. Leseproben unter: www.sozialoekonomie.info/Zeitschrift_fur_Sozialoekonomie/LeseProben/Becker__Regionalgeld/becker__regionalgeld.html

NALM: New Adult Learning Movement - Bewegung für Erneuerndes Lernen

Der Impuls der „Bewegung für Erneuerndes Lernen“ zeichnet sich besonders durch drei grundlegende Elemente aus: - die Bezugnahme auf die von R. Steiner beschriebenen sieben Lebensprozesse als Grundlage allen Lernens, - Methoden und Arbeitsweisen, die eine Integration von Spiritualität in alltägliches Handeln ermöglichen und schließlich die gemeinsame Überzeugung, dass die Individualisierung allen Lernens das zentrale Anliegen auf dem Weg zur Entwicklung einer unabhängigen Persönlichkeit und eines freien Geistes ist. Der Impuls des „Neuen Lernens“ eignet sich deshalb zur Anwendung auf allen Gebieten der Ausbildung von Erwachsenen. Der Impuls „Neues Lernen“ gliedert sich in drei Lernwege:

Lernprozesse für Erwachsene:

„Lernen zu lernen“ ist ein sehr menschlicher, lebendiger Vorgang. Es geht darum, so zu „lernen“, dass die Selbstentwicklung gefördert wird, indem Kopf, Herz und Füße einen Anteil an dem Prozess haben. Das Individualisieren steht im Mittelpunkt, - d.h. etwas zu erfahren und aufzunehmen, was dann in mir einen Platz bekommt und mit zu mir gehört. Das dergestalt Integrierte kann ich so selbständig benützen. So wird der Wille zu lernen, geweckt. Dieser Lernvorgang verzehrt keine Lebenskräfte, sondern befreit sie und macht uns lebendig.

Schicksalslernen - Karma Arbeit:

Falls Sie sich auch schon die Frage gestellt haben: Warum schon wieder? oder: „Wieso passiert das gerade mir?, so ist es an der Zeit, der Frage, was Schicksal („Karma“) ist, nachzugehen. Schicksal ist die Realität, in der wir leben. Um sich dem Schicksal aber nicht einfach ausgeliefert zu fühlen, sondern aus dieser Erkenntnis Lebenskraft und Mut, Kreativität und Freude zu eigenem Gestalten zu holen, braucht es konkrete Erfahrungen. Ich kann mein Schicksal aus eigener Kraft erkennen und eine Ahnung bekommen, wie meine Verbundenheit zu andern Menschen wirklich ist. Dies ist ein Prozess des Lernens und Übens, welcher von jedem wachen und interessierten Menschen mit ihm heute zur Verfügung stehenden Mitteln entwickelt werden kann.

Kreative geistige Forschung:

Der Weg, der zur geistigen Forschung führt, ist auf Prozesse gegründet, die unsere Lebensenergie betreffen. Er führt zur Freisetzung kreativer Kräfte, die dann in der Forschung zur Verfügung stehen. Es handelt sich um einen natürlichen Prozess, der, wenn er einmal eingesetzt hat, seiner eigenen Dynamik folgt. Er führt zur Selbstverwirklichung und baut eine neue Beziehung zur äußeren Welt auf.

Karmapraxis als soziale Notwendigkeit - Innere Schulung zur Entwicklung sozialer Fähigkeiten

Neun Arbeitseinheiten ermöglichen eine innere Schulung für Menschen, die mit Menschen arbeiten und leben. Das Ziel besteht darin, das Wesentliche der eigenen Individualität und in der sozialen Umgebung „sehen“ zu lernen, das eigene kreative Potential zu entdecken und einzusetzen und Zukunftsimpulse in die Welt zu bringen.

Um diese Fähigkeiten zu entwickeln, werden vielerlei Methoden, Mittel und Übungen angeboten. All dies dient dazu, neue eigene Potenziale zu entdecken und zu realisieren, so dass die Errungenschaften dieser Schulung in vielen Berufsfeldern unmittelbar eingesetzt werden können. Dies gilt auch für den persönlichen Alltag jedes Einzelnen. Bevorzugt werden Menschen, die in pädagogischen, sozialen, leitenden, beratenden oder heilenden Berufen tätig sind oder sein wollen.

Aufbau:

In der Schulung steht die Karma-Arbeit an zentraler Stelle. Es wird sich aber nicht darum handeln zu erfahren, wer man in einem vorigen Leben war, sondern es

vielmehr darum, auf dem karmischen Schulungsweg den eigentlichen Aufgaben in diesem jetzigen Leben näher zu kommen. Ausgangspunkt ist jeweils der eigene, individuelle Alltag. Grundlage des Lernweges ist das Aktivieren der eigenen Lebensenergie. Damit werden individuelle Prozesse in Gang gesetzt und beschleunigt, sowie neue Lebenskräfte generiert. Diese Lebenskräfte stehen uns zum Verwandeln von Atem sowie für die Realisierung tieferer Anliegen zur Verfügung. Die Ausbildung hat einen Gesamtaufbau; es ist aber auch möglich, an einzelnen Wochen teilzunehmen. Zwischen den Schulungs-Wochen werden Aufgaben gegeben, um das Gelernte zu individuell zu vertiefen.

Wochen und Themen

Woche I: 1. - 5. Februar 2008: Grundlagen der praktischen Karma-Arbeit - erste Schritte im Schicksalslernen. Wir gehen in dieser Woche von einem persönlichen Ereignis aus und versuchen es in seinem karmischen Zusammenhang zu verstehen. Diese Woche ist gleichzeitig als Auftakt für die Ausbildung gedacht, in der es einen Einblick in das Wesen und die Form der Arbeit gibt.

Woche II: 28. Februar - 2. März 2008: Neues Lernen als Wegbereiter für soziale Kompetenz und eigene Kreativität. Grundlagen des Lernens, das von Lebenskräften getragen wird, als Vorbereitung auf die Karmaarbeit. Ziel ist es, aktiver und kreativer im sozialen Leben zu werden. Dafür werden wichtige Lernfelder des Neuen Lernens präsentiert und erfahrbar gemacht, sowie auch ihre „ätherischen“ Grundlagen besprochen.

Woche III: 3. - 6. April 2008: Gegenwärtigkeit als offener Raum für die Begegnung zwischen Ich und Welt. Eine Voraussetzung für das soziale Leben und für die Karmaarbeit ist es, dass man sich wirklich begegnen kann. Üabend versuchen wir in tiefere Schichten der Begegnung vorzudringen, um das Geheimnis dieses Mysteriums weiter aufzudecken und zu entschlüsseln.

Woche IV: 1. - 4. Mai 2008: Widerstände werden zu Entwicklungspotenzialen - Heilung durch Verwandlung - spirituelle „Kompostierung“. Selbstentwicklung hat mit Widerständen und Hindernissen zu tun. Oft zeigen sie sich als Wegweiser für die Zukunft, wenn man sie richtig lesen und damit umzugehen lernt. In dieser Einheit werden verschiedene Arten von Widerständen praktisch behandelt.

Woche V: 4. - 7. September 2008: Aus der Erfahrung des karmischen Sinns meiner Hindernisse und Einseitigkeiten bilde ich neue Fähigkeiten. Wir werden üabend mit karmischen Erkenntnissen umzugehen lernen, damit wir dem Ziel, unsere individuellen Aufgaben neu zu entdecken und weiter zu realisieren, näher kommen.

Woche VI: 2. - 5. Oktober 2008: Die Parzival-Frage als heilende Quelle in Beziehungen. In dieser Einheit geht es darum, Knotenpunkte in unseren Beziehungen karmisch zu verstehen und zu lösen, damit die Lebenskräfte wieder dafür frei werden, unser Beziehungsnetzwerk

zu ernähren. Wir bauen an einem Netzwerk für die Zukunft.

Woche VII: 30. Oktober - 2. November 2008: Das Geheimnis der Begegnung von Mensch zu Mensch - das karmische Gespräch. Wir werden lernen, karmische Gespräche mit anderen Menschen zu führen. Das zuvor Gelernte wird nun angewendet und kann sowohl im Alltag als auch im Berufsleben eingesetzt werden.

Woche VIII: 27. - 30. November 2008: Geistiges Forschen - „notwendend“ für eine heilsame Zukunft. Wie entwickelt man sich vom Lernenden zum Forschenden? Wie kann man sich vom Gelernten lösen, obwohl man es weiter entwickelt? Wie kann man tiefer eindringen in die geistigen Hintergründe der Dinge? Was hat Wissenschaft mit Moralität zu tun? Dies sind Fragen, an denen wir praktisch forschen.

Woche IX: 8. - 11. Januar 2009: Initiative und Kreativität - Integration ins karmische Netzwerk. Im Ergreifen einer Initiative wird Erlerntes und Erforschtes zur Anwendung gebracht. Das ist das Ziel einer Ausbildung. Aber wie funktioniert das? Was ist meine Initiative? Wie kann ich in meiner Umgebung kreativ wirksam sein?

Praktisches

Zeiten: Neun Einheiten zu jeweils vier Tagen über ein Jahr verteilt (nur die erste Einführungseinheit besteht aus fünf Tagen) - jeweils von Donnerstag bis Sonntag, 9.00 bis 18.30 Uhr. Kosten: - Kursbeiträge: 95 EUR pro Tag, 3.515 EUR für den ganzen Kurs (Ermäßigung ist bei Anmeldung für die gesamte Reihe möglich). - Übernachtung und Verpflegung 40 bis 55 EUR pro Tag.

Orte: Wochenenden 1 - 4 in Engen (Süddeutschland), Wochenenden 5 - 9 in Hasselt (Belgien)

Wer? Coenraad und Shirley van Houten, Hans Supenkämper, Ulrike Schauss, Jaak Hillen und andere.

Kontakt: NALM Büro, NALM e.V., Im Grober 29, 88662 Überlingen, Tel: 07551-308237, infos@nalm.net. Internet: www.nalm.net (zugleich die Quelle dieses Textes).

Die Zukunft der Bildung

Entwicklungserfahrung statt Lebensangst

Samstag, 5. April 2008, 10 - 18 Uhr

Tagung zum 30jährigen Bestehen des Hardenberg Instituts. Ort: Deutsch-Amerikanisches Institut (dai), Sofienstraße 12, Heidelberg

Themen: Handeln aus sich selbst heraus (Dr. Karl-Martin Dietz) // Was Menschen stark macht (Prof. Dr. Gerald Hüther) // Unternimm dich selbst (Prof. Götz W. Werner) // Erziehung zur Selbsterziehung (Dr. Heinz Zimmermann). Nähere Infos und Kartenbestellung bei: Hardenberg Institut, Hauptstraße 59, 69117 Heidelberg, Telefon: 06221- 28485; Fax: 21640, info@hardenberginstitut.de

Klimapolitik und internationale Gerechtigkeit

Bad Boll, 3. - 5. Mai 2008

Eine Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung Bad Boll.

Themen: Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Ökonomie - Parallelitäten und Widersprüche // Ökonomie der natürlichen Ressourcen und Folgerungen für die Klimapolitik // Wem gehören die Erlöse aus der Versteigerung der Umweltzertifikate? // Verfassungsrechtliche Probleme klimapolitischer Abgaben // Klimapolitik als Lernfeld für den Umgang mit globalen Ressourcen.

Mitwirkende: Dr. Gerd Eisenbeiß, Fritz Andres, Eckhard Behrens, Prof. Dietrich Murswiek, Jobst von Heynitz.

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel. 07164 - 3573, Internet: <http://www.sffo.de>

Die Zukunft der Arbeit

Bad Boll, 24. - 25. Mai 2008

Themen: Anthropologie der Arbeit // Arbeit und Einkommen in Wirtschaft, Staat und Kultur - Ein Blick auf die Arbeitsteilung // Wege zur Vollbeschäftigung // Das Lohnverhältnis und sein Versagen bei Vollbeschäftigung // Die Überwindung des Lohnverhältnisses durch partnerschaftliche Formen des Arbeitsvertrags.

Mitwirkende: Dr. Gerhardus Lang, Eckhard Behrens, Fritz Andres, Jobst von Heynitz.

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Badstr. 35, 73087 Bad Boll, Tel. 07164 - 3573, Internet: <http://www.sffo.de>

Drei Veranstaltungen in Wien

14. März 2008, 9 Uhr: Quartett Sozialimpuls - Demokratie und Medienverantwortung. Blauer Saal der Stadtinitiative Wien/Off Theater. Friedrich Platzer und Gerhard Schuster im Gespräch mit Peko Baxant (SPÖ) und Barbara Eppensteiner (Okto TV).

12. April 2008, 14 - 18 Uhr: Symposium: Demokratisches Europa. Diplomatische Akademie mit: Margit Appel, Gerald Häfner, Gertraud Knoll, Herbert Rauch und Gerhard Schuster.

Nähere Informationen über diese beiden Veranstaltungen unter www.sozialimpuls.at bzw. bei: IG-EuroVision - Österreich, 100 Wien, Brantinggasse 61, +43 (0) 650 941 32 64, gerhard.schuster@wiege.at

Am **14. - 15. Juni 2008** lädt die Initiative Zivilgesellschaft zu ihrer 4. Konferenz: „Kraft und Wirksamkeit der Zivilgesellschaft“. Universität für Bodenkultur. Programm: http://www.initiative-zivilgesellschaft.at/pdf/Konferenz_Juni_08_Ankuendigung.pdf.

Stiftungstag 2008: „Biete Wandel - Suche Geld“

11./12. April, Frankfurt am Main

Unter dem Motto „Mit Stiftungen gesellschaftlichen Wandel gestalten“, findet am 11. und 12. April in Frankfurt am Main der erste bundesweite Stiftungstag progressiver Stiftungen statt. Auf Initiative der Bewegungstiftung, der stiftung medico international und von filia.die frauenstiftung stellen sich insgesamt siebzehn bundesweit tätige Gemeinschaftsstiftungen vor. Zu diesen Stiftungen gehören unter anderen die taz PanterStiftung, die Umweltstiftung Greenpeace und die Stiftung Zurückgeben. „Alle Stiftungen verbindet der Ansatz, gesellschaftliche Probleme an der Ursache zu bekämpfen und nicht allein die Symptome zu lindern“, erläutert Christiane Grupe, Geschäftsführerin von filia.die frauenstiftung.

Die Präsentation der Stiftungen wird durch ein attraktives inhaltliches Programm rund um das Thema Stiften und Spenden ergänzt. „Der Stiftungstag bietet nicht nur die Chance, viele junge und innovative Stiftungen kennen zu lernen, sondern ist auch ein Crash-Kurs für die Kunst, mit Geld gesellschaftlichen Wandel effektiv zu fördern“, erklärt Thomas Gebauer, von der stiftung medico international die Zielsetzung des Stiftungstages. Den Auftakt bildet der Vortrag von Professor Friedhelm Hengsbach zur Frage, weshalb Eigentum verpflichtet und wozu eigentlich. In Podiumsdiskussionen diskutieren Stiftungsvertreter ihre unterschiedlichen Förderkonzepte und Beteiligungsmodelle. Insgesamt sechs Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit Themen wie Testamentsgestaltung, ethische Geldanlage und der Auswahl der erfolgversprechendsten Förderprojekte.

Der Stiftungstag lädt Menschen zur Teilnahme ein, die einen Teil ihres Vermögens für gesellschaftlichen Wandel einsetzen wollen. „Die Zustiftung zu einer Gemeinschaftsstiftung ist eine sinnvolle Alternative zur Gründung einer eigenen Stiftung, weil so Ressourcen gebündelt und Verwaltungskosten minimiert werden können“, so Jörg Rohwedder, Geschäftsführer der Bewegungstiftung. Bei den meisten der teilnehmenden Stiftungen beträgt die Mindestzustiftung zwischen 1.000 und 5.000 Euro. Der Stiftungstag richtet sich deshalb an Menschen, die sich Spenden und Zustiftungen in mindestens dieser Größenordnung vorstellen können.

Möglich gemacht wird der Stiftungstag durch die finanzielle Unterstützung des Hauptsponsors - die Bank Sarsasin -, sowie von den Sponsoren Greenpeace Energy, Windwärts und taz, die tageszeitung. Programm und Anmeldung: <http://www.stiftungstag2008.de>

Aktuelle Themen im Forum 3 Stuttgart

**Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht
Falun Gong und die gesellschaftliche Harmonie
in China, Freitag, 4. April, 20 Uhr**

Darstellungen und Gespräch mit Xiong Wei, Frankfurt, Yiyuan Hackmayer, Redakteurin der chinesischen Fernsehgesellschaft NTDTV und Mitarbeiterin der Wochenzeitung Epoch Times, Hamburg, und Klaus Müller, www.china-intern.de, München.

An diesem Abend berichten Falun Gong Praktizierende von ihren Anliegen und Erfahrungen der Verfolgung. Kosten: EUR 6,-/erm. 4,- SchülerInnen 2,-

**Nanotechnologie: ein
technologischer Tsunami**

**Vom Eingriff in die Essenz der Materie
und der Erschaffung neuer Lebensformen,
Freitag, 11. April, 20 Uhr**

Vortrag und Gespräch mit Pat Mooney, Gründer der Action Group on Erosion, Technology and Concentration (ETC-Group), Träger des Alternativen Nobelpreises, Ottawa, Kanada.

Veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Initiative Colibri, o/ZB-Stuttgart, Stuttgart Solar und dem BUND-Kreisverband Stuttgart. Kosten: EUR 6,-/erm. 4,- SchülerInnen 2,-

**Der EU-Reformvertrag - alter
Brief im neuen Umschlag?**

**Dienstag, 15. April, 17 Uhr, Abgeordnete im
Europa-Dialog mit ihren Wählerinnen und
Wählern, 10 Tage vor der Abstimmung im
Deutschen Bundestag über den EU-Reformvertrag**

Dialog-Runde mit Birgitt Bender (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), Heike Hänsel (DIE LINKE), Ute Kumpf (SPD), Florian Toncar (FDP) und N. N. (CDU) .

Veranstaltet in Zusammenarbeit mit der EU-AG/Attac-Stuttgart, dem Ökumenischen Netz Württemberg und Die AnStifter. Eintritt frei.

**Kontrovers: Impulse der Sozialen
Dreigliederung im 20. und 21. Jahrhundert
Freitag, 4. Juli, 20 Uhr**

Vortrag und Gespräch mit Dr. Christoph Strawe, Institut für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart. Kosten: EUR 6,-/erm. 4,- SchülerInnen 2,-

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, D - 70173 Stuttgart, Internet: www.forum3.de



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Wie sicher ist unser Geld?

Die Krise der Finanzmärkte Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsrichtungen

Tagesblockseminar,
Samstag, 12. April 2008

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Alle 261, D - 34131 Kassel.
Mit Udo Herrmannstorfer und Prof. Harald Spehl

Die jüngste Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten hat die Menschen aufgeschreckt und eine Vielzahl von Ängsten ausgelöst: Droht ein Börsenkrach globalen Ausmaßes? Werden die Banken mit in die Krise hineingerissen? Wird das internationale Finanzsystem zusammenbrechen? Aber auch ganz persönlich: Was wird aus meinen Ersparnissen, aus meinen Vermögensanlagen, vor allem aus meiner Alterssicherung?

Bis vor kurzem glaubten wir uns in der Obhut hochdotierter Experten der Notenbank und der Geschäftsbanken. Nun wird eingestanden, man habe die Situation trotz der Ratingagenturen völlig falsch eingeschätzt. Sind die Notenbanken noch in der Lage, die Entwicklung in den Griff zu bekommen? Wenn aber selbst Fachleute in ihren Urteilen so daneben liegen können, wie soll erst ein „normaler“ Bürger ein treffendes Urteil bilden?

Das Seminar soll dazu beitragen, den Teilnehmern eine sachgerechte Beurteilung der Symptome und Ursachen zu ermöglichen und notwendige Veränderungen aufzuzeigen. Dabei wird sich zeigen, dass es weder mit der Beseitigung der Symptome getan ist noch mit der Verbreitung von Durchhalteparolen, sondern dass die Ursachen von der Geldordnung über Wirtschaftsstrukturen bis zu jedem einzelnen reichen. Nur wenn auf allen Ebenen Neuorientierungen beginnen, kann die Angst überwunden werden. Dazu soll das Seminar einen Beitrag leisten.

9.30: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00: **Zusammenbruch der Geld- und Finanzmärkte?** Zur Analyse der aktuellen Situation (Darstellung und Gespräch) // 13.00 Mittagspause // 14.00 - 15.45: **Wer sind die Täter?** Die Rolle von Rechtsordnung, Geldinstitutionen und Anlegern (Darstellung und Gespräch) // 16.15 - 18.00: **Kann man Geld sichern?** Notwendige gesellschaftliche Veränderung und Vorschläge für ein funktionsfähiges Geldsystem (Darstellung und Gespräch)

Teilnahmebeitrag (ohne Verpflegung) EUR 100 / CHF 170. Gemeinschaftsvollverpflegung EUR 16 / CHF 26 (Mittagessen, Pausenverpflegung). Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter www.sozialimpulse.de/Texte_html/Uebernachtung.htm oder auf Anfrage

Hat die Selbstverwaltung eine Zukunft?

Führungsfragen in freien Schulen
(und anderen Einrichtungen in freier Trägerschaft)

Seminar, Sa/So, 28./29. Juni 2008

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Alle 261, D - 34131 Kassel.
Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross
und Dr. Christoph Strawe

Lange Zeit galt im Umfeld freier Schulen die schulische Selbstverwaltung als besonderer Ausweis der Zukunftsfähigkeit. In den Waldorfschulen war man stolz darauf, ohne Direktor auszukommen. Doch inzwischen ist vielfach die Begeisterung einem Gefühl der Verunsicherung in Bezug auf die Sozialgestalt der Schule - und oft auch auf die Grundlagen der Pädagogik - gewichen. Zeitverschwendung, Kompetenzgerangel und schwerfällige Entscheidungsprozesse führen zu Zeitmangel, Erschöpfung, Unverbindlichkeit und Rückzug aus der Kollegiumsarbeit. Zunehmender äußerer Druck und Finanzierungsprobleme verstärken den Eindruck, mit den vorhandenen Organisationsstrukturen immer komplexeren Problemen immer weniger gewachsen zu sein, und führen zum Ruf nach „Führung“.

Die Antwort auf die Frage, um welche Führung es sich handeln soll, ist erkennbar davon abhängig, ob man die unbestreitbaren Krisenerscheinungen dem Selbstverwaltungsprinzip als solchem anlastet oder den Unvollkommenheiten der bisherigen Selbstverwaltungspraxis. Die erste Haltung führt letztlich dazu, an die Stelle der Selbstverwaltung wieder Formen hierarchischer Führung zu setzen. Die zweite führt zu der Frage, in welchen konkreten Formen Führung in der Selbstverwaltung entwickelt werden kann, um die Arbeit effizienter und fruchtbarer zu machen. In dem Seminar wird ein Raum zur Bearbeitung dieser brennenden Fragen geboten.

Samstag, 28. Juni 2008

09.30: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.15: Selbstverwaltung - ein Modell in der Krise

- Die Symptome und ihre Ursachen (Referat Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 12.30: Bearbeitung im Gespräch // 14.00 - 15.00: Schule: System, Unternehmen, Organisation? Welche Sozialgestalt braucht der pädagogische Impuls? (Referat Christoph Strawe) // 15.00 - 15.45: Bearbeitung im Gespräch // 16.15 - 17.15: Führungsaufgaben im Schulorganismus - Herausforderungen hierarchiefreier Zusammenarbeit (Referat Udo Herrmannstorfer) // 17.30 - 18.30: Bearbeitung von Problemstellungen in Gruppen // 19.30 - 21.00: Selbstverwaltung als Führungsmodell (Referat Michael Ross)

Sonntag, 29. Juni 2008

09.00 - 10.30: Gesprächsarbeit: Selbstverwaltung selbst verwirklichen // 11.00 - 12.30: Entwicklungsperspektiven der Selbstverwaltung. Gespräch und Schlusswort

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 120 (CHF 200), Gemeinschaftsverpflegung EUR 27,50 (CHF 45). Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter www.sozialimpulse.de/Texte_html/HotelsKassel oder auf Anfrage.

Selbsterziehung und Selbstverwaltung

Soziale Gemeinschaften als Entwicklungsort

Seminar, Fr, 14. - So, 16. November 2008 -
Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67, D-60433
Frankfurt am Main. Mit Udo Herrmannstorfer,
Harald Spehl, und Christoph Strawe.

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 140 (CHF 240), Gemeinschaftsvollverpflegung zusätzlich EUR 22 (CHF 35)

Organisatorisches

Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn der Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst jeweils vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 4306 0967 (Bitte Name und Veranstaltung vermerken). Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten möglichst nur im Einzelfall. Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall möglich, bedürfen jedoch der Rücksprache.

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart
Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950,
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218,
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de

Studiengang Sozialentwicklung

Soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse - Sozialqualifizierende berufsbegleitende Ausbildung

Das zweijährige Studienangebot richtet sich besonders an Verantwortungsträger in alternativen Einrichtungen und zivilgesellschaftliche AktivistInnen, aber auch an allgemein Interessierte. Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer (Dornach), Mag. Friedrich Platzer (Wien), Dr. Michael Ross (Berlin), Prof. Dr. Harald Spehl (Trier/Mainz), Dr. Christoph Strawe (Stuttgart).

Ein neuer Durchgang hat Februar 2008 begonnen. Bei Interesse an der Teilnahme an einem weiteren Durchgang wenden Sie sich bitte an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. (+49) 0711 - 23 68 950, Fax 23 60 218, Institut@sozialimpulse.de, www.sozialimpulse.de

Themen

1. Studienjahr

Arbeitswoche: Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus

Wochenendseminar: Grundlagen und Bedeutung der Selbstverwaltung im sozialen Organismus

Wochenendseminar: Von der Organisation zum Organismus: (Gliederung, soziale Lebensprozesse und Organbildung, Salutogenese im Sozialen)

Wochenendseminar: Grundlagen und Praxis des assoziativen Wirtschaftens

Wochenendseminar: Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft und in der Kultursphäre, Preis und Lohn

Wochenendseminar: Die Bedeutung des Eigentums für die individuelle und soziale Entwicklung

2. Studienjahr

Arbeitswoche: Sozialgestaltung und Menschenverständnis - Das Soziale als Übungsfeld menschlicher Entwicklung

Wochenendseminar: Die Neuordnung des Geldwesens

Individualität und Staat I: Der Vertrag als Quelle modernen Rechts

Individualität und Staat II: Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

In Entwicklungen denken (nachhaltige Entwicklung)

Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung)

Abschließende Intervention der TeilnehmerInnen